

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Anzeigenzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 12. August 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Militärkabinetts-Justiz.

Vor einer Woche haben wir die aus dem Militärkabinetts des Kaisers hervorgegangene Order veröffentlicht, welche den Militärrichtern im Wilsch-Prozess ernstes Mißfallen ausdrückte wegen der Aufrechterhaltung der Densität und welche weiter die vertrauliche Weitergabe dieser Beurteilung der Wilsch-Richter an alle andern zu Mitgliedern an Kriegsgerichten befähigten Angehörigen der Armee befohl. In der Presse wurden die Offiziere bestärkt, den Erlaß als eine „Hundstagsphantasie“ des „Vorwärts“ zu entlarven, aber die Offiziere haben bis heute geschwiegen. Der Erlaß des Militärkabinetts, der seinem Inhalte nach allerdings ein Erzeugnis der Phantasie sein sollte, ist Wahrheit.

Einige Blätter haben mit dem Erlaß nichts andres zu beginnen vermocht, als die gewohnte Schimpferei fortzusetzen, daß wieder einmal ein geheimes Aktenstück vom „Vorwärts“ unrechtmäßig erworben sei. Woran in dieser Schimpferei natürlich die „Post“, die selbst fast nur noch von Spitzeln und Denunzianten bedient wird, die Betrüger bezahlt, um sich angeblühete Geheimnisse des politischen Gegners zutragen zu lassen. Ein andres Blatt hat dann erzählt, die Order sei unter Vorbehalt der Densität versendet worden, wie sie nur für Angelegenheiten allerhöchster Art abhändigt sind; der Text sei im Militärkabinetts durch Stabsoffiziere, ohne Zuziehung subalternen Stabskräfte, in der erforderlichen Anzahl von Exemplaren vervielfältigt und die einzelnen Exemplare seien numeriert worden, den Empfängern sei befohlen worden, die Order den Offiziercorps sobald als möglich vorzulegen und das Exemplar postwendend an das Militärkabinetts zurückzuliefern. Es wurden dann weitere Betrachtungen daran geknüpft, daß der „Vorwärts“ den Erlaß nur von sehr hoher Militärstelle erhalten haben könne. Es ist danach anzunehmen, daß die betreffende Zeitung, welche den „Vorwärts“ unrechtmäßig Erwerb des literarischen Besitztums selbst den unrechtmäßigen Erwerb militärischer Geheimnisse betreibt; wie sollte sie sonst von jenen Vorgängen im Militärkabinetts wissen? Uns ist von alledem nichts bekannt. Wir haben den Erlaß erhalten und, da wir seine Echtheit nicht bezweifeln konnten, haben wir uns verpflichtet erachtet, ihn der Densität zu übergeben, welche bereits seit der plötzlichen Verabschiedung der Wilsch-Richter die Vermutung hegte, daß Dinge vor sich gegangen seien, die der Kritik sehr bedürfen.

Diejenigen aber, welche Klage führen über diese Veröffentlichung, hätten weit mehr Anlaß, sich dagegen zu wenden, daß wichtige Bestimmungen aus dem Militärgerichtsverfahren, an dessen Gestaltung alle Volksteile das größte Interesse haben, in der Heimlichkeit gehalten werden. Da man nicht annehmen darf, daß das Militärkabinetts sich der gesetzlichen Unzulässigkeit eines solchen Erlasses bewußt gewesen ist, da es sicherlich den Erlaß für berechtigt hielt, so ist allerdings nicht zu verstehen, warum die Geheimhaltung, die allerpeinlichste Geheimhaltung angeordnet worden ist. Vermutlich hat das Militärkabinetts den Erlaß für einen Akt der Kommandogewalt des obersten Kriegsherrn erachtet und darum seine Heimlichkeit für gesetzlich und angemessen gehalten. Dies aber gerade wäre ein schwerer Irrtum, der für den Bestand der Justiz im Militär höchst verhängnisvoll ist; und wer die Vorsehung dieses Irrtums durch Veröffentlichung eines irrtümlich ergangenen, ungesetzlichen Erlasses herbeiführt, handelt verdienstvoll.

Einige Zeitungen, u. a. die Münchener „Allgemeine Zeitung“, haben zum Inhalt des Erlasses erklärt, er sei einwandfrei, denn sie selbst, die betreffenden Zeitungen, hätten ebenfalls seiner Zeit bereits die Ansicht ausgesprochen, daß im Wilsch-Prozess die Densität hätte ausgeschlossen werden sollen; die Order aus dem Militärkabinetts belege auch nichts weiteres und es sei darum nichts gegen sie einzuwenden. Diese Beurteilung der Angelegenheit übersieht alles, worauf es ankommt. Ebenso wie die Münchener „Allgemeine Zeitung“ können Offiziere und Generale, auch Mitglieder des Militärkabinetts der Ansicht sein, daß im Wilsch-Prozess die Densität auf Grund der bestehenden Bestimmungen hätte ausgeschlossen werden sollen. Der Erlaß des Militärkabinetts bedeutet aber nicht eine bloße Ansichtäußerung, sondern er bestraft die Richter im Wilsch-Prozess, weil sie eine andre, gesetzlich ebenso berechnete Auffassung hatten, mit ernstem Mißfallen des höchsten Vorgesetzten und mit der daraus natürlich folgenden Verabschiedung; er giebt weiter an alle Offiziere der Armee bestimmte Weisungen über den Ausschluß der Densität, die hinausgehen über die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen. Beide Anordnungen sind mit Sinn und Wortlaut des § 283 des Reichs-Militärstrafverfahrens nicht vereinbar.

In § 283 Abs. 2 ist dem Kaiser die Befugnis beigelegt, Vorschriften darüber zu erlassen, unter welchen Voraussetzungen das Gericht die Densität der Verhandlung wegen Gefährdung der Disziplin ausschließen soll. Eine derartige Vorschrift ist unter dem 29. Dezember 1899 ergangen. Es ist klar, daß die in § 283 Abs. 2 gegebene Befugnis nur allgemeine Vorschriften zuläßt, nicht aber Vorschriften für den besonderen, einzelnen Fall. Wie die allgemeine Vorschrift auf den einzelnen Fall anzuwenden ist, das ist durch das Gesetz allein und ausschließlich in das Urteil der Richter gestellt.

Es ist nötig zu erinnern, daß bei der Beratung des neuen Militärgerichtsverfahrens im Reichstag dieser Grundsatz ausdrücklich und ausdrücklich festgesetzt wurde. In der Kommission des Reichstags, welche die zweite Lesung des Entwurfs zum Militärgerichtsverfahren vorbereitete, trat die Meinung auf, es sei unklar, ob (seitens der Regierung) das kaiserliche Recht zum Erlaß einer Verfügung im Einzelfalle oder eine generelle Verfügung hinsichtlich des Ausschusses der Densität des Verfahrens

gesetzlich festgelegt werden solle. Es erscheine nicht wünschenswert im Interesse der kaiserlichen Autorität, daß seine Person in eine gerichtliche Verhandlung mit einbezogen würde. Dies würde in sensationellen Prozessen und bewegten Zeiten viel Verstimmung hervorrufen. Deshalb sei es besser, wenn die Entscheidung über den Ausschluß der Densität lediglich den Richtern überlassen bliebe, die gesetzlich unangreifbar seien.“

Dazu gab nun der damalige Kriegsminister v. Söfler vor der Kommission diese Erklärung:

„Diese Allerhöchsten Bestimmungen sollen sich auch nicht auf den einzelnen Fall beziehen, sondern nur Direktiven geben, ob und wie im Interesse der Aufrechterhaltung der Disziplin die Frage des Ausschusses der Densität zu beurteilen bezw. zu handhaben sei. Die Disziplin sei nur ein Teil der militärdienstlichen Interessen. Da aber durch § 8 des Reichs-Militärstrafgesetzes vom 2. Mai 1874 die Handhabung der Disziplin bereits in die Hände Sr. Majestät gelegt sei, so müsse auch das Allerhöchste kaiserliche Recht, in dieser Beziehung maßgebende Vorschriften zu erlassen, anerkannt werden. Das etwa durch den im Entwurf vorgeschlagenen zweiten Absatz des § 270 (später 283) die Densität wieder in größerem Umfang eingeschränkt werden solle, sei weder beabsichtigt, noch zu befürchten. Denn es wäre doch unwürdig, an den Worten des Kaisers zu zweifeln, welcher im § 269 (später 282) die Densität zugesprochen habe und nunmehr auf einem Schleichwege die Zurücknahme seines Wortes wiedererreichen wolle.“

Nachdem dann aus der Mitte der Kommission noch besonders festgestellt wurde, daß es sich also „nur um den Erlaß einer generellen Verfügung handeln könne“, nahm die Kommission dann die Bestimmung an, wie sie darauf endgültig im § 283 Absatz 2 Gesetz wurde.

Es ist unzweifelhaft festgestellt, daß das Gesetz dem Kaiser das Recht zu allgemeinen Vorschriften über den Ausschluß der Densität im Interesse der Disziplin giebt, ebenso aber dem Richter das Recht und die Pflicht, diese Vorschriften in unabhängiger freier Ermessen auf den einzelnen Fall anzuwenden. Das schließt aus, daß der Richter, auch wenn er nach Ansicht seiner Vorgesetzten eine falsche Auslegung der allgemeinen Vorschrift gewählt hat, dafür gerügt, mit ernstem Mißfallen getadelt und zum Abschiedsgesuch gedrängt werden darf. Bekanntlich hat auch der Reichskanzler, der höchste verantwortliche Beamte des Reiches, die Auffassung der Richter im Wilsch-Prozess gebilligt und ihr Verhalten gerade als förderlich für die Disziplin im Heere erklärt. Die Herren im Militärkabinetts können abweichender Meinung sein, es ist aber wider das Gesetz, einen Erlaß zu veranlassen, der die Richter tadelt und in den Ruhestand versetzt. Die Order vom 1. Dezember 1903 ist darum als unzulässig zu erachten.

Sie ist auch unzulässig, weil ihr die Gegenzeichnung des verantwortlichen Beamten der Regierung fehlt. Die Order enthält nicht bloß den Ausdruck der Unzufriedenheit des obersten Kriegsherrn mit den Richtern im Wilsch-Prozess, sondern eine darüber gehende Anweisung über den Ausschluß der Densität aus Gründen der Disziplin. Die Tragweite dieser Anweisung wird bekundet durch ihren Erfolg: die Densität der Militärgerichte ist im äußersten Maße eingeschränkt worden. Eine Order, die diesen Erfolg hat, ist nicht eine Äußerung der Kommandogewalt, sondern eine Vorschrift im Sinne des § 283 Absatz 2 und sie hätte daher der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedurft, die dieser auf Wunsch des Kaisers gewiß auch geleistet haben würde trotz seiner entgegengesetzten Ansicht über den Ausschluß der Densität vor den Militärgerichten. Die Vorschrift vom 28. Dezember 1899 ist unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers Fürsten zu Hohenlohe ergangen, sie ist durch den Kriegsminister v. Söfler unter dem 20. Juli 1900 zur öffentlichen Kenntnis der Armee gelangt. Wollte der Kaiser eine ergänzende oder erläuternde Vorschrift erlassen, so dürfte dies nicht durch das geheime Militärkabinetts geheim gehalten, sondern offen durch Bekanntgabe im Militär-Verordnungsblatt und unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers. Dann hätten alle Vertreter der Öffentlichkeit diese Vorschrift ebenso bekannt wie jetzt, aber es wäre ein offener und verfassungsmäßig geordneter Streit, während nun sich die geheime Nebenregierung Befugnisse des Reichskanzlers angeeignet und den höchsten Beamten des Reiches in die fatale Lage gebracht hat, Anstehen vor dem deutschen Volke feierlich auszusprechen, die im denkbar größten Widerspruch mit den Ansichten des Monarchen stehen.

Das sind gänzlich unhaltbare Verhältnisse. Sie haben ihren tiefsten Grund in der unklaren Vermischung der Kommandogewalt mit der richterlichen Gewalt, die das gesamte Militärstrafverfahren aufs schwerste schädigt. Offiziere, die in ihrer Tätigkeit als Richter jeder Zeit gewärtig sein müssen, bei abweichender Ansicht ihrer Vorgesetzten gerügt zu werden und sogar das jähe Ende ihrer ganzen Laufbahn zu erleben, sind völlig ungeeignet zur richterlichen Tätigkeit. In diesen Abgrund der Militärjustiz hat das Licht, das wir am Geheimertum des Militärkabinetts vom 1. Dezember 1903 anzündeten, blendend hineingeleuchtet.

Ein Durchbruch der Port Arthur-Flotte?

Aus Tschifu und Tokio sind heute bedeutsame Meldungen über einen Durchbruchversuch der Port Arthur-Flotte eingegangen. Freilich steht es zur Stunde noch nicht fest, ob es den russischen Schiffen in ihrer Mehrzahl gelungen ist, die offene See zu gewinnen.

Admiral Togo selbst berichtet nur über das Auslaufen der russischen Flotte am Mittwoch und einen schweren Kampf mit der japanischen Flotte. Ueber den Ausgang des Kampfes macht er keinerlei Mitteilungen. Die aus japanischer Quelle stammenden Nachrichten lauten:

Tokio, 11. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Feuer der an der Küste bei Port Arthur aufgestellten japanischen Batterien trieb gestern die russische Flotte (sowas; sie kam aus dem Hafen heraus. Admiral Togo ging sofort zum Angriff vor. Der Kampf war sehr heftig und dauerte bis zum Anbruch der Nacht; später machten die japanischen Torpedoboote noch eine Reihe von Angriffen auf die russische Flotte. Die japanische Flotte zog sich dann zurück bis auf ein Wachtschiff, das den Hafen überwachen sollte. Das Wachtschiff berichtete dann, daß es in der Dämmerung die russischen Kriegsschiffe „Retwisan“ und „Pobjeda“ nach dem Hafen zu habe fahren sehen. Togo macht über das Ergebnis des Kampfes oder die Verluste keine Mitteilungen.

Tokio, 11. August. (Antilige Mitteilung. Verschiedene Berichte von Taitenwan zeigen, daß das Port Arthur-Geschwader am Morgen des 10. August aus dem Hafen herauskam, worauf sich eine heftige Seeschlacht bis zum Abend entwickelte. Während der Nacht schickten unsere Torpedoboote vier Torpedos das russische Geschwader angegriffen zu haben. Beim Morgengrauen des 11. August machte es den Eindruck, als ob sich die „Retwisan“ und ein andres Linienchiff, vom Typ Pobjeda, nach Port Arthur flüchteten.

So wichtig es wäre, Nachrichten über den Ausgang des Gefechtes zu haben, so müßig wäre es doch, allerhand Betrachtungen über die Gründe anzustellen, die Admiral Togo veranlaßten, sich hierüber gerade auszusprechen. Man könnte annehmen, die japanische Flotte habe bei dem Gefecht schlecht abgesehen, so daß sich deshalb Togo in Schweigen gehüllt habe. Allein die japanischen Gefechtsberichte zeichnen sich bisher im Großen und Ganzen vor den russischen dadurch aus, daß sie weder errungene Erfolge übertrieben, noch erlittene Verluste zu vertuschen suchten. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß Admiral Togo zu der Zeit, als er seinen Bericht abschickte, selbst über die russischen Verluste und den Verbleib des Gros des Geschwaders im unklaren war. Immerhin erscheint es nicht ausgeschlossen, daß es einer Anzahl russischer Schiffe während der Nacht gelungen ist, vorläufig zu entkommen.

Daß es diesen Schiffen gelingen sollte, nach Wladiwostok zu entkommen, ist kaum wahrscheinlich. Sie würden dabei höchstwahrscheinlich auf die Schiffe Kamimuras stoßen, möglicherweise auch von Togos Kreuzern eingeholt werden. In Betracht läme freilich auch die Flucht nach neutralen Häfen, z. B. nach Kiautschou. Man wird aber, bevor man diesen Gedanken weiter ausführt, erst nähere Nachrichten abwarten müssen. Könnte die russische Flotte doch auch in der Nacht einfach wieder in den Hafen von Port Arthur zurückgekehrt sein!

Dieser Auffassung widersprechen allerdings folgende Telegramme aus Tschifu, die es so darstellen, als ob der russischen Flotte nach erfolgreichem Kampfe mit den Schiffen Togos die Flucht ins Weite gelungen sei:

Tschifu, 11. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein russischer Torpedobootezerstörer, der 5 Uhr 30 Minuten morgens hier eintraf, meldet, daß sechs russische Linienchiffe, vier Kreuzer und die Hälfte der Torpedoboote aus Port Arthur entkommen seien. Der Torpedobootezerstörer verließ Port Arthur am 10. abends. Er hatte fünf Passagiere an Bord, welche berichten, daß die Japaner die Russen verfolgten und eine Schlacht auf offener See zu erwarten sei.

Tschifu, 11. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Drei japanische Torpedobootezerstörer, die sich außerhalb des Hafens befinden, warten auf den Torpedobootezerstörer „Retwisan“, der noch die russische Flagge führt. Die russische Flotte hat Port Arthur auf Befehl des Admirals Strebloff verlassen. Nach einem halbamtlichen Telegramm wird die Nachricht, daß die russischen Kriegsschiffe „Pobjeda“ und „Retwisan“ beschädigt nach Port Arthur zurückgekehrt seien, für unbegründet erklärt. Weiter wird gemeldet, der japanische Kreuzer „Kojagi“ sei in einem Gefecht auf der Höhe von Nounisland gesunken. Die russischen Schiffe hätten, bevor sie von Port Arthur abgefahren seien, große Vorräte sowie Maschinenteile und Material zur Ausbesserung von Schiffen an Bord genommen.

Sollte es den russischen Schiffen wirklich gelungen sein zu entkommen und sollte ihnen eine Vereinigung mit dem Wladiwostok-Geschwader glücken, so könnte das den Japanern sehr unangenehm werden, sofern nicht bald die Einnahme von Port Arthur erfolgt!

Allerdings scheint es, als ob der Fall Port Arthurs nicht bevorstehe.

Das erste der beiden Telegramme aus Tokio behauptet ja, daß die russische Flotte durch das Feuer der japanischen Belagerungsgeschütze genötigt worden sei, den Hafen zu verlassen.

Hiermit stimmt folgende Londoner Meldung überein:

London, 11. August. Nach einer Depesche aus Tokio von heute wird der Ring um Port Arthur täglich enger geschlossen. Die japanischen Belagerungsgeschütze sind so gut aufgestellt, daß alle russischen Besetzungen, die Stadt und Kriegsschiffe im Hafen durch hochwindsige Feuer mit einem andauernden Geschosshagel bedeckt werden. Der fernere Aufenthalt der Kriegsschiffe im Hafen ist auf die Dauer unmöglich. Daher versuchten sie gestern früh, aus dem Hafen zu entkommen, aber Togos Wachsamkeit verhinderte die Flucht. Ein heftiges Gefecht entspann sich zwischen der russischen Flotte und den Forts einerseits und Togos Flotte andererseits und dauerte den ganzen Tag. Darauf wurden heute nacht japanische Torpedoboote beordert, die russische Flotte anzugreifen. Bisher ist über das Resultat und die etwaige Beschädigung russischer Schiffe nichts bekannt, doch wurde gesehen,

das „Retwifan“ und „Pobjeda“ heute früh außerhalb des Hofens waren.

Fällt Port Arthur bald, so würde auch das glückliche Entkommen der russischen Flotte keine große Bedeutung haben. Denn die japanische Flotte würde dann Wladiwostok ebenso blockieren, wie sie bisher Port Arthur blockiert hatte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. August.

Zuverlässige Justiz.

Die Zusammensetzung der Königsberger Strafkammer für den Jaren-Prozess hat großes und berechtigtes Aufsehen erregt. Alle Fälle hatten es gefügt, daß die Zusammensetzung der Strafkammer die ordnungsmäßige Norm weit verließ, daß ein Staatsanwalt, der jüngst zuvor noch in Erfurt eifrig gegen die Socialdemokratie plädiert hat, mit auffälliger Blödsichtigkeit Vorsitzender des Prozesses und ein sehr junger Assessor, der noch nicht die volle richterliche Unabhängigkeit genießt, Referent der Strafkammer wurden. Dazu kam das deutliche Wort des Staatsanwalts in den Gerichtsakten: „Bei dem Interesse, welches der Justizminister dem Prozeß entgegenbringt, bitte ich Sie, recht zuverlässige Beamte mit der Untersuchung zu betrauen.“

Eigenartige Zusätze solcher Art sind aber keine Besonderheit Königsbergs und des Jarenprozesses. Auch in Berlin erleben Angeklagte das seltsame Schicksal, daß sie gerade vor solche Richter gebracht werden, die den Ruf besonders harter Beurteilung in politischen Prozessen genießen.

Belanntlich ist wegen Verleumdung der Aerzte in Pflögensee ein Strafverfahren eingeleitet worden. Das Verfahren ist zuerst gegen den Redakteur der „Zeit am Montag“ Herrn Schneider eingeleitet worden. Als später das Verfahren auf die beiden Redakteure des „Vorwärts“, unsere Kollegen Wättner und Kaliski sowie Herrn Ahrens ausgedehnt wurde, stand zunächst an der Spitze der Angeklagten noch immer, wie es dem Gang des Verfahrens entsprach, Herr Schneider. Es war ein Verfahren gegen Schneider und Genossen. Ebenso hat der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Dr. Rieberding, als er, anstatt Besserung der traurigen Zustände in den Strafsachen zu versprechen, Mitteilung machte, daß mit Strafantrag vorgegangen werde, an erster Stelle ganz korrekt die „Zeit am Montag“ genannt, da dieses Blatt zuerst Veröffentlichungen über die Mißstände in Pflögensee gemacht hat. Plötzlich aber wendete sich das Blatt. Als die Angeklagten den Beschluß auf Eröffnung der Voruntersuchung erhielten, nahmen sie wahr, daß das Verfahren sich wendet gegen 1. Kaliski, 2. Wättner, 3. Schneider, 4. Ahrens. Aus Schneider und Genossen ist Kaliski und Genossen geworden. Wie konnte dieser Wandel in der Reihenfolge möglich werden?

Es kommt hinzu, daß Genosse Kaliski keineswegs der „Hauptthäter“ ist, denn er hat nur einen der inkompetenten Artikel zu verantworten, während Schneider und Wättner mehrere Artikel zu verantworten haben. Auch ist der Artikel, den Kaliski zu verantworten hat, nur eine Wiedergabe aus der „Zeit am Montag“, welche die betreffenden Mitteilungen zuvor gemacht hat.

Die seltsame Namensumstellung hat aber die Wirkung, daß sämtliche Angeklagte nicht vor die Richter derjenigen Strafkammer gelangen werden, vor die sie ordnungsgemäß gehören. Statt vor die Strafkammern VII und IX gelangen sie auf diese Art vor die Strafkammern III und IV. Und wieder will es der Zufall, daß insbesondere die IV. Strafkammer in dem Aufsehe, in politischen Prozessen besonders eifrig und, um nach dem berühmten Worte Bismarcks zu reden, zuverlässig zu sein.

Der Verteidiger eines der Angeklagten hat, wie wir hören, gegen dieses Verfahren bei der Oberstaatsanwaltschaft wie bei dem preussischen Justizminister und dem Staatssekretär des Reichsjustizamts dringliche Vorstellungen erhoben. Es ist im Interesse der Justiz zu fordern, daß der unglückselige Zufall, der die Angeklagten dem ordentlichen Richter entzieht, schleunigst korrigiert und dem Verdacht in den Kreisen des Volkes nicht Nahrung geboten wird, als sei es in Preußen möglich, daß Angeklagte vor ein Ausnahmegericht von Richtern gestellt werden, die als besonders zur Beurteilung geeignet gelten! —

Ein neues Zeugniszwangsverfahren.

Auf Donnerstagvormittag wurde unser Redakteur Genosse Wättner zum Amtsgericht bestellt, um in einem Ermittlungsverfahren als Zeuge vernommen zu werden. Es zeigte sich, daß auf Antrag des Vorsitzenden der Königsberger Jaren-Strafkammer ein Disziplinarverfahren gegen Unbekannt eingeleitet worden ist. Unbekannt soll die vom „Vorwärts“ in Nr. 167 gemachten Mitteilungen über die Zusammensetzung der Strafkammer disziplinarwidrig der Öffentlichkeit mitgeteilt haben. Unser Genosse Wättner soll nun als Zeuge auftreten, um Herrn Unbekannt bekannt zu machen.

Da Wättner jegliche Aussage verweigerte, wurde vom Amtsrichter eine Geldstrafe von 20 M. gegen ihn verhängt. Ein neuer Termin ist auf den 30. August angelegt worden.

Selbst wenn es wahr wäre, was nicht wahr ist, daß jene Mitteilung des „Vorwärts“ auf eine Verletzung gegen die Beamendisziplin beruht, so liegt gleichwohl und in jedem Fall in der Zumutung an den Redakteur unseres Blattes, Unbekannt zu nennen oder an seiner Aufführung mitzuwirken, die Aufforderung, eine Handlung zu begehen, die in der ganzen deutschen Öffentlichkeit als eine unanständige und pflichtvergessene Handlung gilt. Es kommt hinzu, daß ein Zeugniszwangsverfahren in einem bloßen Disziplinarverfahren überhaupt nicht statthaft ist. Wenn einige Gerichte die Statthaftigkeit eines solchen Verfahrens angenommen haben, so ist ihre Annahme doch gegen den Sinn des Gesetzes.

In keinem Falle aber wird der Versuch, durch ein Zwangsverfahren unsern Redakteur zur Preisgabe irgend welcher interner Redaktionsangelegenheiten zu nötigen, von Erfolg sein. Man bemüht sich völlig nutzlos. Es wäre richtiger, solche Bemühungen zu unterlassen und dafür zu sorgen, daß die Zusammensetzung von Jaren-gerichten nicht zu Mittelungen an die Presse Anlaß giebt, die den Jarenrichtern mißfallen.

Die Südwesafrikaner bei dem Kaiser.

Die Delegierten der südwesafrikanischen An siedler sind am Mittwoch vom Kaiser empfangen worden. Der Empfang hat lange auf sich warten lassen. Monatlang mußten sich die Delegierten gedulden, bis sie zur Audienz zugelassen wurden. In der konservativen Presse sogar erhob sich bereits vernehmliches Murren über die Hinauszögerung des Empfangs. Aber es scheint, als ob die Delegierten nun doch von dem Erfolge ihrer Mission voll befriedigt wären. Hat ihnen doch der Kaiser jede Unterstützung ihrer Forderungen zugesichert.

Ueber den Empfang wird gemeldet:

„Der Reichskanzler, der seine Uniform als Oberst trug, stellte die Mitglieder der Abordnung, die Herren J. Erdmann, Albert Voigt, Karl Schettwein, M. Kürsten und Otto Erhard, dem Kaiser, der in Generaluniform war, vor. Der Kaiser begrüßte

jeden mit einem Händedruck. Aldann trug der Sprecher der Abordnung, Herr J. Erdmann, die Wünsche und Forderungen der An siedler, die durch den Aufstand der Hereros ja zum größten Teil um ihr Hab und Gut sowie die fruchte jahrelanger Pionierarbeit gekommen sind, in knappen Worten vor; er suchte kurz das zu begründen, worauf die An siedler Ansprüche zu haben glauben. Aus der sehr eingehenden Antwort des Kaisers ging hervor, daß der Herrscher über die einschlägigen Verhältnisse in unfer so schwer heimge suchten Kolonie vollständig unterrichtet ist. Auch gewannen die sämtlichen Mitglieder der Abordnung die zuber sichtlichste Ueberzeugung, daß ihre Sache nicht nur an den Reichsbehörden, sondern am Kaiser selber einen eifrigen und verständnisvollen Fürsprecher habe. Besondere Fragen an die einzelnen Herren wurden nicht gerichtet. Nach ungefähr einer halben Stunde war der Empfang beendet. Mit einem Händedruck und dem Wunsche „Glückliche Reise“ verabschiedete sich der Monarch von den Jarnern. Diese sind von dem Ergebnis dieses langersehnten Empfangs völlig befriedigt.“

Eine Zeitungs korrespondenz macht dann über die Aus fahrungen des Kaisers folgende Mitteilungen:

„Bei der Audienz am Donnerstagmittag antwortete der Kaiser dem Sprecher der Deputation in längerer Erwiderung, worin er zunächst die Opfer des Aufstandes seiner tiefsten Teilnahme versicherte. Was die Entschädigungsfrage betreffe, so siehe er an der Spitze eines konstitutionellen Staatswesens, wo diese Frage verfassungsmäßig Sache der Legislative sei. Der Reichskanzler werde aber in vollem Einvernehmen mit ihm sich bemühen, vom Reichstage weitere Mittel zur Entschädigung der An siedler zu erlangen. Wenn bald nach Ausbruch des Aufstandes unter den Jarnern, nachdem ihre Existenz vielfach vernichtet und nicht ausreichende Mittel zum Wiederaufbau bewilligt worden wären, sich eine Bewegung gezeigt habe, das Land zu verlassen, so hoffe er, daß die Jarnern sich das Beispiel ihrer Vorfahren in der alten Heimat, die auch viele schwere Kämpfe um ihre Existenz durchzuhalten hatten, ohne sich entmutigen zu lassen, zum Vorbild nehmen und als Pioniere deutscher Kultur auf ihrem vorgeschobenen Posten ausdauern würden. In der großen militärischen Nachtentfaltung, die zur Niederwerfung des Aufstandes aufgebracht worden sei, könnten die An siedler eine Gewähr erblicken, daß Deutschland diese Kolonie, von deren sehr großem Werte er voll überzeugt sei, für alle Zeiten festhalten und dafür sorgen wolle, daß ähnliche Vorkommnisse wie dieser Aufstand für alle Zukunft unmöglich sein sollen. Er würde einen Fortzug der An siedler sehr bedauern, weil dann die ganzen Kosten der jetzigen Militär expedition und vor allem alle die beklagenswerten Opfer an Menschenleben umsonst gemacht worden wären. Er werde alles thun, was in seinen Kräften stehe, um den An siedlern zu ihrem Rechte zu verhelfen. — Hier auf überreichte der Sprecher der Abordnung, Herr Erdmann, ein Exemplar der von der Abordnung herausgegebenen Denkschrift und sprach die Ueberzeugung aus, daß jetzt von den An siedlern niemand mehr das Land verlassen würde, nachdem sie wüßten, daß ihr Kaiser hinter ihnen stehe.“

Die Audienz dauerte, trotz der damit verbundenen Formlichkeiten, nicht länger als eine halbe Stunde. Die Delegierten konnten ihre Forderungen nur „knapp“ zu begründen „versuchen“. Der Kaiser hielt dagegen eine längere Ansprache und zeigte sich, nach den Versicherungen der Presse, derart gut unterrichtet, daß er besondere Fragen an die Südwesafrikaner nicht zu richten brauchte. Er versicherte, daß er ihren Forderungen sympathisch gegenüberstehe, ebenso wie der Reichskanzler, der bemerkt sein werde, für die An siedler weitere Bewilligungen zu erlangen. Demgegenüber wäre es doppelte Pflicht des Reichstages, die Forderungen der An siedler seinerseits um so objektiver und sorglicher zu prüfen. Das ist aber von vornherein ausgeschlossen, da man sich zu einer gründlichen Untersuchung der wahren Ursachen des Herero-Aufstandes niemals bequemen wird. Die Schuld der Regierung sowohl wie der weißen Bewohner ist so groß, daß eine gründliche Untersuchung ein geradezu abschreckendes Exempel der Kolonialpolitik statuieren würde. Sich selbst ein derartiges Sündenregister vorzuhalten, daran denkt natürlich die vom Kolonialkoller besessene Mehrheit unsres Reichstages gar nicht. Sie, die alle Schuld den Hereros in die Schuhe schiebt, kann deshalb auch gar nicht anders, als den An siedlern ihre Forderungen zu bewilligen.

Die An siedler werden also vergnügt nach Südwesafrika zurückkehren, der Reichstag wird ihnen reichliche Entschädigungen bewilligen, und die deutsche Kolonialpolitik wird sich „Voll dampf voraus“ in immer neue, kostspielige Kolonialabenteuer stürzen! —

Deutsches Reich.

Zu den Marineplänen werden allerlei unsichere Nachrichten umgetragen. Immerhin soll nicht unversehrt bleiben, was die „Nordd. Reichslorenz“ darüber wissen will:

„Zeit den Erklärungen im letzten Winter ist keine offizielle Verlautbarung erfolgt, die auf eine Aenderung in den Regierungsentwürfen, soweit solche überhaupt schon vorliegen, schließen ließe. Wir haben also eine Robelle zu erwarten, die ein drittes Doppelgeschwader mit den dazu gehörigen Kreuzern fordern und den beschleunigten Bau desselben neben den in den Flottengelegen vorgezeichneten Schiffbauten verlangen wird. Eine Verquickung zwischen der neuen Marineborlage und der verhältnismäßig unbedeutenden (?) Heeresforderung wird unter keinen Umständen stattfinden. Falsch ist es, wenn behauptet wird, man wolle noch länger zögern und die Erfahrungen des ostasiatischen Krieges abwarten. Diese Erfahrungen hat man bereits im ersten Teile des Krieges gemacht, neue Ueberwachungen auf maritimem Gebiete sind schwerlich mehr zu erwarten.“

Wenn die Regierung wirklich derartig ungeheuerliche Marinepläne wagt, so möge sie sich zunächst überlegen, woher sie bei der jämmerlichen Finanzlage des Reiches die Geldmittel hernehmen will. Bei allem „Vertrauen“ in den herrschenden Marinewahn können selbst wir so tolle Pläne zunächst nicht glauben. —

Gegen die Schmutzlitteratur.

In Köln soll im Oktober ein internationaler Kongreß gegen die unästhetische Litteratur stattfinden. Der Veranstalter des Kongresses, Lic. Weber, hat ausdrücklich nur solche Persönlichkeiten eingeladen, welche auf dem Boden der heutigen Staatsordnung stehen. Wir haben von dieser Torheit nicht Kenntnis genommen, da der socialdemokratische Kampf gegen den Schmutz in der Litteratur und die Hebung der Volksehrlichkeit jenes Kongresses nicht erst bedarf. Dagegen hatte die „Berl. Jtg.“ die parteiische und schädliche Haltung des Lic. Weber gerügt und ihre Verurteilung ausgesprochen, daß „auch ein frei geistiger Geistlicher wie Dr. Pfannkuch in Dänabrid ein Referat für eine derartig gestempelte Verammlung angenommen habe“. Dr. Pfannkuch sagt jetzt in einer Inschrift an die genannte Zeitung, er habe nicht voraussehen können, daß die Einberufer so falsch handeln könnten, und habe bereits sich dem Protest angeschlossen, den Akenarius im „Ausswart“ erhoben. Weiter aber macht Dr. Pfannkuch eine recht interessante Bemerkung, die den konservativen Sittlichkeitswärtigen nicht erfreulich sein wird:

„Im übrigen huldice ich — politisch nach keiner Seite hin engagiert — dem vielleicht etwas unmodernen Grundsatz, meine Ansichten über Volksbibliotheken und Lesesälen überall da vorzutragen und zu verteidigen, wo man mich hören will, mag dies nun in konservativen oder socialdemokratischen Versammlungen sein. Willkommener sind mir freilich — ich wage es offen zu gestehen — konservativen Versammlungen, weil ich in meiner jahrelangen Agitationsarbeit immer wieder die Beobachtung gemacht habe, daß man in socialdemokratischen Kreisen von der Bedeutung großer öffentlicher unparteiischer Bibliotheken und Lesesälen für die Hebung der Volksbildung und die Belämpfung der Schund- und Schmutzlitteratur längst überzeugt ist.“

Wenn unter Belämpfung der Unästhetik in der Litteratur nicht scheinbare und kunstfeindliche lex-Geizerei verstanden wird, so darf allerdings die Socialdemokratie in Anspruch nehmen, daß sie für die Belämpfung der Schund- und Schmutzlitteratur mehr gethan hat als irgend eine Richtung sonst. Die konservativen dagegen haben stets die „socialdemokratische Unästhetik“ zu bekämpfen gesucht und lassen weite Schichten des Volkes in Unwissenheit, in Schmutz und Schund verkommen. —

Kein zweites Jorbad? Wie aus Meinungen gemeldet wird, ist gegen den Lieutenant Hemmann vom 32. Infanterie-Regiment in Meiningen die kriegsgerichtliche Untersuchung wegen Verleumdung, Vorgeleitet durch Verbreitung von Schriften eingeleitet worden. Lieutenant Hemmann hat nach dem Muster von Wisse einen Roman unter dem Titel „Erfahrungen einer Amerikanerin in einer kleinen preussischen Garnison“, der bei Sattler in Braunschweig erschienen ist, geschrieben, in dem eine Reihe erster Familien ziemlich stark kompromittiert scheinen. Der Verfasser des Buches, in dessen Wohnung eine Haus suchung belästigendes Material ergeben hat, ist gefänglich. Da der Prozeß des Wisse Nr. 2 hinter verschlossenen Thüren abgehandelt werden wird, so wird es — „kein zweites Jorbad“ geben. —

Zur Reichsbekand-Verflechtung. Gegen die vom preussischen Landtage angenommene Novelle zum Reichsbekand-Gesetz haben die Oberbürgermeister von Berlin, Breslau, Köln, Königsberg, Frankfurt a. M. und anderer Städte eine Eingabe an das Staatsministerium gerichtet, worin sie bitten, diesem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung nicht zu erteilen. Die Petition sagt noch einmal alle die Bedenken zusammen, welche die Oberbürgermeister gegen die agrarische Gesundheitsgefährdung der Städte geltend zu machen haben. —

München, 11. August. Heute vormittag 11 Uhr wurde durch den Prinzregenten der bayrische Landtag mit dem üblichen Ceremoniell geschlossen. Der Landtagsabschied konstatirt, daß sämtliche Materien, über welche in sechsjähriger Legislaturperiode die beiden Kammern einheitliche Beschlüsse erzielt hätten, durch allerhöchste Sanktion erledigt wurden. —

Eine dunkle Angelegenheit.

Zum Fall Wessel wird uns weiter aus Rom geschrieben: Die durch die widerrechtlich erfolgte Auslieferung des Lieutenant Wessel heraufbeschorene Agitation läuft an, dem Ministerium sehr unangenehm zu werden. Es hat daher dieser Tage einen Maßzettel in den Ordnungsbüchern abgelagert, in dem die Wessel zur Last gelegten gemeinen Verbrechen aufgezählt sind. Wessel hätte demnach in folgender Weise Unterschlagungen begangen und Unterschreiben gefälscht. Er hätte in Erfahrung gebracht, daß der preussische Marineleutnant Wladimir Weder in Thora dem Italiener Leonardo Sutti 1020 Lire für Spielschulden schuldig sei. Darauf hätte Wessel von Wüßel aus an Lieutenant Weder in Thora geschrieben und in einem Briefe vom September 1899 mitgeteilt, daß er dem genannten Italiener 650 Lire als Teilzahlung auf seine Schuld für Weder gegeben habe. Weder hätte darauf die übrigen 370 Lire gefandt und Wessel gebeten, sie auszugeben. Wessel soll nun nicht bloß diese 370 Lire unterschlagen haben, sondern auch einen Brief auf den Namen Sutti gefälscht haben, worin über die 370 Lire quittiert wird und um den Restbetrag von 650 Lire gebeten, mit dem Bemerkten, die von Wessel erhaltenen 650 Lire seien nur zur Tilgung einer Privat schuld Wessels eingezahlt worden. Darauf hätte Weder auch diese 650 Lire bezahlt und für die Gesamtzahlung eine von Wessel auf den Namen Sutti gefälschte Quittung erhalten. Aber selbst wenn diese Darstellung richtig wäre, blieben noch allerhand Fragen. Zunächst ist ein deutsches Gericht für die im Ausland begangene strafbare Handlung nicht zuständig. Ein Strafverfahren der belgischen Behörden liegt nicht vor. Dann, wie erklärt sich der fanatische Eifer in der Verfolgung Wessels, wenn es sich lediglich um einen gemeinen Verbrecher handelte? Wie kommt es, daß Italien beinahe 16 Monate lang Wessel im Gefängnis hielt und ihn dann auslieferte, in einer der italienischen Prozedur in Auslieferungssachen widersprechenden Weise, d. h. ohne vorherige Prüfung der gegen den Angeklagten vorliegenden Thatsachen?

Das ganze ist um so verdächtiger, als angenommen wird, daß Wessels Zeugnis dem Pariser Kassationshof in der Affaire Drehsus sehr wichtig wäre. Man glaubt, daß Wessel nicht nur ausschlaggebendes Entlastungsmaterial für Drehsus besitze, sondern auch Anhaltspunkte über den wahren Schuldigen sowie über den Staat, in dessen Sold dieser stand. Wessels Dokumente befinden sich in Brüssel, in Verwahrung des Dr. Dre mel, Rechtsanwalt am Appellationshof.

Weiter tritt in der Londoner Presse die Behauptung auf, Wessel solle in Deutschland wegen Spionage prozessiert werden. Dann wäre also doch die Auslieferung unter einem Vorwand bewilligt worden und der Offizier würde für ein Verbrechen unter Anklage gestellt, für das er nun und nimmer ausgeliefert werden konnte! Geschieht das, so ist die offizielle Nachricht falsch, daß die deutsche Regierung sich verpflichtet habe, Wessel nur wegen der gemeinen Verbrechen abzurufen.

Da die Kammer geschlossen ist, hat das organisierte Proletariat der Provinz Genua beschlossen, eine Protestkundgebung gegen die widerrechtliche Auslieferung Wessels ins Leben zu rufen. —

Ausland.

Niederländische Kolonialstreit.

Vor kurzem hat die niederländische Regierung in Nordossumatra einige Beamte angestellt, die über die Durchföhrung der zum Schutze der Eingeborenen erlassenen Aufordnungen wachen sollen. Wie notwendig eine derartige Aufsicht ist, das haben besonders auch verschiedene Veröffentlichungen des politisch durchaus nicht oppositionellen indischen Advokaten J. van den Brand bewiesen, der sich um die Aufbedung kolonialer Schandbaten sehr verdient gemacht hat. Nun hat dieser Mann eine neue Broschüre unter dem Titel: „De praktijk der loctie-ordonnantie“ bei Gobelers u. Wormser in Amsterdam erscheinen lassen. Was in diesem Buche Wäselisches berichtet wird, könnte man nicht für möglich halten, wenn man nicht schon wüßte, welche Gesplogenheiten europäische Kulturträger in den Kolonien entwickeln. Es handelt sich hier um Schandbaten von Angestellten kapitalistischer Unternehmungen, aber die Kolonialverwaltung ist wohl insofern mitschuldig, als sie nicht mit der nötigen Strenge gegen die Unmenschen vorgegangen ist.

Die Broschüre beginnt mit Auszügen aus drei Anträgen auf gerichtliche Verfolgung zweier Assistenten und eines Administrators privatkapitalistischer Unternehmungen. Die Anträge gehen aus von dem Offizier der Justiz, Akenreb, dem die Regierung aufgetragen hatte, an der Küste von Sumatra eine Untersuchung über die Arbeitsverhältnisse vorzunehmen. Bezeichnend genug ist es, daß Akenreb, der erste Justizbeamte, der kraftvoll für die mißhandelnden Eingeborenen eintritt, ein Halbblut ist, väterlicherseits holländischer, mütterlicherseits malaisischer Abstammung. In allen drei Antragschriften findet sich die Bemerkung, daß die betreffenden vorzüglich ohne Wessel der eingeleiteten Behörden und ohne daß ein durch alle

Meine Verordnung vorgesehener Fall vorlag gehandelt haben. Zunächst wird berichtet, wie ein Assistent zwei japanische Frauen, nachdem er sie ganz entkleidet hatte und sie sich mit dem Bauch auf die Erde legen mußten, mit einem Lederriemen auf das nackte Gesicht so heftig schlug, daß dieser Körpertheil über und über mit Striemen bedeckt wurde. Aber damit nicht genug, ließ er ihnen durch seine Haushälterin Angesicht, Brüste und Schamtheile mit feingeföhrenem Bombol (spanischem Pfeffer) einreiben, ließ sie dann an Pfähle anbinden und zwar so, daß jede mit ausgebreiteten Armen und gespreizten Beinen zwischen zwei Pfählen zu stehen kam. In diesem Zustand mußten sie, die eine von 7 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags, die andre bis 11 Uhr vormittags, dastehen und das an einem Platz, wo sie vom großen Weg aus gesehen werden konnten. — Von dem Brand teilt hierzu mit, daß laut einer unter Eid abgegebenen Erklärung, in dieser Sache bereits einmal Anzeige bei dem Kontrolleur von Bobain erstattet worden war. Dieser, als Hilfsassistent der Justiz, meinte jedoch, die Sache nicht verfolgen zu müssen, und begnügte sich damit, einen Brief an den Chef des Unternehmens zu schreiben. — In dem zweiten Schriftstück wird ein Administrator beschuldigt, nicht weniger als 6 Kontraktulisten in verschiedener Weise so grausam bestrafen zu haben, daß mehr oder minder lang dauernde Krankheit, in einem Fall sogar der Tod des Opfers die Folge war. Man stellte die Unglücklichen mit eisernen Ketten an Pfähle, ließ sie nachtslang oder tagsüber in der Sonnenhitze mit wundgeschlagenen Körper dastehen. Als moderner Europäer bediente sich jener Administrator auch der Elektrifiziermaschine, um die armen Kulis zu quälen, deren ganzes Verbrechen war, daß sie nach Meinung ihres Arbeitgebers kontraktbrüchig geworden waren.

Im dritten Fall handelt es sich um einen Assistenten, der einen Kontraktulisten an sein Pferd band, ihn so eine Stunde Wegs in schnellem Trab über die Erde dahinschleifte und ihn dann noch eine Stunde lang Spiehruten laufen ließ, so daß der Arme mindestens 8 Tage arbeitsunfähig war.

In nobelstiller Form, die der Verfasser vermutlich wählte, um Anklagen wegen Verleumdung vorzubringen, schildert er dann eine Reihe anderer Gräueltaten und man gewinnt hier leider den Eindruck, daß es sich nicht um einzelne bestialisch verkommenen Subjekte handelt, sondern daß ein sehr großer Teil der Europäer in niederländisch Ostindien entsehrlich verroht sein muß. So erzählt z. B. der Verfasser von einem Arzt auf einer Plantage, der an dem Hauptadministrator eine gefährliche Operation vorzunehmen hatte, und der, um sich Uebung zu verschaffen, zwei chinesische Kulis hernahm, die gar nicht an der Krankheit litten, und an ihnen die Operation probierte. Der Mann kam bei den europäischen Patienten in den Ruf ganz besonderer Gewissenhaftigkeit. Weiter folgt eine furchtbar ergreifende Schilderung von Mißhandlung dreier japanischer Mädchen. Ganz nackt waren sie aneinandergefesselt mit Striden vereinigt in der Hand eines Japanen, der in der andern Hand eine Peitsche trug, mit der er sie wie Säule vor sich her trieb und entsehrlich mißhandelte.

Furchtbar schreiend vor Pein, fortwährend um Gnade flehend schneitten die Frauen dahin. Unbarmherzig fuhr die Peitsche pfeifend nieder auf die nackten Körper. Dreimal war der wilde Zug um das Emplacement vollbracht, als eine der Frauen strauchelte und die andern über sie hinstürzten auf den staubigen Weg. Dort blieben sie liegen, und wie die Peitschenhiebe auch schmerzten auf ihren Leibern, sie erhoben sich nicht. Nur das Gemurmel der Armen lang herzerzitternd herauf. Als das Blut sie überströmte, hielt der Javane an mit der Geißelung. Und der Administrator, in einem Anflug von Weichlichkeit, sagte: „Genug, sie können nach Hause gehen.“ — „Das soll die Bestien lehren, hier die Oure zu spielen“, setzte der sitzsame Verwalter sich an die Assistenten wendend hinzu. „Kommt, laßt uns einen kühlen Trunk nehmen.“ Der Administrator und seine Assistenten hatten sich die ganze Zeit über an der Exekution ergötzt. Anfangs waren auch Gruppen von Chinesen und Japanen anwesend gewesen; sie zogen es jedoch bald vor, den Schauplatz zu verlassen. Die drei mißhandelten Mädchen versuchten sich in der Nacht einen Strid, teilten ihn redlich in drei Teile und erkängten sich, gepeinigt von dem bei den japanischen Frauen in höchstem Maße entwickelten Schamgefühl und um Nachse zu nehmen an ihren Herren. „Die Bestien“, schimpfte der Administrator, als er vom Tode der Frauen vernahm, „das ist ein Verlust von 90 Gulden.“ So viel hatten sie nämlich nach der üblichen Lohnzahlung Vorschuß erhalten!

Frankreich.

Zu Waldeck-Roussiaus Tode.

Paris, 11. August. Alle republikanischen Blätter sprechen ihr lebhaftes Bedauern aus beim Tode Waldeck-Roussiaus; die Republik verliert in ihm, sagen sie, einen ihrer berühmtesten Advokaten und einen ihrer besten Verteidiger; sie machen die Bemerkung, wenn Waldeck auch Nützigung gegeben hätte, so hätte er doch die Notwendigkeit von demokratischen Reformen eingesehen; er zeigte dies besonders bei dem Zustandekommen des Gesetzes, das das Syndikalwesen organisieren sollte; die Organe der Majorität betonten auf der andern Seite die Wichtigkeit der Rolle, die Waldeck seit 1889 gespielt habe; sie sehen in ihm den Retter der Republik in der schwersten Krisis, die sie jemals durchgemacht habe. Die Organe der Opposition, Monarchisten und Merikalen, erkennen, wenn sie sich auch gegen die Politik des früheren Konseilspräsidenten aussprechen, immerhin seine hohe Begabung und seine bewundernswürdige Veredamkeit an.

Ministerpräsident Combes hat wegen des Ablebens Waldeck-Roussiaus seine beabsichtigte Reise aufgegeben. Es wird ein Ministerrat abgehalten werden, der über die Begräbnisfeierlichkeiten beraten wird. Die Regierung beabsichtigt, das Begräbnis Waldeck-Roussiaus auf Staatskosten stattfinden zu lassen.

Paris, 11. August. Das Leichenbegängnis Waldeck-Roussiaus ist auf Sonnabendvormittag festgesetzt. Die Leichenfeier wird in der Kirche Saint Clotilde stattfinden und sehr einfach sein. Reden werden nicht gehalten und auch keine Kränze an der Bahre niedergelegt werden, auch eine Erweihung von militärischen Ehren findet nicht statt. Die Beerdigung erfolgt auf dem Kirchhofe Montmartre. Morgen wird der Leichnam nach Paris geschafft werden.

England.

Eine Regierungs-Niederlage.

London, 11. August. Bei der durch den Tod des bisherigen Vertreters nötig gewordenen Ersatzwahl im Kreise Lanark (Schottland) wurde den Konserbativen mit einer liberalen Mehrheit von 942 Stimmen der Parlamentsstich entzogen, obgleich durch Aufstellung eines eignen Kandidaten durch die Arbeiterpartei die liberale Partei geschwächt war. Der Wahlkreis gehörte seit 1886 den Liberalen, fiel aber 1901 den Konserbativen zu.

Türkei.

Konstantinopel, 10. August. (Meldung des Wiener Z. f. Telegr.-Korrespondenzbureau.) In den unmittelbar beteiligten Kreisen wird die im Ausland verbreitete Nachricht von Plänen betreffend eventuelle Veränderung in dem Protektorat über die Katholiken des Orients für vollständig unbegründet erklärt. Die Absicht des heiligen Stuhls geht für den Augenblick dahin, den status quo aufrecht zu erhalten. Die französische Botschaft gab denn auch dem apostolischen Delegaten die Versicherung, daß die Verhältnisse bezüglich des Schutzes, den man den Katholiken im Orient angedeihen läßt, dieselben bleiben wie bisher. Als Beweis für diese Haltung können zwei Fälle angeführt werden, die nach dem Bruch mit dem Vatikan vorgekommen sind.

Asien.

Die Engländer in Tibet.

Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus ist der Dsai Lama aus Lhasa entflohen, ließ aber sein Siegel zurück. Oberst Younghubband trat mit einer Eskorte Lhasa, wo ihn der Amban mit großen Höflichkeiten empfing. Younghubband er-

suchte den Amban, die Entrennung von drei bis vier tibetanischen Delegierten zu erwirken, die aber nicht wechseln dürften. Die Tibetaner würden vielleicht die Verhandlungen abkürzen, wenn der Amban sie darauf aufmerksam machte, daß zu den Vertragsbestimmungen auch die Zahlung einer Entschädigung gehöre, und daß mit jedem Tage des weiteren Aufenthaltes der Engländer die zu zahlende Entschädigung wachse.

Ein Aufruf.

Herr Dr. jur. Fritz Auer veröffentlicht den nachfolgenden Aufruf „Zur Psychologie der Gefangenen“, den wir gern wiedergeben:

„Das Auffechende Buch von Hans Leuz „Aus dem Zuchthaus“ enthält zweifellos wertvolles Material für den Kriminalisten... Zur Gewinnung wissenschaftlicher Resultate auf diesem Gebiete ist leider noch sehr wenig Stoff vorhanden. Dostojewskys „Aus einem toten Hause“ behandelt speziell russische Verhältnisse. Was sonst in Betracht kommen konnte, ist wohl nur belletristisch, doch wäre Bezeichnung einschlägiger, vielleicht brauchbarer Arbeiten sehr erwünscht. Es seien nun alle Freunde der Strafrechtsreform dringend gebeten, solche Leute, welche die Wirkung der Untersuchungshaft sowohl wie der Strafhast auf eignen Leibe, vor allem an der eignen Seele beobachtet haben und auch nur einigermaßen über die Gabe der Darstellung verfügen, zu veranlassen, bezw. seien alle diejenigen selbst gebeten, den Einfluß dieser beiden Arten von Gefangenschaft auf ihr inneres geistiges und moralisches Leben zu schildern und diesen Bericht an die unterzeichnete Adresse zu senden.“

Es wird jedem Einsender auf Ehrenwort die Diskretion zugesichert, die er in seinem Interesse gewahrt wissen will; man möge deshalb eine diesbezügliche Angabe machen und nicht anonym einfinden, letzteres schon um bedwillen nicht, weil eventuell zur Klärung und Erläuterung der Berichte nähere Anfragen notwendig werden.

Es handelt sich darum, Beiträge zu liefern zur Beantwortung der Fragen, einmal, ob die Untersuchungshaft in ihrer heutigen ausgedehnten Anwendung gerechtfertigt ist gegenüber den Opfern an seelischer Kraft, die der Verhaftete (und seine Angehörigen) dabei zu bringen haben, sodann, wie der heutige Vollzug der Freiheitsstrafe auf den Charakter, auf die beruflichen und gesellschaftlichen Fähigkeiten des Verurteilten einwirkt.

Dr. jur. Fritz Auer, München, Dachauerstr. 9.“

Weiter hat Dr. Auer die Fragen, die er beantwortet wünscht, wie folgt präzisiert:

„Welche Wirkung hat die Haft auf Ihre geistigen und seelischen Eigenschaften: auf das religiöse Leben, auf die beruflichen Fähigkeiten, auf gesellschaftliche Reigungen, politische Anschauungen, auf Arbeitsamkeit, Sparsamkeitstrieb, Familiensinn, Liebesleben, auf Logik, schriftlichen Stil (Intuition?), auf von Ihnen zugegebene verbrecherische Anlagen, auch solche, die vielleicht mit dem vorliegenden Straffall nicht in Verbindung gebracht werden können?“

Welche Wirkung hatte die Haft in körperlicher Hinsicht auf die Verdauungsorgane (Anstaltsloft?), auf das Sehvermögen, auf die Atmungsorgane (Tuberkulose), auf Blutzusammensetzung (Anämie), auf das Geschlechtsleben? Wie ertragen Sie die Entwöhnung von geistigen Getränken, von Kaffee zc. zc. und Tabak?

Wie wirkte nach Ihrer Ansicht die Einzelhaft, wie die Gemeinschaftshaft, beide mit einander verglichen, auf Sie? Welchen Einfluß hatten der Anstaltsgeistliche, die Anstaltsbeamten, der Lehrer auf Sie, welchen die Behandlung durch das niedere Personal? Welche Förderung oder Nachteile brachte Ihnen die Anstaltsarbeit? Mit welchen Büchern und Schriften beschäftigten Sie sich in den Ruhestunden? Was können Sie mitteilen über Neue, Fluchtversuch, Langeweile, über Kunstfertigkeiten, die sich in der Einsamkeit bei Ihnen entwickelten? Ueber die Wirkung und Umgehung des Schweigegebots (Kloppstelegraphie)? Ueber Disziplinarstrafen?“

Wir halten das Unternehmen des Herrn Dr. jur. Auer für sehr dankenswert und möchten wünschen, daß unser Leserkreis die Ausführungen seiner Absichten mit allem Eifer unterstützt.

Gewerkschaftliches.

Die höchste Instanz!

In Königsberg ist bekanntlich das Streikpostenstehen verboten; der Königsberger Polizeipräsident gestattete es nicht. Vor einigen Wochen belundete ein Schuttmann vor Gericht unter seinem Eide, daß der Polizeipräsident von Königsberg eine Verfügung erlassen habe, nach welcher das Streikpostenstehen nicht gebuldet werden soll!!! Die Maurer waren aber mit der Verfügung des Polizeipräsidenten keineswegs zufrieden. Die Ausübung des durch Gesetz gewährleisteten Rechtes wurde ihnen fast unmöglich gemacht. Auch regnete es tagtäglich Strafmandate auf die Streikposten herab. Sie wandten sich deshalb an den Vorgesetzten des Polizeipräsidenten, an den Regierungspräsidenten, in der Hoffnung, daß dieser den Polizeipräsidenten auf die Gesetzmäßigkeit des Streikpostenstehens hinweisen wird. Doch sie hatten sich getäuscht. Kürzlich erhielten sie folgende Antwort:

Auf die Eingabe vom 8. und 24. Juni erwidere ich, daß ich nach eingehender Prüfung der Sache und Rechtslage keine Veranlassung sehe, in die vom Herrn Polizeipräsidenten zur Aufrechterhaltung der Strafenordnung getroffenen Maßnahmen von Aufsichtswegen einzugreifen, zumal die bisher freigeprochenen Erkenntnisse des hiesigen Schöffengerichts sämtlich durch Rechtsmittel angefochten worden sind, über welche die richterliche Entscheidung abzuwarten bleibt. Ich stelle anheim den Mitunterzeichner dieser Eingabe von dieser Entscheidung in Kenntnis zu setzen.

Der Regierungspräsident.
gez. Werder.

Also auch der Regierungspräsident fällt dem Herrn Polizeipräsidenten nicht in die Arme, wenn dieser durch eine Verfügung das gesetzlich zulässige Streikpostenstehen verbietet. Abwarten will der Herr erst die richterliche Entscheidung! Weik er denn nicht, daß die höchsten Gerichtshöfe längst entschieden haben, daß das Streikpostenstehen erlaubt ist? Oder ist in Königsberg die Polizei die letzte Instanz, die über die Grundrechte der Staatsbürger zu entscheiden hat?

Zur Lohnbewegung des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, soweit sie den Gau Berlin betrifft, geht uns von der Gauleitung ein Bericht zu. Derselbe umfaßt die Lohnbewegung in den ersten 6 Monaten des Jahres 1904.

Die Forderungen werden in der Regel der Arbeitgeberorganisation und auch den einzelnen Arbeitgebern mehrere Monate vor dem Termin, an dem sie in Kraft treten, den, mit dem Bemerkungen zugefandt, daß die Organisationsleitung oder sonstige beauftragte Kollegen jederzeit zur Unterhandlung bereit seien. Die Zahl der Orte, wo sich die Unternehmer auf Verhandlungen einlassen, ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Doch der Wille zum Unterhandeln trat bei den Arbeitgebern erst dann ein, wenn die Maurer ihnen durch Stärke und Haltung der Organisationen — oft in recht harten Kämpfen — die Einsicht beibrachten, daß sie von dem eingenommenen Herrenstandpunkt a la Felsch ablassen und die Organisation als

gleichberechtigten Faktor bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkennen müssen. Das Abschließen des Berliner Vertrags hat auf die Meister manches Provinzortes mittelbar diese Wirkung ausgeübt. Potsdam und Spandau waren bisher die getreuen Ecksteine der Richtung Felsch. Die Kollegen haben wiederholt, und, wie es dem oberflächlichen Beobachter scheinen wollte, vergeblich, lange und heftige Kämpfe führen müssen. Als aber in diesem Frühjahr die Kollegen von neuem gerüstet dastanden, ging den Meistern wohl doch ein Grauen vor den früheren Siegen an. Sie verhandelten mit der Organisation und mußten endlich den Reunstandtag und 60 Pf. Stundenlohn hergeben.

In den Orten, wo längere Zeit Verträge bestehen, ist nicht zu verpüren, daß die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Gesellen abnehmen; das Gegenteil muß eher konstatiert werden. Mit Nachdruck sucht jeder Teil sein Recht zu wahren, und da der Unternehmer nur zu häufig geneigt ist, das Vereindarte in irgend einem Punkte zu seinem Vorteil zu beugen, so zeigen die Schlichtungen dieser Differenzen und insbesondere die Verhandlungen bei Verlängerungen der Verträge die Klassenengegense in elektrischer Beleuchtung. Wohl ändert sich die Form, wie die Wünsche zum Ausdruck gebracht werden, in dem ruhigen und nüchternen Abwägen der Chancen und der Stärke der hinter sich und dem Gegner stehenden Macht, im Wesen aber zeigen sich keine Änderungen. Und die Erfahrung lehrt, daß, wo es nach einem Vertragsverhältnis auch immer zum Kampfe kam, er an Schärfe den früheren nichts nachgab.

Außer den in nachfolgender Aufstellung bezeichneten Lohn-erhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit sind noch eine Reihe nicht unwesentlicher Verbesserungen durchgeführt worden, die aber nur je nach dem Verhältnis des vorher am Ort Bestehenden eingeführt wurden. Als solche sind zu nennen: Verkürzung der Arbeitszeit an den Sonnabenden und an den Tagen vor den hohen Festen, Laufzeit an Montagen und Sonnabenden bei Heberlandarbeit, Lohnzulage bei Heberstunden, Nacht- und Sonntagarbeit usw., Puggulage, Abschaffung der Accordarbeit, wöchentliche Lohnzahlung, Stundenlösung, Ausfluß der Kündigung, bessere Wuden und Aborte, Vorkehrungen zur Verhütung von Unfällen, angemessenes Nachtlöge und andre mehr.

Zunächst führen wir die Orte auf, wo die bestehenden Löhne und die Arbeitszeit auf dem Wege der Verhandlung oder durch stillschweigende Anerkennung der Forderungen geändert wurden:

Lohnbezirk	Lohn- erhöhung in Pfenningen.	Verkürzung der Arbeitszeit in Stunden.	Kam es zur Abschließung eines Vertrages?
Berlin (Puger)	—	1/3	Nein
Buch	2 1/2	—	Ja
Caputh	2	—	Ja
Cüstrin	2	—	Ja
Erkner	5	—	Ja
Friesack	5	1	Ja
Hirtenwalde	5	—	Ja
Grausee	5	—	Ja
Gr.-Westen	10	1	Ja
Hermendorf i. W.	5	—	Nein
Letzin - Gr.-Neuendorf	—	—	—
Rechlin	5	—	Ja
Uden	5	—	Ja
Walden	3	—	Ja
Neudamm	5	—	Ja
Rowawes	5	—	Ja
Riemzyl	1	—	Ja
Rosen	5	—	Ja
Potsdam	7	1	Ja
Preuden	2 1/2	—	Nein
Spandau	5	1	Ja
Strasberg	2 1/2	—	Nein
Teltow	5	—	Ja
Trebbin	4 - 7 1/2	—	Ja
Templin	2 1/2	—	Ja
Wannsee	2	—	Ja
Waltersdorf - Schulzendorf	2 1/2	—	Nein
Wiltsdorf	3 1/2	—	Ja
Wittenberg	1 1/2	—	Ja
Wittenberge	7	—	Ja
Wriezen	5	—	Nein
Zehden	2 1/2	—	Ja
Bei einzelnen Arbeitgebern in:			
Rehlin	5	—	Ja
Sprenberg	—	1	Ja

Durch Streiks wurden in folgenden Orten obige Änderungen durchgeführt:

Driesen	2	—	Ja
Golßen	2-5	—	Nein
Senftenberg-Rätschen	4	1	Ja
Gusow-Platow	2 1/2	—	Ja
Dähringhof	5	—	Ja
Nüterbog	3	—	Ja
Rheinsberg	5	—	Ja
Briezen a. D.	5	—	Ja
Züllichau	6	1	Ja

*) Es hat nur ein Teil der Arbeitgeber die Forderung und den Vertrag anerkannt.

**) Es besteht nur eine mündliche Vereinbarung.

14 Bau- resp. Geschäftssperren mußten verhängt werden, um einzelne Arbeitgeber zur Anerkennung des Vertrags zu zwingen und den Versuch einziger anderer, die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, abzumehren. Der Streik in Schneidemühl ist nach achtwöchentlicher Dauer aufgehoben, da ein unmittelbarer Erfolg nicht mehr zu erwarten war, doch sind Aussichten vorhanden, daß das gesteckte Ziel dennoch bald erreicht wird.

In Rathenow und Rinstenwalde bestehen noch die Streiks, desgleichen die Forster Ausperrung resp. der Streik. In den Orten, wo eine Lohnerhöhung eintrat, arbeiteten zur Zeit der Belwegung 5681 Maurer. Von der Verkürzung der Arbeitszeit wurden 2713 betroffen. An der Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit zusammen sind beteiligt 6195 Kollegen, an den Sperren 113, an den bestehenden Streiks, Ausperrungen und in Schneidemühl 745. Summa 7053 Kollegen.

Berlin und Umgegend.

Streik und Ausperrung der Former. Seit gestern sind noch in mehreren Giebereien die Former wegen Verweigerung von Streikarbeit ausgesperrt worden; u. a. wurden sämtliche 92 Former der Firma Kelling u. Thomas entlassen. — Die Firma Schwarzloppf hat gestern nochmals die Streikkommission ihrer Former zwecks Verhandlung zu sich rufen lassen. Da aber wegen der vom Metallindustriellen-Verband angeordneten und erfolgten Ausperrung der Schwarzloppfsche Fabrikstreik zu einer Angelegenheit von allgemeiner Bedeutung geworden ist, so erklärte sich die Streikkommission als zu Verhandlungen nicht mehr kompetent. Erst die heutige allgemeine Formerversammlung wird in dieser Sache zu entscheiden haben und ihre Beschlüsse dann der Firma Schwarzloppf übermitteln.

Zum Glaserstreik wird uns von der Streikleitung mitgeteilt, daß auf dem Gau der Landesversicherungs-Anstalt die Glaserarbeiten von der Firma Schneider, die ihre Unterschrift des neuen Tarifs wieder zurückgezogen hat, ausgeführt werden. Es ist dies um so auffälliger, weil in dem Lieferungsvertrag für den Bau die Klausel enthalten ist, daß Arbeiten nur an solche Firmen

Vergehen werden, die mit ihren Arbeitern in einem geregelten Verhältnis stehen.

Eine kleine Ausperrung von 27 Klempern hat gestern die Kronische Gasmessfabrik in Charlottenburg, Wilmersdorferstraße, vorgenommen, weil die Klemper sich Abzüge und Maßregelungen von Kollegen nicht länger gefallen lassen wollten. Die Firma sucht in der Berliner „Volks-Zeitung“ Arbeitswillige, was sämtliche Klemper entsprechend zu beachten ersucht werden.

Der Nachweis der Tischler-Gewerkschaft in der Alexanderstraße wird andauernd durch Inzertate in der „Volks-Zeitung“ empfohlen. Es sei darauf hingewiesen, daß derselbe für organisierte Arbeiter gesperrt ist.

Zum Streit bei Orenstein u. Koppel in Spandau ist mitzutheilen, daß die Streitenden das Einigungsamt angerufen haben, um durch dessen Vermittlung die Beilegung des Ausstandes herbeizuführen. In dem Betriebe selbst ereignen sich fast tagtäglich Vorfälle, die ein höchst eigenartiges Licht auf die Werkleitung und einige Beamten derselben werfen. So ist ein früherer Schlosser, der jetzt als Bureau-Schreiber thätig war, Anall und Fall entlassen worden, weil er sich weigerte, in der Fabrik während des Ausstandes Streikbrecherdienste zu verrichten und weil er auch ehrenhaft genug war, seinen mitstreikendem Sohn, Schwager und Cousin nicht zum Streikbrecherdienst zu überreden, obwohl ihm dies von seinen Vorgesetzten nahegelegt worden war. Weiter hat der Meister Glaser den Lehrling Schmidt wegen geringfügiger Verfehen kürzlich derartig mißhandelt, daß der Lehrling eine Anzahl blutunterlaufener Streifen auf dem Rücken hatte. Der Vater des Lehrlings hat gegen den Meister Strafantrag gestellt. Selbst der Direktion scheint die dem Lehrling widerfahrene „Rüchtigung“ zu stark gewesen zu sein, sie hat den Meister jetzt nach Weisfalen geschickt. — Von den Streitenden ist jetzt auch einer abtrünnig geworden und als Arbeitswilliger thätig, und zwar der Arbeiter und Cigarrenhändler Reinhold Moser, Schönwalderstraße 108. Da der Mann geldbedürftig zu sein scheint, so werden seine streikenden Kollegen wahrscheinlich dafür sorgen, daß sein Cigarrengeschäft entsprechend in Anspruch genommen wird.

Deutsches Reich.

Von der Cigarrenfirma J. Neumann werden wir ersucht, in Bezug auf unsern gestrigen Artikel unter der Spitzmarke: „Da hilft nur Organisation!“ folgendes richtig zu stellen:

Es ist nicht richtig, daß in Schwedt a. O. ein fortwährender Wechsel der Meister stattgefunden hat. An Stelle des bisherigen Meisters, der schon 30 Jahre bei der Firma, etwa 10 Jahre in der Fabrik zu Schwedt beschäftigt ist, trat lediglich ein anderer Meister, der schon früher lange Jahre dieselbe Stelle inne hatte, inzwischen aber an einer andern Stelle für die Firma beschäftigt war. Es ist auch nicht richtig, daß die Arbeiter entlassen wurden, sie haben vielmehr ohne vorangegangene Unterhandlung ihrerseits die Arbeit niedergelegt. Richtig ist, daß leider die Löhne der Cigarrenbranche im Allgemeinen niedrige sind. Sie sind aber bei der Firma J. Neumann keineswegs besonders niedrige — im Gegenteil, im Verhältnis zu den von der Konkurrenz gezahlten rechnen sie dort zu den besseren.

Soweit wir aus diesen Richtigstellungen entnehmen, treffen also die Klagen der Arbeiter, namentlich über die Löhne, nicht die besonderen Verhältnisse bei der Firma J. Neumann, sondern die in der Cigarrenbranche überhaupt. Da bleibt es wohl bei unserm in der ersten Veröffentlichung gezogenen Schluß: Dagegen hilft nur Organisation!

Im Maurerkreis in Gelsenkirchen. Im Arbeitgeber-Verband haben die Scharmacher Oberwasser bekommen. Am 8. August beschloß die Arbeitgeber-Versammlung, allen organisierten Maurern das Arbeitsverhältnis aufzukündigen. Der Beschluß ist bis heute noch nicht allgemein durchgeführt. Verschiedentlich versuchen die Arbeitgeber, die Maurer zum Austritt aus dem Verband zu bewegen, bis jetzt ist dies bei zweien von Erfolg gewesen. Die Kündigung läuft am 20. August ab. Die Zahl der von der Kündigung Betroffenen beträgt gegen 500, genaue Feststellungen werden jetzt gemacht. — Die Streikposten werden von allerlei lichtscheuem Gesindel umlagert und verschiedentlich bedroht. Ob dieses von andern dazu gedrungen ist, konnte leider nicht festgestellt werden.

Husland.

Aktion, Schneider! Der Schweizer Schneider- und Schneiderinnen-Verband teilt dem Verband der Schneider mit, daß die Firma A. Weiß-Einstein-Jülich (Schweizer Kleiderfabrik, A. G.), Tsditz, 61, am 30. Juli ihre Arbeiter wegen Lohnminderungen gekündigt hat; die Kündigung ist am 13. August abgelaufen. Der Lohn beträgt bei zehnstündiger Arbeitszeit pro Tag 5 Frank für männliche und 2,50 Frank für weibliche Arbeiter. Die Firma will nun den Zeilohn abschaffen und dafür die Accordarbeit einführen. Der vorgelegte Stüchlohn tarif bedeutet aber eine solche Verschlechterung der bisherigen Löhne, daß der beste Arbeiter höchstens 3 Frank pro Tag verdienen würde. Die Firma hat in ihrem letzten Schreiben mitgeteilt, daß der erste Direktor vertritt sei, weshalb vorläufig weitere Verhandlungen nicht geführt werden können. Die Jülicher Schneider sind nun überzeugt, daß der betreffende Herr Direktor auf der Arbeitersuche ist und werden daher die Schneider Deutschlands dringend davor gewarnt, Arbeit nach Jülich anzunehmen.

Ein neuer Bergarbeiterstreik.

Duz, 11. August. Infolge einer neuen Dienststörung ist in den Dunder Schächten ein Ausstand ausgebrochen; bei der Frühsschicht sind 800 Mann nicht eingefahren.

Die Lohnbewegungen schwedischer Steinbauer. Die Fein-Steinhauer der Westküste Schwedens haben nun durch Kräftigung des von den Arbeitgebern bei den Verhandlungen gemachten Angebot angenommen und damit auf friedlichem Wege ein Uebereinkommen erzielt. Die Ausperrung der Pflastersteinhauer von Bohuslän dauert dagegen noch ununterbrochen fort.

Die unabhängigen Café-Kellner in Toulouse warfen nach dem offiziellen Wolffschen Bureau mit Steinen in ein Café; ein Gendarm wurde verletzt. Die Polizei mußte von der Waffe Gebrauch machen, wodurch die Ruhe wieder hergestellt wurde.

Verfammlungen.

Dritter Wahlkreis. Am Dienstag hielt der Wahlverein eine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Lühm. Dann erstattete der Vorsitzende Frey den Bericht des Vorstandes. Infolge eines Beschlusses der vorigen Generalversammlung hatte sich der Vorstand mit der Beteiligung an der Beerdigung verstorbener Mitglieder zu befassen und machte in dieser Hinsicht folgenden Vorschlag: Zu jeder Beerdigung delegiert der Vorstand zwei seiner Mitglieder. Ein Kranz wird nur dann gespendet, wenn der Verstorbene dem Verein wenigstens zwei Jahre angehört und wenn bei der Beerdigung kein Weislicher mitwirkt. Die letztere Bedingung wird lediglich deshalb gestellt, weil es schon oft vorgekommen ist, daß Geistliche aus Anlaß von Kranzspenden sozialdemokratischer Vereine störende Zwischenfälle verursacht haben. Die Versammlung stimmte dem Vorschlage des Vorstandes zu. — Ferner teilte Genosse Frey mit: Das Mitglied Karfunkelstein, das sich Daja nennt, hat in Parteiverfammlungen Ansichten vertreten, die mit den in unserer Partei geltenden Anschauungen in Widerspruch standen und Anlaß zu entscheidenden Jurisdiktionen gaben. Mit Bezug auf eine derartige Debatte hat Karfunkelstein beim Vorstande eine Entschuldigdarüber beantragt, ob die gegen ihn gerichteten scharfen Jurisdiktionen berechtigt waren. Als der Vorstand über diese Angelegenheit verhandelte, erklärte Karfunkelstein auf eine an ihn gerichtete Frage: Er stehe dem Anarchismus näher als der Sozialdemokratie. Auf Grund dieser Erklärung beantragt der Vorstand den Ausschluß Karfunkelsteins. Die Ver-

sammlung stimmte diesem Antrage zu. — Hierauf legte der Kassierer die Abrechnung vom verfloffenen Quartal vor. Der Bestand betrug 1133,60 M., die Einnahme 1591,55 M., die Ausgabe 1137,45 M., der Bestand am Schluß des Quartals 1587,70 M. Die Versammlung entlastete den Kassierer und überwies dem Vorstande 1200 M. zur Agitation. Dem Kassierer wurde für das abgelaufene Jahr eine Entschädigung von 50 M. zugewilligt. — Die Ergänzungswahl zum Vorstande ergab die Wiederwahl folgender Mitglieder: Bohl, zweiter Vorsitzender, Lange, zweiter Kassierer, Hirschfeld, zweiter Schriftführer; Revisoren Hahn, Rosin. Doch wurde als Revisor neu gewählt.

Kunze hielt Genosse Siedlum einen sehr lehrreichen Vortrag über Ludwig Feuerbachs Leben und Lebenswerk, der mit lebhaftem Beifall und regem Interesse entgegengenommen wurde.

Zum Schluß machte der Vorsitzende einige geschäftliche Mitteilungen. Nachdem diese erledigt waren, drückte Ritter seine Verwunderung darüber aus, daß ein Mensch wie der Demingant Abel beim „Vorwärts“ angestellt werden konnte, obgleich er weder der Partei noch einer Gewerkschaft angehört. Die Geschäftsleitung des „Vorwärts“ müsse angewiesen werden, sich vor dem Engagement über das Vorleben des Anzustellenden zu informieren, überhaupt sollten beim „Vorwärts“ nur zuverlässige Parteigenossen angestellt werden.

Unter Bezugnahme auf das Auftreten des Genossen Friedberg in der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften sagte ein Redner: Die Art, wie Friedberg seine Ansichten vertrat und die Partei kritisierte, dürfe man nicht ruhig hingehen lassen. Da Friedberg Mitglied des dritten Wahlvereins sei, werde dieser sich mit der Angelegenheit beschäftigen müssen. Doch stellte in Aussicht, daß der Kreis dieser Angelegenheit näher treten werde, denn man könne nicht dulden, daß Friedberg, den Parteigenossen die anarchistische Presse empfehle. Dieser verteidigte als Mitglied der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften die Ansichten Friedbergs und beantragte, Friedberg zu einem Vortrage im Wahlverein aufzufordern und sich mit ihm auseinanderzusetzen. Rahl, Rahl, Ritter und andre traten den Friedbergischen Ansichten entgegen und sagten, man habe natürlich nichts dagegen, daß Friedberg seine Anschauungen vertritt, aber er dürfe das nicht in einer Weise thun, die für die Partei beleidigend sei; er dürfe nicht als Sozialdemokrat Propaganda für anarchistische Schriften und anarchistische Bestrebungen machen. — Der von Ritter zurückgezogene, von anderer Seite wieder aufgenommene Antrag, Friedberg zum Vortrage aufzufordern, wurde abgelehnt und ein Antrag angenommen, der den Vorstand auffordert, die Angelegenheit Friedberg zu untersuchen.

Aus dem Bureau des Verbandes der Schneider erhalten wir in Bezug auf die Entgegung der Genossin Ihrer in Nr. 184 des „Vorwärts“ folgende Erklärung:

Wir haben uns weder auf unserm Verbandstage noch sonst irgendwo angemaßt, über die Arbeitskraft der Agitatorinnen nach freiem Ermessen verfügen zu können, aber es wird uns auch niemand berechnen wollen, daß wir den Grundlag aufstellen, solche Agitatorinnen, die nach unsrer Ueberzeugung in bestimmten Fällen zu Gunsten einer andern Organisation gegen unsern Verband agitieren, nicht als Referenten verwenden zu können. Es handelt sich, wie aus unserm gedruckten Geschäftsbericht hervorgeht, um die Organisierung der Wäschenbierinnen, von denen in Bielefeld reichlich 100 unsern Verbande angehören, die aber mit der Weisliche verschiedener Agitatorinnen, die allerdings selber in dem Berufe nicht beschäftigt sind, dem sich im vorigen Jahre gebildeten Verbande der in der Wäsche- und Strampfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zugeführt wurden. Eine derartige Abwendung von Mitgliedern steht in der Gewerkschaftsbewegung bisher wohl einzig da und jeder Verband dürfte sich dies ebenso wenig gefallen lassen. Damit fällt auch die Behauptung der Genossin Ihrer, daß unsre Gewerkschaft für die Organisierung dieser Kategorie von Arbeiterinnen bisher noch nichts getan hat.

J. A. G. Stühmer.

Charlottenburg. Eine öffentliche Versammlung der Maler, Radierer und Anstreicher, einderufen vom Gehilfenauschuss, tagte hier am 3. d. Mts. im unteren Saale des Volkshauses. Der Altgenosse Fleming gab einen umfassenden Tätigkeitsbericht, in welchem Redner im besondern die Stellung der Innung zur Pfuscharbeit und zu der Weisfrage kritisch beleuchtete. Der Bericht der Lehrlingskommission wurde von Griebner gegeben, der bekunden konnte, daß man sich über eine sogenannte Lehrlingsgüchtere hier nicht beklagen könne. Nach einer kurzen Debatte über die Berichte, an der sich Rahlke und Jaeger beteiligten, gab Fleming bekannt, daß vom 1. September d. J. ab die Vermittlungsstunden für das Malergewerbe im hiesigen städtischen Arbeitsnachweis in Nachachtung eines von der Gehilfenchaft eingereichten Antrages auf die Zeit von 9—11 Uhr vormittags und von 4—5 Uhr nachmittags verlegt werden. Den Schluß der Versammlung bildete eine rege Aussprache über den Lohnstarif, den einige Meister und Berufsfolger nicht genügend innehalten. Es wurde auch bei dieser Gelegenheit getadelt, daß die Beschwerdeführenden nicht direkt an die Ueberwachungskommission, dem richtigen Ort, sondern an Viertischen oder anderwärts ihre Beschwerden loslassen.

Friedrichshagen. Am 16. Juli hielt der sozialdemokratische Arbeiterbildungs-Verein von Friedrichshagen und Umgegend im Vereinslokal bei Bekind seine ordentliche General-Versammlung ab. Der Vorsitzende Bertmann erstattete den Jahresbericht, aus dem hervorgeht, daß die Mitgliederzahl von 179 auf 277 gestiegen ist. Der Kassierer hat einen Kasienbestand von 168,57 M. Die Bibliothek hat eine ansehnliche Zahl neuer Bände aufzuweisen und wird rege benutzt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde als 1. Vorsitzender gewählt Gen. Karoslat, als 2. Vorsitzender Gen. Korring, als Kassierer Gen. Max Grau, als 1. Schriftf. Gen. Körber, als 2. Schriftführer Gen. Reinhold Krüger, als Weislicher die Gen. Bögge und Kühll, als Revisoren die Gen. Mewis, Kadue und Schulze, als Bibliothekare Bschode, Arthur Sonnenburg und Ernst Pfeifer. Als Delegierte zur Kreiskonferenz wurden Max Grau, Winide und Barth gewählt.

Wilmersdorf. In einer gut besuchten Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins hielt Genosse Dr. Marenbrecher einen Vortrag über: Der Kampf um die politische Macht. Den Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Diskussion bewegte sich im Rahmen des Referats. Aus dem Bericht des Vorstandes wäre hervorzuheben, daß im verfloffenen Quartal eine Generalversammlung und zwei Vereinsversammlungen stattgefunden haben, zwei Flugblattverbreitungen für die Wälder wurden vorgenommen und eine Landagitationstour inszeniert. Die Zahl der Mitglieder ist von 275 auf 301 gestiegen. Auf die Generalversammlung des Kreises wurden die Genossen Raditz, Kiefer und Reiche delegiert.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 11. August. (W. Z. V.) Amliche Meldung aus Südwestafrika. Reiter Emil Schumann von der Maschinen-gewehr-Abteilung, geb. 18. August 1880 in Basel, früher Dragoner im Dragoner-Regiment König (2. württembergisches) Nr. 26 ist am 8. August in Ojofondu an Typhus gestorben.

Bremenhaven, 11. August. (W. Z. V.) Die abgelöste Besatzung des ostafrikanischen Kreuzergeschwaders wurde von dem Hochdampfer „Rain“ heute hier gelandet. Es sind 43 Offiziere, 81 Dedoffiziere, 1387 Unteroffiziere und Mannschaften.

Opfer der Arbeit.

Sad Harzburg, 11. August. (W. Z. V.) In der vergangenen Nacht wurden an dem Hochofen der Mathildenhütte zwei Mann durch ausströmende Gase getödet, bei den Rettungsversuchen kamen

weitere zwei Personen ums Leben, eine größere Anzahl Verwundet wurde beiläufig, aber wieder belebt.

Wien, 11. August. (W. Z. V.) Die heutigen Verhandlungen zur Beilegung des Ausstandes der Arbeiter am Handelsquai sind gescheitert.

Wien, 11. August. (W. Z. V.) Berichtigung. In der gestern gemeldeten Ministerial-Berordnung betreffend das Verbot der Ausfuhr von Futtermitteln ist statt Gerste Melasse zu setzen und ferner Osef mit aufzuführen.

Zum Tode Waldeck-Roussaus.

Paris, 11. August. (W. Z. V.) Die Witwe Waldeck Roussaus hat dem Ministerpräsidenten Combes ihren Dank ausgesprochen für die Abfertigung der Regierung das Leichenbegängnis für den Verstorbenen auf Staatskosten zu veranstalten; ihr Gemahl habe wiederholt den Wunsch zu erkennen gegeben, in einfachster Weise bestatet zu werden.

Marseille, 11. August. (W. Z. V.) Die eingeschriebenen Seeleute der Messageries maritimes werden, da die Meinungsverschiedenheiten beigelegt sind, ihren Dienst wieder aufnehmen.

Die Stellung der englischen Regierung zur Dardanellen-Frage und zur Angelegenheit der Kriegskonterbande.

London, 11. August. (W. Z. V.) Oberhaus. In Beantwortung einer Anfrage des Marquis of Ripon erklärt der Staatssekretär Marquis of Lansdowne: Ich bin gefragt worden, erlicke betreffs der Durchfahrt von Schiffen der freiwilligen Flotte durch die Dardanellen, zweitens hat Ripon auf die Art und Weise hingewiesen, in welcher die russische Regierung jünger die Frage hinsichtlich der Kriegskonterbande behandelt, und drittens berührt Ripon die Art und Weise, in welcher gewisse neutrale Schiffe, besonders der „Knight Commander“, von der russischen Regierung behandelt wurden. Was die freiwilligen-Flotte betrifft und die Durchfahrt durch die Dardanellen, so weiß das Haus, wie diese Frage von der Regierung betrachtet wird. Wir haben auseinandergesetzt, daß unsrer Ansicht nach Schiffe dieser Flotte nicht berechtigt sind, die Dardanellen als Kriegsschiffe zu passieren, und da sie sie als friedliche Schiffe passierten, so waren sie nicht berechtigt, fast unmittelbar nachher in der Gestalt von Kriegsschiffen zu erscheinen und in den neutralen Handel einzugreifen. Somit die aus der Durchfahrt der „Petersburg“ und „Smolensk“ entstandenen Zwischenfälle in Betracht kommen, so glaube ich, wir können sagen, daß die Angelegenheit das akute Stadium verlassen hat. Diese beiden Schiffe sind aus dem Roten Meer zurückgezogen, und wir hören jetzt, daß die ihnen gesandten Befehle, von ähnlichen Wegnahmen abzusehen, ihren Bestimmungsort erreicht haben. Wir nehmen daher an, daß keine weiteren Wegnahmen stattfinden werden. Hinsichtlich der Durchfahrt anderer Schiffe der freiwilligen-Flotte durch die Dardanellen, glaube ich, daß die Zeitungsberichte darüber im wesentlichen korrekt sind. Die Darstellung der Bedingungen, auf welchen die türkische Regierung bestanden hat, entspricht den Thatsachen. Die türkische Regierung scheint von der russischen amtlich die Erklärung erlangt zu haben, daß diese Schiffe während ihrer ganzen Reise die Handelsflagge führen und weder Munition noch Armierung an Bord haben werden, und daß sie nicht in Kreuzer verewandelt werden. Betreffend die zweite und erstere Anfrage über die Art, in welcher die russische Regierung die Angelegenheit der Kriegskonterbande behandelt hat, so hat die russische Regierung bei Beginn des Krieges Reglements über diese Frage erlassen, und ohne Zweifel haben diese Reglements die bisher von England und den meisten andern Ländern acceptierte Definition der Kriegskonterbande in sehr großem Maße erweitert. Die russische Definition umfaßt eine Anzahl Artikel, die wir natürlich prima facie als unbedeutlich, ohne Hinblick auf ihre schließliche Bestimmung, betrachteten, und diese erweiterte Definition war von einer amtlichen Erklärung begleitet, daß die gesamten im Reglement 6 aufgeführten Artikel nicht nur als Kriegskonterbande, sondern als bedingungslose Konterbande zu betrachten sind. Die Artikel, die uns besonders berühren, sind die in den Unterabschnitten 8 und 10 aufgeführten. Unterabschnitt 8 nennt jede Art von Feuerungsmaterial, wie Kohlen, Naphtha, Spiritus ufm. Unterabschnitt 10 führt im allgemeinen alles auf, was zur Führung des See- und Landkrieges bestimmt ist, wie auch Reis, Wundoorde, Pferde, Lasttiere und andere Tiere, die für Kriegszwecke gebraucht werden können, wenn diese Dinge für Rechnung des Feindes besördert werden oder für ihn bestimmt sind. Dieses Reglement an und für sich, ohne Angabe, daß alle diese Artikel als bedingungslose Konterbande betrachtet werden, würde keine so ernste Sache gewesen sein. Aber indem wir das Reglement zusammen mit der amtlichen Erklärung in Betracht ziehen, schien es uns eine Sache von solcher Wichtigkeit, daß wir es als Pflicht ansahen, die Aufmerksamkeit der russischen Regierung auf die Schwere der Frage zu lenken. Wir wiesen besonders auf die Anführung der Wundoorde in den Artikeln über die bedingungslose Konterbande hin, wobei England sehr bedeutend interessiert ist, und haben hervor, daß die Einbeziehung allen Proviants in diese Kategorie eine sehr ernste Menerung ist. Wir fügten unsrer Depesche die Erklärung hinzu, daß wir uns verpflichtet fühlen, uns unsre Rechte vorzubehalten, indem wir sofort gegen die Lehre Einspruch erhoben, daß den Kriegführenden die Entscheidung darüber zufiehe, daß gewisse Artikel ohne weiteres und ohne Rücksicht auf die guten Rechte Neutraler als Kriegskonterbande zu betrachten sind. Wir fügten ferner aus, daß wir uns nicht gebunden erachten könnten, eine Entscheidung irgend eines Preisengerichtes als gültig anzuerkennen, die jene Rechte oder die anderweitig anerkannten Grundsätze des Völkerechts verlege. Marquis of Ripon hat bezüglich dieses Punktes gesagt, ob wir an den von Lord Granville im Jahre 1870 ausgedruckten Ansichten hinsichtlich dieser Frage festhalten. Unsre Politik in dieser Frage bleibt dieselbe wie damals.

Marquis of Lansdowne geht dann auf die Frage der russischen Wahregeln zur Behinderung der Anfuhr von Konterbande in japanischen Häfen über und erklärt: Uns ist zu verstehen gegeben worden, daß es nach Ansicht der russischen Regierung innerhalb des Rechts der Kriegführenden liegt, ein weggenommenes neutrales Schiff zu zerstören, wenn es Konterbande an Bord hat. Das ist eine Ansicht, die die englische Regierung nie acceptiert hat. (Beifall.) Sie ist sicherlich auch nicht von den Vereinigten Staaten angenommen worden. Der Minister geht dann des weitern auf die Bedeutung der von Rußland aufgestellten neuen und bisher beispiellosen Konterbandedoktrin ein und führt dabei aus: Die Maßregel, neutrale Schiffe in Grund zu bohren, kann nicht verschlehen, auf unsern Handel eine höchst nachteilige Wirkung auszuüben. (Beifall.) Ich glaube nicht zu hoffen berechtigt, daß diese Handlungen der Zerstörung neutraler Prisen wahrscheinlich nicht wiederholt werden. Die Erklärung wurde mit Beifall aufgenommen und der Gegenstand sodann verlassen.

Die Cholera im Kaukasus.

Baku, 11. August. (W. Z. V.) Der russische Konsul in Astrabad hat dem Gouverneur von Baku mitgeteilt, daß in der Umgegend von Astrabad 29 Cholerafälle einen tödlichen Verlauf genommen haben. Nach einer hier eingegangenen Mitteilung ist die Cholera auch in Meshhed ausgebreitet.

Vom ostafrikanischen Kriegsschauplatz.

Rom, 11. August. (W. Z. V.) Die „Tribuna“ meldet aus Rußen, daß ihr Berichterstatter Pardo wegen seiner Kriegserichte an die „Tribuna“ von den russischen Behörden aufgefordert worden ist, den Kriegsschauplatz zu verlassen.

Tschiu, 11. August. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Das aus Port Arthur hier eingetretene russische Lorbodobooserschiff „Metshitani“ ist auf Eruchen des chinesischen Admirals Sah besarmiert worden. Es heißt, alle großen russischen Kriegsschiffe mit Ausnahme des „Bajan“ hätten Port Arthur verlassen und dabei mit den Japanern aus großer Entfernung Schiffe geschloßelt.

Der Parteitag von Lille.

Lille, 9. August. (Fig. Ver.)

Erster Verhandlungstag.

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender: Lafargue, Beisitzer: Magnon-Lyon und Journaux-Montceau-les-Mines.

Es ist eine Begrüßungsdepesche von Plechanow eingetroffen, die unter Weisfall verlesen wird. Dubreuilh, Parteisekretär, giebt einige ergänzende mündliche Erläuterungen zum Sekretariatsbericht, der im „Socialiste“ veröffentlicht wurde und dessen wesentlichen Inhalt ich bereits mitgeteilt habe: In Bezug auf die Agitation mächten die Föderationen in engerer Mitwirkung als bisher mit dem Centralrat stehen. Das wäre nötig nicht nur, um die Agitation intensiver zu gestalten, sondern auch im Interesse der geistigen Vereinheitlichung der Partei. In gewissen Föderationen machen sich beunruhigende Tendenzen zur revolutionären Kurzerwerbskämpferei, ja zum Anarchismus geltend. Das wäre unnötig, wenn die Beziehungen zwischen den Organisationen und dem Centralrat intimer wären. Der briefliche Verkehr genügt nicht, vielleicht könnte man feste Agitatoren anstellen, die gewissermaßen die ständigen Besucher der einzelnen Gegenden wären.

Die reichen Zahlenangaben des gedruckten Berichts sind doch nicht vollständig, da die Föderationen nicht immer die nötigen Mitteilungen gemacht haben. Aus dem ganzen Bericht ergibt sich, daß die Partei, trotz der ungünstigen politischen Situation, große Widerstandskraft bewiesen und wertvolle Erfolge erzielt hat. Dubreuilh schließt unter lebhaftem Beifall mit dem Wunsch, der Parteitag möge recht eifrige Kritik an dem Bericht üben: Die Arbeit der geleisteten Arbeit ist die Hauptaufgabe eines ernstlichen Parteitages.

Vaillant-Moubaig regt an, zum Zwecke einer besseren Berichterstattung seitens der Föderationen jeweils ihnen einen entsprechenden Fragebogen zuzustellen. Die Anregung wird dem Centralrat zur Durchföhrung überlassen.

Nappoport vermischt im Bericht, der ja sonst vollständig ist, einen Ueberblick des Zustandes der Parteipresse. Das ist der schwache Punkt der Partei bezw. der Thätigkeit des Vorstandes. Namentlich sollte nochmals die Notwendigkeit einer Tageszeitung betont werden.

Lafargue erwidert, daß diese Notwendigkeit dem Centralrat freizugehen wäre. Auch wurden im vergangenen Jahre dahingehende Versuche gemacht, aber sie sind an der Ungunst der Umstände gescheitert.

Zur Frage der Anstellung von ständigen, die Partei-Organisationen bereisenden Agitatoren wird zunächst der Kostenpunkt besprochen. Vaillant beantragt, mit der praktischen Lösung der Frage die Exekutivkommission des Centralrats zu betrauen. Ghyslain: Die Aufgabe der reisenden Parteibesucher sollte nicht die öffentliche Agitation sein, sondern vielmehr die innere Erziehung der Parteigenossen im Sinne unserer Grundsätze. Dieser Erziehung bedürfen aber gerade die noch schwachen, mittellosen Föderationen und Gruppen. Die Kosten müßten daher von der Partei wegen aufgebracht werden. Dreyfus-Velfort beantragt, den Vorstandbesuch der jährlichen Mitgliederversammlungen von 25 auf 50 Cts. zu erhöhen. Auf Guesdes Antrag wird zunächst im Prinzip beschlossen, reisende Parteibesucher anzustellen. Was die Durchführung des Beschlusses betrifft, so sollen die Delegierten innerhalb ihrer Föderationen die Kostenfrage zur Besprechung bringen. Die Antworten der Föderationen sollen spätestens am 1. Oktober dem Centralrat eingeleistet werden, der das Weitere zu veranlassen hat. — Der Bericht des Sekretariats wird einstimmig genehmigt.

Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission: Auf dem Kongress sind vertreten 44 Föderationen und Lokalsgruppen durch 163 Mandate und 98 Delegierte. 10 Föderationen bezw. Lokalsgruppen haben sich nicht vertreten lassen.

Rassenbericht: Die Aktiva der Partei betragen sich am 30. Juni auf 7295 Fr. 10 Cts., die Passiva auf 4089 Fr. 70 Cts., macht ein Netto-Guthaben von 3205 Fr. 30 Cts. Davon sind abzüglich einige größere Spenden, darunter die von Vaillant, Landrin u. a., im Betrage von 1095 Fr. Auch die Situation des Wochenblattes der Partei „Le Socialiste“ hat sich gegenüber dem Vorjahre verbessert. Auf dem Kongress von Reims ergab sich ein Defizit von 904 Fr., jetzt hat das Blatt einen Ueberfluß von 24,25 Fr. Unter Abzug der in Reims zu Gunsten des Blattes veranfaßten Geldsammlung ergibt sich jedoch noch immer ein Defizit von 820 Fr. — Die Parteibuchhandlung hat seit Reims erhebliche Fortschritte gemacht. Anstatt des damaligen Defizits von 265 Fr. weist sie jetzt einen Ueberfluß von 483,85 Fr. auf.

Konstantinowitsch verliest unter Weisfall namens der Partei der Sozialisten-Revolutionäre und ihrer ausländischen Organisation eine Begrüßungsadresse.

Der Kongress von Amsterdam.

Brade verliest folgenden Bericht der P. S. de F. zum Internationalen Kongress über die von der Partei für dessen Tagesordnung vorgeschlagene Frage: „Internationale Regeln der sozialistischen Politik“:

„Die Krise, die sich zunächst in Frankreich 1899 offenbart hat und vom Internationalen Kongress von 1900 geprüft wurde, hat sich seither auf alle sozialistischen Parteien ausgebreitet. Sei es in theoretischer, sei es in praktisch-unmittelbarer Form, zwingt sich dem organisierten Proletariat daselbe Problem auf.“

„Hat es gegenüber allen bürgerlichen Regierungen die Haltung einer revolutionären Opposition zu bewahren, die von jeder die seinige war, oder aber kann es hoffen, an seiner Bestreung zu arbeiten durch das Zusammenwirken mit bourgeoisen Fraktionen oder gar durch die gemeinsame Beteiligung mit diesen und zu ihren Gunsten an der Regierung?“

Die Frage zwingt sich demnach auf, daß sie seit 1899 von den sozialistischen Parteien aller Nationen geprüft werden mußte; selbst diejenigen Parteien, die zur Zeit die Folgen der Krise noch nicht empfanden, sind gezwungen, ihr Auftreten bei ihnen als möglich zu betrachten.

Der gesonnter internationalen sozialistischen Partei, versammelt auf dem Kongress von Amsterdam, muß es also daran liegen, das zu bekräftigen, was ihr eigentlicher Existenzgrund ist — die Notwendigkeit des unerschütterlichen Kampfes auf dem proletarischen Klassenboden gegen die Bourgeoisie bis zur vollständigen Eroberung der Macht durch die Arbeiter. Auf dem Dresdener Parteitag 1903 hat die deutsche Sozialdemokratie zum erstenmal die sozialistische Pflicht in dieser Hinsicht formuliert in einer Weise, die geeignet ist, jegliche Zweideutigkeit und jegliche Willkür, die Bewegung vom geraden Wege abzuwenden, zu verhindern. Einige Wochen darauf, auf dem Kongress von Reims, hat die P. S. de F. die Dresdener Resolution zu der übrigen gemacht und jetzt schlägt sie dieselbe Resolution dem Internationalen Kongress vor.“

In Bezug auf die Kolonialpolitik wird eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Resolutionsvorschlages für den Amsterdamer Kongress beauftragt. In die Kommission werden gewählt: Guesde, Lafargue und Vaillant.

Generalstreik.

Vaillant bringt auf eine klare Stellungnahme zu dieser Frage in dem Sinne, daß der Generalstreik als eines der revolutionären Mittel zu betrachten ist.

Vaillant-Paris begründet kurz diesen Resolutionsvorschlag der Seine-Föderation: Die P. S. de F. eine revolutionäre Klassenpartei, die den Kampf gegen den Kapitalismus auf allen Gebieten führt, kann nicht anders als die Propaganda zu Gunsten des Generalstreiks zu ermuntern, der eine den modernen ökonomischen Bedingungen und der gewerkschaftlichen Organisation des Proletariats angepaßte

Form der revolutionären Aktion darstellt. Der Resolutionsvorschlag wird auch von der Lorraine-Föderation unterstützt.

Guesde: Ehe wir uns über den Generalstreik aussprechen, müssen wir wissen, was dieses Wort bedeutet. Der Generalstreik ist eigentlich unternehmerlicher Ursprungs. Die Unternehmer haben in England zuerst teilweise Streiks der Gewerkschaften durch Ausperrungen in Generalstreiks verwandelt, gerade um die Arbeiter unterzukriegen. Bedeutet der Generalstreik einen derartig gemeinertem beruflichen Streik, so darf die Partei dafür keinerlei Verantwortlichkeit übernehmen. Die Arbeiter haben das auf ihre eigene Verantwortung zu beschließen. Bedeutet aber der Generalstreik eine sozialrevolutionäre Waffe? Die holländischen Sozialdemokraten haben darauf bereits geantwortet: Die allgemeine Unterbrechung der Arbeit wäre die Unterbrechung der Existenzmöglichkeit für die Arbeiter, die Beurteilung der Arbeiter zum Hungertode.

In Frankreich wurde der Generalstreik zuerst, auf dem gewerkschaftlichen Tours-Kongress von 1895, für ein gelegliches Mittel angegeben, daß die politische Revolution erfolgen könnte. Der Generalstreik trat aber auf von Anfang an als ein Mittel gegen den politischen Kampf, als ein wahres Mandat gegen die politische Methode der sozialistischen Partei, die Methode, die im Vergleich mit der Streikaktion die Artilleriewaffe des Proletariats darstellt. Später wurde der Generalstreik für ein revolutionäres Mittel ausgegeben, für ein Mittel der sozialen Revolution. Vier bis fünf Millionen Arbeiter, so hieß es, würden die Werkstätten verlassen und so die überallhin zerstreuten 4 bis 500 000 Soldaten zur Dummheit verurteilen. Das ist eine Phantastik! Es ist unglücklich, daß Millionen Arbeiter für ihre Klasse vor Hunger zu sterben bereit sein sollten, während sie für ihre Klasse nicht einmal einen Stimmzettel abgeben wollen! Schließlich dachte man sich den Generalstreik als einen allgemeinen Streik eines einzigen wichtigen Berufes, der aber dann die Arbeiter der andren Berufe in die Bewegung hineinzwängen würde. Später suchte man diese Auffassung! Das hieß, das Proletariat vergeblich zu wollen. Die vergeblichste Arbeiter könnten aber aus Ammut mit den Unternehmern gemeinsame Sache machen! (Weisfall.) Sodann sind die Bauern zu berücksichtigen. Werden sie denn nicht, durch den Generalstreik geschädigt, ins Lager der Bourgeoisie getrieben werden? Ohne die Bauern können wir aber die Revolution nicht machen. Der Generalstreik als Revolutionsmittel würde die Heugabeln der Bauern neben den Gewehren der Soldaten gegen die Revolution in Bewegung setzen.

Das Wort Generalstreik hat bereits großen Schaden gestiftet. Generalstreik! und man organisiert sich nicht mehr! Generalstreik! und man stimmt nicht mehr ab! Generalstreik! und man verachtet die Politik, die von den Arbeitern leben wollen! Das Wort Generalstreik dient als Waffe gegen alle Fraktionen des Sozialismus, gegen die P. S. de F. ebenso sehr, wie gegen die ministerielle P. S. F. Zur Zeit schädigt die Generalstreik-Phrase den Sozialismus stärker als der Ministerialismus, welcher letzterer sich täglich immer mehr in den Augen der Arbeiter diskreditiert. Der Generalstreik dagegen ist ein Phantom, eine wunderhätige geheimnisvolle Macht, die die Arbeiter blendet und bezaubert. Jeder Arbeiter, der sich von der Partei abwendet, um auf den Generalstreik zu schwören, denkt sich dabei obendrein noch als der bessere Revolutionär. Und wir sollen nun durch die eigene Hand dieses gefährliche Phantom stärken und unser Werk zerstören, unsere Partei untergraben, und das noch in Amsterdam auf internationaler Stufenleiter! Ja kann den Gedanken nicht lassen! (Weisfall.)

Auf einen Ruf: „Wie denken Sie sich die Revolution?“ antwortet Guesde: Die Revolutionen sind stets auf eine und dieselbe Weise gemacht worden, immer mit der Arme, nicht gegen sie. So werden auch wir siegen. Insbesondere haben wir die Woblation als eine Vorbereitung zur Revolution betrachtet, als ein Mittel, die Hochburg der bourgeoisen Gesetzgebung von innen heraus zu untergraben. (Stimmlicher Weisfall.)

Genossin Sorgue: Wenn der Generalstreik aus unsrer Taktik gestrichen wird, so werden sich die Arbeiter immer mehr von der Partei abwenden und zum Anarchismus übergehen.

Landrin spricht gegen Guesde: Auch ich verwerfe den Generalstreik als ausschließliches Revolutionsmittel, wohl aber ist er als eines der revolutionären Mittel anzuerkennen. Die Argumentation Guesdes gegen den Generalstreik kann ebenso gut gegen die Revolution überhaupt gerichtet werden. Die Bauern werden durch jegliche Form der Revolution geschädigt. Dieselben Arbeiter, die nicht den Mut haben, einen sozialistischen Stimmzettel abzugeben, setzen sich andererseits dem Hunger aus, um gegen den Unternehmer zu streiken. Die politisch rückständigen Arbeiter könnten wohl einen Generalstreik mitmachen.

Erklären wir uns gegen den Generalstreik, so werden die Anarchisten uns noch mehr und noch wirksamer als bisher mit den Ministerialen in einen Topf werfen. Wir bedauern ja alle unseren geringen Einfluß auf die Masse. Dagegen kann helfen vor allem unsere Annäherung mit den Gewerkschaften. Die Beurteilung des Generalstreiks würde aber den Graben zwischen der Partei und den Gewerkschaften noch weiter vertiefen. Die anarchische Aktion in der Arbeitsbüroe wird von einer handvoll Leute betrieben. Wir können diese leicht verdrängen, wenn wir den Generalstreik als eines der revolutionären Mittel erklären.

Ein Generalstreik als die Aktion von 4—5 Millionen Arbeiter ist freilich undenkbar, wohl aber kann ein Generalstreik die Revolution herbeiföhren, z. B. im Gefolge eines Konfliktes zwischen der Arme und den Streikenden. Revolutionen müssen nicht immer in derselben Form vor sich gehen. 1848 ufo. gab es noch keine Gewerkschaften, fast keine Streiks, damals und früher war das Gewehr und die Barrikade allerdings das einzige Revolutionsmittel, anders ist es jetzt. Wir haben uns alle über den Beitritt der Föderation der Seine-et-Loire zur Partei gestreut. Aber wie ist dort unter den Vergarbeitern die politische Organisation entstanden und zur Kraft gelangt? Im Gefolge einer Reihe Streikaktionen. Die von Guesde belämpften verschiedenen Formen des Generalstreiks beweisen nichts. So präcis die Entwicklungsmöglichkeiten voraus zu bestimmen, wie Guesde es getan, ist unmöglich. Ebenfalls beweisen die Fälle gescheiterter Generalstreiks, auch bewaffnete Revolten sind vielfach gescheitert und doch gab es freigelegte Revolten. Redner schließt unter Weisfall mit der Verantwortung des Vaillantischen Vorschlages.

Guesde verwarft sich dagegen, durch die Belämpfung des Generalstreiks die Partei von den Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Aktion getrennt haben zu wollen.

Vaillant: Daß wir als politische Partei die politische Aktion zu bevorzugen haben, darin stimme ich mit Guesde überein. Aber der Generalstreik kann unter gewerkschaftlicher Form eine tiefgreifende revolutionäre Volksbewegung heranzüchten. Es ist unmöglich, die Zukunft in genauem Umriß vorherzusagen. Die Annahme ist zulässig, daß der Streik als Mittel zur Erlämpfung politischer Rechte, zur Abwehr reaktionärer Willkür dienen könnte. In jeder Epoche haben die Revolutionäre mit verschiedenen Waffen gekämpft. Mit Landrin warnt Redner davor, durch Beurteilung des Generalstreiks die Gewerkschaften zu besorgen. Wir müssen den Generalstreik als Arbeitsmittel belämpfen, ihn weder für das einzige, noch für das wichtigste Mittel erklären, wohl aber als eines der möglichen Revolutionsmittel. Die bezügliche Resolution möge von einer Kommission ausgearbeitet werden.

Am 7 Uhr wird die Generalstreik-Debatte auf morgen vertagt.

Lille, 10. August.

Vormittags-Sitzung.

Fortssetzung der Generalstreik-Debatte.

Vorsitzender: Groussier, Beisitzer: Gressier und Levasseur.

Die Rednerliste, die noch 16 Namen enthält, wird geschlossen und die Redezeit auf 5 Minuten festgesetzt.

Dreyfus-Velfort, Mitglied des Vorstandes der Arbeitsbüroe von Velfort, spricht sich für eine Resolution zu Gunsten des Generalstreiks aus.

Doizig-Paris erblickt in den Argumenten der Generalstreikfreunde die Furcht vor den revolutionären Kurzerwerbskämpfern. Seine Jugenderfahrungen an einem falschen und für die Partei gefährlichen Standpunkt! Uebrigens ist die Generalstreik-Strömung in der Pariser Arbeitsbüroe ganz oberflächlich. Die Arbeiter sprechen vom Generalstreik, ohne sich dabei etwas zu denken. Es ist eine Phrase, nichts weiter! (Landrin ruft: Die Arbeiter sprechen in den Werkstätten von der sozialen Revolution. Ist das auch eine Phrase?)

Casim-Vorbeaux spricht im Sinne des Vorredners.

Vaillant stellt richtig, daß er nie von Jugenderfahrungen an einen fremden Standpunkt gesprochen habe. Es soll eine sozialistische, keine anarchische Resolution für den Generalstreik gemacht werden.

Ghesquiere-Lille verwirft den Generalstreik auf Grund der Erfahrungen des letzten Textilstreiks in Nordfrankreich: Warum übrigens gerade den Generalstreik und nicht etwas anderes als revolutionäres Mittel erklären? Sind wir denn daran, konkrete Mittel der sozialen Revolution auszuarbeiten? Richtig ist, die Arbeiterkraft aufzuklären und zu organisieren gegen die Streiks, die so oft scheitern. Richtig ist, die Arbeiter gewerkschaftlich zu organisieren — nicht um Streiks zu machen, sondern um auf die politischen Faktoren einen wirksamen Druck ausüben zu können. Zum Schluß beantragt Ghesquiere, über die Frage zur Tagesordnung überzugehen.

Cheradame-Paris spricht für den Generalstreik im Sinne von Vaillant und Landrin: Die Frage ist durch unsere Schweigen nicht aus der Welt zu schaffen, sie wird immer wieder sich uns aufdrängen. Wer für alle revolutionären Mittel ist, muß auch den Generalstreik anerkennen. Auf jedem Kongress beschließen wir uns mit dieser Frage. Sie muß endlich entschieden werden. Uebrigens hat der Parteikongress von 1899 einstimmig den Generalstreik unter die revolutionären Mittel aufgenommen.

Lafargue: Cheradame hat eine Wahrheit konstatiert, indem er sagte, daß das Centrum der Generalstreik-Strömung in Paris ist. In der Provinz spürt man davon nichts. Wer sind die Urheber der Idee? Die Herren Briand und Pellantier, Streiber, die gegen die sozialistische Partei ihre eigene Partei errichten wollten. Das Wort Generalstreik ist vieldeutig und daher gefährlich. Die Rücksicht auf die Sympathien der Arbeiter ist mir ebenso teuer wie den andren. Aber sie darf nur nicht verleiten, sich auf eine gefährliche Bahn zu begeben. Die Sozialisten dürfen dem Generalstreik ebensowenig einen revolutionären Wert beilegen, wie den teilweisen Streiks. Wir haben stets die Streikenden verteidigt, ihnen geholfen, aber nie einen Streik von uns und in Scene gesetzt. Und jetzt sollen wir diese Taktik ändern zum Nachteil der politischen Aktion? — Wenn gewisse Streiks günstige politische Folgen zeitigen, so dank der dahin abzielenden bewußten Aktion der sozialistischen Partei. Anders steht es um die Generalstreik-Idee, die von Hause aus antipolitisch ist. Was wir einzig in unserer Resolution sagen können, ist dies: Wenn ein Generalstreik ausbricht, so müssen wir den Arbeitern zur Seite stehen, gerade so wie im Falle partieller Streiks. Eine dekarige Resolution wäre ein Mittel der Verständigung unter uns, ein Mittel, zu einem einstimmigen Beschluß zu gelangen.

Guesde: Es ist eine Thatsache, daß eine Streikaktion revolutionäre Folgen haben kann, aber folgt denn daraus, daß wir die Streikaktion systematisieren und bewußt betreiben dürfen? Ein Bombenattentat kann ebenfalls unter gewissen Umständen in gewissen Ländern revolutionär wirken — folgt denn daraus, daß wir Bomben werfen dürfen? Generalstreikerei und Sozialismus sind unvereinbar. Wo das Proletariat keine politischen Rechte hat, also keine politische Aktion betreiben kann, da ist allerdings der Streik ein nötiges Druckmittel. So in Belgien. Desgleichen in Deutschland im Falle der Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts, werden die Genossen gezwungen sein, den Streik als Verteidigungsmittel anzuwenden, falls sie nicht stark genug sind, um die Revolution zu machen. Der Generalstreik ist, wie man gesagt hat, die Barrikade der Nichtstümer. Er ist ein Envrगत der Barrikade. Unfre Pflicht ist, die Gewerkschaftler von der nebelhaften Generalstreik-Idee loszulösen. Eine Resolution zu Gunsten des Generalstreiks würde der Partei den Zutritt zur Arbeitermasse nicht erleichtern, sondern verschweren. Sie wäre die Beurteilung der politischen Aktion. Wir haben umgekehrt die Arbeiterkraft zur politischen Aktion zu ergreifen und zu organisieren, und zu diesem Zwecke allein in die Arbeitsbüroen einzudringen. Der Erfolg ist möglich. Der Ruf: „Keine Politik in den Arbeitsbüroen!“ ist vielfach auf die Subventionen der bourgeoisen Gemeindeverwaltungen für die Arbeitsbüroen zurückzuführen, nicht auf die eigene Ueberzeugung der Gewerkschaftler. — Die Argumente gegen den Generalstreik können gegen die Revolution nicht geführt werden. Die Revolution kann man mit einer Minderheit machen, nicht aber den Generalstreik. Unfre Resolution sollte auf die gewaltsame, insurrektionelle Form der Revolution hinweisen.

Tanger-Paris erinnert an die generalstreikfeindlichen Beschlüsse der früheren Parteitage: Man kann also nicht sagen, daß wir die Taktik ändern wollen. Der Generalstreik ist unter der Arbeiterkraft sehr populär und er hat auch zur Revolutionierung der Gewerkschaftler beigetragen. Die generalstreikfreundlichen Gewerkschaftler sind nicht mehr die Subventionbetreiber, von denen Guesde gesprochen hat. Wir dürfen keine Resolution fassen, die uns jeden Einfluß auf die Gewerkschaften unmöglich macht. Die Generalstreik-Idee ist antisozialistisch, insofern sie von den Anarchisten gepredigt und ausgeschlachtet wird, keineswegs an sich. Die Partei kann sie in sozialistischem Sinne benutzen. Eine Resolution gegen den Generalstreik würde zur Folge haben, die Genossen, die in den Gewerkschaften wirken, auf die gleiche Linie mit den Opportunisten zu stellen.

Journaux-Montceau-les-Mines verlangt Aufklärung über den Sinn des Generalstreiks und die Mittel zu seiner Verwirklichung. Im industriellen Departement von Seine-et-Loire war es unmöglich, einen allgemeinen Streik in einigen wenigen Betrieben zu organisieren. Die Erfahrungen von Creusot zeigen die zerföhrende Wirkung der nebelhaften Generalstreik-Idee. Eine Gewerkschaft, die eine Zeitlang 6000 Mitglieder hatte, existiert nicht mehr. In Montceau ist man vom Generalstreik wieder abgekommen und selber haben wir starke Gewerkschaften und eine starke politische Organisation.

Nappoport: Was man Generalstreik nennt, ist ein Unfuss. Ist der Streik allgemein, so ist er kein Streik mehr. Gewiß muß man die Gewerkschaftler für die Partei gewinnen. Aber das Mittel dazu ist nicht das Schmeicheln aller Lieblingsideen der Arbeiterkraft. Wir sind übrigens nicht im Stande, von unserem Parteistandpunkte aus eine Resolution zu fassen, die die Generalstreikler befriedigt. Unfre Aktion auf die Arbeiterkraft ist auf die Dauer sicher, weil unsre Auffassung breiter und wahrer ist. Man veruft sich auf die Popularität der Generalstreik-Idee. Der Reformismus, der Jurisidimus ist viel populärer — sollen wir ihm deshalb Jugenderfahrungen machen? Unfre historische Mission ist es, gegen die vorübergehenden und schädlichen Strömungen unter der Arbeiterkraft anzukämpfen.

Renard-Lille, Sekretär der Textilföderation, beruft sich auf die Erfahrung des nordischen Textilstreiks: Gerade die Generalstreikler sind dieser Bewegung ferngeblieben, während wir unsre Pflicht gethon haben. Die Mehrheit des Textilverbandes denkt, daß wenn die Arbeiter die gleichen Opfer für die politische Aktion gebracht hätten wie für die ökonomische, so hätten sie längst viel bessere Resultate erzielt. Der Generalstreik ist möglich nur als eine Bewegung einzelner großer Berufe zum Zwecke der Erreichung einzelner Reformen oder Forderungen. Im Falle einer solchen Bewegung hätte die Partei natürlich die Pflicht, die gewerkschaftlichen Organisationen zu unterstützen. Redner beantragt eine Resolution in diesem Sinne.

Brade: Streiks, teilweise wie allgemeine oder verallgemeinerte, sind eine niedere, minder wirksame Waffe als die politische Aktion. Das müssen wir den Arbeitern sagen. Jeder Streik ist ferner desto erfolgreicher, je stärker die Arbeiterkraft zugleich politisch organisiert ist. In Amsterdam werden wir einen Gemütszustand vorfinden, der bei den verschiedenen sozialistischen Parteien dadurch geschaffen ist, daß sie unter teilweiser politischer Entrechtung leiden. Die Deutschen diskutieren seit einiger Zeit über etwas, was sie vermeiden, Generalstreik zu nennen, weil an dieses Wort der anarchistische Begriff gebunden ist. Die Deutschen sprechen vom Massenstreik, und zwar eventuell zum Zwecke der Wiederherstellung des allgemeinen Wahlrechts. Sie denken an den günstigen Ausgang des schwedischen Wahlrechtsstreiks. Aber dieser ist gelungen, weil er eine Ueberraschung für die Bourgeoisie war. Der Massenstreik kann nicht von vornherein organisiert werden, wenn er gelingen soll. Wie kann man also dazu kommen? Vorwärts und Kautsky haben darauf geantwortet: durch die politische Organisation. Auf diesen Standpunkt haben wir uns in Amsterdam zu stellen. Die politische Aktion ist die moderne Waffe, nicht der Streik.

Leffevre verteidigt die generalstreikfreundliche Resolution der Seine-Föderation. Er erinnert an die Einflußlosigkeit der ehemaligen P. D. F. (Guesdisten) in Paris gerade wegen ihrer Feindschaft gegen den Generalstreik. Will man aber die politische Macht erlangen, so muß man in Paris stark sein, die Pariser Arbeiter für die Partei gewinnen.

Chaunin-Paris: Wenn es wahr ist, daß die P. D. F. aus der angegebenen Ursache in Paris schwach war, so schlage ich vor, den Generalstreik auf das Wahlprogramm zu setzen. (Geisterzeit.) Die Delegierten der Provinz haben Euch ja gesagt: wo es mächtige Gewerkschaften gibt, da hört man nichts vom Generalstreik; wo der Generalstreik im Flor steht, da ist die Organisation schwach. Nebenher spricht energisch gegen jedes Zugeständnis an die Generalstreikler. Wir, Gegner des Generalstreiks, sind die eifrigsten Förderer der Gewerkschaften. Ich selbst habe in Paris eine der stärksten Gewerkschaften (der Coiffeurs) organisiert. Gäbe es in Paris starke Gewerkschaften, so würden die Generalstreikler jeden Einfluß verlieren. In Frankreich ist und bleibt das Mittel der Revolution das befehlende Gewehr.

Abg. Souveret-Montceau bespricht abenteuerliche Versuche von zwei Generalstreikern im Departement Saone-et-Loire. Nebenher verlangt eine klare Resolution, die den Genossen zur Richtschnur dienen könnte. Die Arbeiter von Montceau sind im Prinzip für den Generalstreik.

Domin-Trohes spricht gegen den Generalstreik im Sinne von Guesde.

Moriz: Es handelt sich um eine schwierige Frage. Die bezügliche Enquete im „Mouvement Socialiste“ bei den hervorragenden Vertretern des internationalen Sozialismus hat Antworten geliefert, die unbestimmt, unklar sind. Wie können hier ebenso wenig präcise Beschlüsse faßen. Was die Seine-Föderation verlangt, ist nur das: der Parteitag soll nicht in kategorischer Weise den Generalstreik verdammen. Lieber keine Resolution als eine brutale Verurteilung des Generalstreiks. Nebenher empfiehlt die Ernennung einer Kommission.

Lafargue schließt sich diesem Vorschlag an. **Damit schließt die Debatte.**

Der Vorschlag wird angenommen und in die Kommission werden gewählt: Guesde, Lafargue, Lafont, Dubreuilh, Jourmond und Delaporte.

Der Kongreß votiert noch: 1. eine Sympathie-Adresse an die russischen Sozialisten, die italienische sozialistische Partei und an die Arbeiter von Newyill, Cluses und Casamène; 2. einen Resolutionsentwurf betreffs der Kolonialpolitik, der eventuell dem Amsterdamer Kongreß vorzulegen wäre.

Schluß der Vormittagsitzung.

Partei-Nachrichten.

Zum Amsterdamer Kongreß

versendet das Internationale Bureau die folgenden Mitteilungen: Man kann sich Eintrittskarten für den Kongreß, die gültig sind für die ganze Kongreßwoche, bei den folgenden Adressen besorgen: J. A. Fortuyn, Kerkstraat 34, A. B. Soep, Langebrugsteeg 2, J. J. Bos, Kinkelsstraat 68, Bureau „Het Volk“, Welbrechtade 117. Vom 14. August, 5 Uhr abends ab wird die Ausgabe dieser Karte nicht mehr erfolgen. Der Eintrittspreis beträgt ein Frank für Mitglieder der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften, fünf Frank für andre Besucher.

Vom 14. August ab sind Eintrittskarten für einen Tag sowie für die Woche im Kongreßsaal zu erhalten. Der Preis der Tageskarte beträgt 20 Centimes für Mitglieder der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften, ein Frank für andre Besucher. Der Kongreß wird am Sonntag, den 14. August, vormittags 10 Uhr eröffnet werden. Nach der Eröffnung finden die Zusammenkünfte der einzelnen Nationalitäten statt zwecks Prüfung der Mandate. Nachmittags 3 Uhr wird eine große Volksversammlung unter freiem Himmel stattfinden unter Mitwirkung mehrerer ausländischer Redner. Abends 8 Uhr werden die Delegierten durch die Amsterdamer Vereinigung der sozialistischen Partei begrüßt im Garten des Kongreßsaales (Concert Gebouw).

Sonabend, den 20. August, wird der Kongreß mittags geschlossen; nach dem Essen wird eine von der sozialistischen Partei Holland arrangierte Dampferfahrt auf dem Zuidersee veranstaltet; die Delegierten werden zeitig genug zurückkehren, um die Abendzüge zu erreichen.

Die Delegierten finden am 12. und 13. August von 9 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends ein Erkundigungsbureau am Hotel Meester, Prins Hendriksteeg, gegenüber dem Hauptbahnhof.

Das Internationale Bureau in Brüssel hat die aus den verschiedenen Ländern eingelangten Resolutionen und ihre Begleitungen sowie die Berichte über die Tätigkeit des Bureaus seit dem Pariser Kongreß von 1900 in einem besonderen Heft von 156 Seiten Stärke gesammelt und so für die Arbeiten des Kongresses eine sehr wertvolle Vorbereitung geleistet.

Zum Bremer Parteitage nahmen die Genossen des Saarreviers in einer Parteiverammlung in St. Johann folgende Resolution an: Die öffentliche Parteiverammlung des Saarreviers erwartet vom Bremer Parteitag intensive, praktische Arbeit in Bezug auf taktische und organisatorische Fragen. Insbesondere spricht sie die Hoffnung aus, daß die Sozialpolitik eingehend gewürdigt wird und persönliche Auseinandersetzungen der Art und in dem Umfang wie dies auf dem Dresdener Parteitage der Fall war, vermieden werden, da sie der Würde der Partei nicht entsprechen und von unsern Gegnern in unabhängigen Gebieten in der erfolgreichsten Weise gegen uns ausgenützt werden.

Genosse Schippel veröffentlicht in der Nr. 184 der Chemnitzer „Vollstimme“ den Schluß seiner Artikel zur Handelspolitik. In dem Schlussartitel sagt Schippel unter anderem:

„Verschiedene Parteiblätter haben es wirklich fertig gebracht, ihre jüngste „Potemit“ auf der Voraussetzung aufzubauen, ich sei — Anhänger der Agrarstützlinie. . . .“

Es ist mir niemals auch nur im Traum eingefallen, Agrarstützlinie zu sein oder etwa gar die Partei für Agrarstützlinie gewinnen zu wollen. . . . Wir werden in der nächsten Nummer mit der ausführlichen Behandlung der Angelegenheit beginnen.

Polizeiwidrig.

Zum Kriegervereinstag in Langenbielau war eine Auf- forderung ergangen, die Häuser des Ortes zweckentsprechend zu schmücken. Die Parteigenossen des Ortes als gute Lokalpatrioten leisteten dieser Aufforderung Folge, indem sie an dem Hause, worin sich die Geschäftsräume des Parteiblattes befinden, ein Transparent anbrachten mit folgender zweckentsprechender Aufschrift:

See- und Kriegsmarine kosten dem deutschen Volke jetzt jährlich über eine Milliarde Mark oder pro fünfköpfige Familie rund 95 Mark.

Diese Summe wird meist durch indirekte Abgaben auf Lebens- mittel und Verbrauchsgütergegenstände ausgebracht.

Diese wahrheitsgemäßen Angaben wurden für polizeiwidrig gehalten und die Polizei kam und entfernte die Aufschrift. Wo die Polizei das Recht dazu herleitet, vermögen wir nicht zu erkennen.

Zum internationalen Kongreß.

Mehrere bekannte Parteigenossen haben sich über die Fragen geäußert, die den internationalen Kongreß beschäftigen werden. So hat Bernstein in den „Sozialistischen Monatsheften“ über die Fragen der Taktik in internationaler Beziehung geschrieben und ebenso Kautsky in der „Neuen Zeit“. Kautsky hat bei der Gelegenheit einen Brief von Engels an Turati veröffentlicht, den jener im Jahre 1894 als Antwort auf Turatis Anfrage um Rat wegen des Verhaltens der italienischen Partei in der damals zu erwartenden politischen Krise geschrieben hat. In diesem Briefe, der seiner Zeit in dem italienischen Parteiblatt „Critica Sociale“ veröffentlicht worden ist, gibt Engels der Ansicht Ausdruck, daß wir bürgerliche Radikale, wenn sie revolutionär auftreten, sehr wohl zu unterstützen verpflichtet sein könnten, aber immer nur vorübergehend, unter scharfer Betonung unserer Selbstständigkeit und dessen, was uns von diesen Parteien trennt. Dann verweist Engels darauf, daß die siegreiche bürgerliche Opposition uns die Teilnahme an der Regierung anbieten könnte. Da sie uns aber immer nur in der Minorität halten werde, liege darin die größte Gefahr wegen der Mitverantwortlichkeit für alle Handlungen der Bourgeois- regierung, während die revolutionäre Energie der Arbeiterklasse gerade durch solche Teilnahme an der Regierung vollständig gelähmt werde. Zum Schluß sagt Engels:

„In alledem gebe ich bloß meine persönliche Meinung ab, weil Sie mich darum fragten, und auch die nur mit großem Bedenken. Was die allgemeine Taktik betrifft, so habe ich deren Wirksamkeit während meines ganzen Lebens erprobt und sie hat in keinem einzigen Falle versagt. Aber ihre Anwendung auf die besonderen Verhältnisse Italiens ist eine andre Sache. Das muß an Ort und Stelle entschieden werden von jenen, die mitten in den Ereignissen stehen.“

In der Wiener „Arbeiterzeitung“ schreibt Victor Adler über den Amsterdamer Kongreß. In Anbetracht des Umstandes, daß unser Wiener Parteiblatt nur sehr wenigen unserer Leser zugänglich ist, wird es erwünscht sein, wenn wir die Ansichten des Führers unserer österreichischen Bruderpartei etwas ausführlicher wiedergeben. Adler weist darauf hin, daß es ganz selbstverständlich in Amsterdam zu Auseinandersetzungen über die in den Parteien verschiedener Länder bestehenden Differenzen kommen muß, und schreibt dann:

Wir werden also unsere große, prinzipielle Debatte haben. Nur wäre es wünschenswert, sich im vornherein darüber klar zu sein, was sie ergeben kann. Sie kann und wird hoffentlich aufzeigen, daß die große Mehrzahl der Sozialisten aller Länder von der Tendenz, die wir kurz mit dem undefinierbaren, aber doch ganz bezeichnendem Worte Revisionismus nennen wollen, unberührt geblieben ist oder die Anwendung, ihr zu verfallen, überwunden hat. Sie wird aber vielleicht zugleich aufzeigen, daß in jedem Lande auf einer gewissen Entwicklungsstufe des proletarischen Kampfes diese gegenwärtigen Tendenzen zu Tage treten, sie also wohl auf einem unserm Kampfe immanenten, notwendigen Gegenstande beruhen: auf dem Gegensatz zwischen der prinzipiellen Bekämpfung des Klassenstaates und der Notwendigkeit, diesen Kampf zu führen auf dem Boden dieses selben Klassenstaates mit den Mitteln, die er selbst uns in die Hand gibt oder die ihm zu entreißen und gelangt. Dieser Gegensatz wird um so deutlicher, je größer die Einflußsphäre des Proletariats wird, je mehr sich gewissermaßen die Geschäftslinie des Klassenkampfes entwickelt. Daß es dabei zu Irrtümern, Mißgriffen, ja verhängnisvollen Fehltritten kommen kann, haben der traurige Verlauf und das schmachvolle Ende des Experiments Willebrand gezeigt, das den einzigen Vorteil hat, daß wir für eine Weile wohl mit Debatten über Ministerialismus verschont bleiben dürften. Daß im Zusammenhang mit dieser Episode das Schlagwort von der „Kooperation der Klassen“ aufgefunden ist und dem Klassenkampf entgegengesetzt wurde, daran wird der Internationale Kongreß wohl mit der gebührenden Berachtung für diese alberne Pöffe vorbeigehen.

Aber eine ernstere Tatsache als gelegentliche Abwege oder gar die Egzeße von Gaultern und Macoduren scheint uns die zu sein, daß unsern Erachtens jeder, auch der prinzipiell festeste, radikalste Sozialist sein Stück Revisionismus in der Brust trägt, wofür er am Klassenkampf konkret, verantwortlich und praktisch teilnimmt und nicht etwa sich nur damit beschäftigt, die lebendige Erscheinung in die abstrakte Formel zu zwängen zu wollen. Diesen Revisionismus in uns allen zu besiegen, die Vertiefung zur Blattheit der Routine, zur Kurzsichtigkeit der Augenblickspolitik zu überwinden, dazu kann uns in der That der Internationale Kongreß ein wenig helfen, wenn er das, was das Beste, Tiefste, Entscheidendste in unserm Bewußtsein und in unsern Ueberzeugungen ist, das Wissen um Zweck und Ziel unsres Kampfes, kurz das prinzipielle, revolutionäre Element als oberste Richtschnur alles unsres Handelns und aller unsrer Entscheidungen aufstellt.

Wenn der Amsterdamer Kongreß das thut, wird er damit „internationale Regeln der Taktik“ aufgestellt haben? Ja und nein. Ja, weil er das Bewußtsein von jenen Grundsätzen erneuert und vertieft haben wird, die über aller Taktik stehen; nein, weil er die Art der Umsetzung dieser Grundsätze in die Praxis, ihre Anwendung auf die Taktik und auf ihre Einzelfälle nicht vorgeschrieben haben wird. Freilich meinen wir, der Kongreß sollte es vermeiden, die Aufstellung von taktischen Regeln in diesem engeren Sinne auch nur zu versuchen. Auf jedem Schritte dazu müßte er in die Gefahr kommen, entweder Vorschriften zu geben, die zu eng sind, als daß sie die Vielgestaltigkeit der Thatfachen auf dem internationalen Kampffelde umfassen könnten, oder zu weit, als daß sie etwas anderes wären als Allgemeinheiten, die nichts und niemand zu binden vermöchten. Der Internationale Kongreß kann, soll und wird hoffentlich unsere Einsicht vermehren, er kann unsere Energie und Siegeszuversicht steigern, er kann uns anfeuern oder warnen, aber er ist außer Stande, uns zu dirigieren.

Unser Erachtens ist der Antrag des Parti Ouvrier de France*) aber auch gar nicht in diesem engen und beengenden Sinne gemeint. Für diese unsere Meinung spricht vor allem der Umstand, daß der Antrag die Namen von Genossen trägt, die mit der Geschichte der Internationale enge verbunden sind und die ganz genau wissen, was sie zu leisten vermögen und was außerhalb ihres Reiches liegt. Außerdem ist aber gerade die Beziehung auf die Dresdener Resolution ein Fingerzeig dafür, daß es sich ihnen mehr um Feststellung von Grundsätzen als von taktischen Regeln handelt. Daß diese Resolution in der ihr in Dresden gegebenen Form für einen Internationalen Kongreß nicht geeignet ist, liegt auf der Hand. Sie entspricht vollständig den konkreten Bedürfnissen der deutschen Sozialdemokratie in dem gegebenen Moment; sie knüpft an die Vicepräsidentenperiode an und wendet sich dann gegen Bestrebungen, die sie den deutschen Revisionisten zuschreibt. Ob sie das mit Recht

*) Die Dresdener Resolution in Amsterdam anzunehmen. Red. d. „Vorm.“

oder Unrecht, in mehr oder weniger glücklicher Form thut, wollen wir an dieser Stelle nicht erörtern, aber Thatsache ist, daß die deutschen Revisionisten sehr energisch erklärt haben, daß ihnen diese Bestrebungen fern liegen, und es ist wenig wahrscheinlich, daß die Revisionisten anderer Länder das Porträt als getroffen anerkennen werden. Wie dem aber auch sein mag, die Resolution, die das große Verdienst hat, in dem entscheidenden politischen Moment nach dem Dreimillionenstige die unüberdachte prinzipielle Haltung der deutschen Sozialdemokratie mit der notwendigen Entschiedenheit festgesetzt zu haben, enthält keineswegs konkrete „Regeln“ für die Taktik, sondern sie beruft sich auf die im Programm niedergelegten Grundzüge der Partei und verwahrt sich gegen Verlegung des Klassenkampfes, gegen Verletzung der Klassengegenstände. An einer einzigen Stelle — von ihrem letzten Absatz, der das Gegenwartsprogramm betrifft und der von niemand in Frage gestellt wird, sprechen wir nicht — an einer einzigen Stelle berührt die Dresdener Resolution eine konkrete und strittige Frage der Taktik indem sie ausspricht, daß die Sozialdemokratie einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann. An dieser Stelle aber beruft sich die Dresdener Resolution auf die Resolution Kautsky des Pariser Kongresses vom Jahre 1900. Nun haben aber für die ganz vortreffliche Resolution Kautsky, die in Dresden gewissermaßen feierlich erneuert wurde, in Paris Jaures und die Seinen gestimmt, während die Gruppen Guesde und Vallant sehr energisch gegen sie sprachen und stimmten. Es ist nun höchst erfreulich, daß diese beiden nun zum Parti Ouvrier de France vereinigten Gruppen durch den Antrag, die Dresdener Resolution zu internationalen Regeln zu erheben, bekundet zu haben scheinen, daß sie nunmehr gleichfalls auf dem Boden der Majorität des Pariser Kongresses, auf dem Boden der Kautsky'schen Resolution stehen. Aber zu den Vorzügen dieser Resolution gehört wesentlich, und das ist hier für uns entscheidend, daß auch sie ausdrücklich eine internationale Regel der Taktik nicht geben will. Sie sagt: „Ob und wann in einem bestimmten Falle die politische Situation dieses gewagte Experiment — des Eintritts eines Sozialisten in ein Ministerium — notwendig macht, das ist eine Frage der Taktik und nicht des Princip.“ Darüber hat der Internationale Kongreß nicht zu entscheiden.“ Und seit vier Jahren hat sich die Schwierigkeit, taktische Fragen international zu entscheiden, keineswegs vermindert.“

Aus Industrie und Handel.

Oesterreichisches Ausfuhrverbot für Futtermittel. Nachdem die von einer Mehrheit betroffenen beiden südlichen Donaustaaten Rumänien und Serbien ein Ausfuhrverbot für Mais und Heu erlassen haben, ist ihnen nun, wie schon in gestriger Nummer unter „Letzte Nachrichten und Depeschen“ gemeldet worden ist, auch Oesterreich-Ungarn mit einem Verbot gefolgt, das sich auf Gerste, Mais, Hafer, Pferdebohnen, Lupinen, Wicken, Kartoffeln, frische und getrocknete Futterkräuter wie: Klee, Heu und Stroh, Häfeln, Streullee, Walzhefe, Delfuchen, Schlempe, Treber und Rübenstängel erstreckt.

Die Ausfuhr nach Deutschland wird durch dieses Verbot hart getroffen, vornehmlich der Export von Gerste nach Deutschland, der im letzten Jahre 3 722 892 und in 1902 — 3 142 008 Doppelcentner betragen hat. Für die deutsche Bierbrauerei ist bekanntlich die durch manche Vorzüge ausgezeichnete oesterreichische (mährische) Gerste ein kaum zu entbehrendes Produkt. Außerdem kommt besonders die Ausfuhr von Kartoffeln, Heu und Klee und Pferdebohnen in Betracht. An Kartoffeln erhielt im vorigen Jahre Deutschland 653 388 Doppelcentner von Oesterreich-Ungarn, an Pferdebohnen 271 586 Doppelcentner, an Heu und Klee 421 808 Doppelcentner.

Handelsminister Müller aus Braunschweig hat in der letzten Zeit manch bitteres Wort hören müssen. Die kapitalistische Presse, besonders soweit sie Fühlung mit den rheinisch-westfälischen Großindustriellen unterhält, findet nicht nur, daß er die Verstaatlichung der Hibernia so ungeschickt wie möglich eingeleitet hat, sondern daß ihm jegliches Verständnis für seine Aufgaben und die Bedürfnisse der deutschen Montanindustrie fehlt. Vereinzelt wird er sogar für das in letzter Woche an der Berliner Börse vorgekommene wilde Gausstreiben verantwortlich gemacht und beschuldigt, der Dresdener Bank durch zweifelhafte Mittel Millionengewinne verschafft zu haben. Dagegen er von den großen Schlotbaronen des Rheinlands und Westfalens nie für voll angesehen worden ist, fand er doch, so lange er sich „Taktikfreundlich“ zeigte und die Herren nach ihrem Belieben schalten ließ, vor ihren gestrenghen Augen Gnade; seit er sich aber einzulassen ließ, Verstaatlichungsprojekte auszuarbeiten, ist es damit total vorbei. Nun kommt auch die nationalliberale Partei, die ja ohne die Unterstützung der rheinisch-westfälischen Großindustrie nicht auszukommen vermag, und giebt ihm einen Fußtritt — allerdings, da man offenbar abwarten will, wie der Haß weiter läuft, vorerst noch einen ziemlich sanften. Die „Ratib. Korrespondenz“ veröffentlicht nämlich aus dem Besten folgende Fußschrift:

„Es hat in den letzten Wochen nichts die öffentliche Meinung in unsren großen Industriebezirken mehr beschäftigt, als die Versuche des Handelsministers Müller, die Bergwerksgesellschaft Hibernia zu verstaatlichen und diese Verstaatlichung, ohne vorher mit der Verwaltung dieser großen Werte Fühlung zu nehmen, anscheinend mittels des Einflusses einiger Banken zu erreichen. Da Herr Müller lange Jahre hindurch ein rheinisches nationalliberales Mandat trug und als Minister aus den Kreisen der nationalliberalen Fraktion hervorgegangen ist, so wird angeschlossen an die Kritik seines Thuns die Meinung geäußert, daß er mit demselben an seinen Parteifreunden einen Rückhalt gehabt habe. Eine solche Voraussetzung dürfte nicht zu treffen. Die Anhänger der nationalliberalen Partei würden sich auch schwerlich, falls das versucht werden sollte, durch parteitaktische oder parteipolitische Erwägungen in ihrem freien wirtschaftlichen Urteil bestimmen lassen, auch schon um deshalb in diesem Einzelfall nicht, weil sie sich damit im Prinzip für die Verstaatlichung des ganzen Bergwerkseigentums aussprechen würden. Denn die Verstaatlichung der Hibernia wird nach der allgemein hier vorherrschenden Ansicht nur als der versuchte Anfang der allgemeinen Verstaatlichung mit ihrer Befähigung aller Erwerbsstände und der freien Stellung der Bergarbeiter angesehen. Jede Versicherung des Gegenteils wird nicht geglaubt, da Äußerungen des Ministers vorliegen, die, erfolgt nach den letzten großen Bergwerks- und Zehreranläufen des Staates, jede Absicht auf weitere Bergwerksanläufe weit abweisen. Die ganze politisch-wirtschaftliche Frage dieses Versuches aber wird ja jedenfalls, wenn auch der Angriff auf den Besitzstand der Hibernia abgeschlossen werden sollte, den preussischen Landtag vom Gesichtspunkt der öffentlichen Moral aus beschäftigen. Er wird auch nicht spurlos an dem deutschen Reichstag vorübergehen können. Jedenfalls hat die nationalliberale Partei als solche keine Veranlassung, vorzeitig zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen, was sie aber später, wenn alles Material zur Beurteilung vorliegt, selbstverständlich thun muß.“

Die Schiffsahrtförderung auf dem Rhein gewinnt infolge der anhaltenden Dürre noch immer an Ausdehnung. Der Wasserstand geht langsam, aber stetig zurück, und mit jedem Tage treten die ungünstigen Einwirkungen des gesunkenen Wasserstandes stärker hervor. Der Schiffsahrtbetrieb über Mannheim hinaus wird zwar, wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, von einzelnen Reedern noch unterhalten, aber bei dem abgeschwächten Kohlengeschäft und der geringen Getreideverfrachtung aus Holland kommt die Schiffsahrt von den Ruhrhäfen rheinaufwärts nicht in flotten Gang. Der Fahrweg am Mittelrhein ist stellenweise stark verlandet, und es fahren nicht selten Schiffe auf den Grund. Ebenso ist der Wasserstand der Waal ungünstig geworden. Die Beladung der großen Schiffe wird erheblich eingeschränkt, und trotzdem sind an der seichten Stelle wiederholt Schiffsunfälle vorgekommen. Die Kohlenzufuhr nach den Ruhrhäfen ist auch heute noch ziemlich beträchtlich; da es jedoch an genügendem Lagerplatz für große Mengen am Mittel- und Oberrhein fehlt, müssen größere Posten in die Ruhrhäfen-Magazine gestürzt werden. Sehr lebhaft ist fortgesetzt die Eigners-Einfuhr aus Holland. Die Zahl der vor dem Hafen der Gewerkschaft Deutscher Kaiser in Alsum auf Löschung

wartenden beladenen Schiffe hat sich in den letzten Tagen noch vermehrt, obgleich Tag und Nacht etwa zehn Dampfströme mit dem Entladen der Röhre beschäftigt sind. Obgleich die Nachfrage nach Laderäumen nicht groß ist, bleibt die Stimmung auf dem Schiffsfrachtenmarkt sowohl für Verladungen rheinwärts als auch rheinabwärts fest, und die Säge sind während der letzten Tage noch etwas gestiegen.

Rheinisch-westfälisches Kohlenyndikat. Im Monat Juli d. J. ergab sich laut „R.-W. Ztg.“ im rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat bei 26 Arbeitstagen eine Minderförderung von 26,66 Proz. gegen 22,82 Proz. im vorigen Monat. Die vorgesehene Einschränkung betrug nur 22 Proz. Die Veteiligungsziffer stellte sich auf 6390 391 Tonnen gegen 5 941 429, und der Absatz auf 4 642 745 Tonnen gegen 4 615 017 Tonnen.

Ernte-Aussichten in den Vereinigten Staaten von Amerika. Nach dem Bericht des Ackerbaubüros betrug am 1. August d. J. der Durchschnittsstand für Frühjahrweizen 87,5 Proz., für Mais 87,3 Proz., für Gerste 91,8 Proz., für Hafer 86,6 Proz. und für Roggen 88,1 Proz. An Winterweizen wurden nach vorläufiger Schätzung per Acre 12,3 Bushels (1 Bushel = 35,24 Liter) gegen 12,4 Bushels in 1908 geerntet. Der Statistiker der New Yorker Produktenbörse, Mr. Brown, schätzt den Ertrag des Frühjahrweizens auf 272 Millionen Bushels und den des Mais auf 2564 Millionen Bushels.

Im vorigen Jahr betrug der Ernte-Ertrag des Frühjahrweizens nur 240 Millionen Bushels; es ist also ein Ueberschuß von 32 Millionen Bushels vorhanden. Da aber der Ertrag an Winterweizen nur auf 333 Millionen Bushels geschätzt wird, also um 67 Millionen Bushels kleiner, als im vorigen Jahr, so ergibt sich, daß der Gesamtertrag an Weizen in diesem Jahr um ca. 35 Millionen Bushels hinter der vorjährigen Erntemenge zurückbleibt, und doch war auch die vorjährige Ernte nur eine knapp mittlere. Dagegen rechnet man, daß die Maisernte, die im vorigen Jahr nur 2245 Millionen Bushels betrug, diesmal über 300 Millionen Bushels mehr bringen wird.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Zu der am Sonntag, den 14. August, mittags 1 Uhr, stattfindenden Vorstellung in der „Urania“ sind noch Wilsels beim Kaiserer Karl Fahrot, Madenroth, 8, zu haben. Desgleichen möchten wir nochmal daran erinnern, daß die noch nicht abgesetzten Wilsels ungefährnt an obige Stelle zurückzuliefern sind. Der Vorstand.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 14. August, findet im Volkshaus das Sommerfest des Wahlvereins statt. Die Genossen werden um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Wilmsdorf. Am Sonntag, den 14. August, findet in Salomons Volksgarten, Berlinerstr. 40, ein Volksfest statt, arrangiert von den Parteigenossen Wilmsdorfs. Das Komitee hat alles aufgeboten, den Besuchern angenehmste Unterhaltung zu bieten: Gartenkonzert, Vorträge, Gesang und Theater. Eintrittskarten a 20 Pf. im Vorverkauf, an der Kasse 25 Pf., Tanz 50 Pf.

Weihensee. Den Parteigenossen geben wir bekannt, daß zum Sommerfest am Sonnabend, den 13. August, keine Eintrittskarten an der offenen Kasse verkauft werden können; wir bitten jeden Genossen, sich vorher mit Karten zu versehen. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pf.

Lokales.

Som Trost am Grabe.

Einem Pastor soll niemand nachlaufen. Diese Mahnung hatten wir kürzlich ausgesprochen im Anschluß an die Schilderung eines Begräbnisses, bei dem ein evangelischer Geistlicher als strafender Richter aufgetreten war — Richter nicht über den Verstorbenen, sondern über die hinterbliebene Mutter, die sich diesen Geistlichen als Trostspender ausgerufen hatte. Die Mutter lebte in Unfrieden mit der Frau des Verstorbenen — aus Gründen, die ihr als triftig galten — und sie wollte sich auch nach dem Tod des Sohnes nicht zu einer förmlichen Aussöhnung mit der Schwiegermutter bewegen lassen. Deswegen verwehrt ihr der Geistliche den Zutritt zu der Trauerfeier, in der er mit der jungen Witwe Platz nahm, und er wies nachher auf dem Friedhof die Mutter auch von dem Ehrenplatz hinter dem Sarg des Sohnes weg. Wir bemerkten hierzu, daß wir nicht recht einen Grund sähen, sich über dieses Vorkommnis aufzuregen. Der Pastor habe gar nicht anders handeln können. Ein Pastor muß schließlich sein, wenn er als strafender Richter auftreten zu sollen glaube. Es sei ja aber auch nicht nötig, einen Pastor als Trostspender zu bemähen.

Inzwischen hat man uns in großer Entrüstung einen andern Fall mitgeteilt, über den wir uns ebenso wenig aufregen können. Ein Katholik hatte eine Evangelische geheiratet, und die aus dieser Ehe hervorgegangenen Kinder waren evangelisch erzogen worden. Später wurde er krank und mußte ins Irrenhaus gebracht werden. Als er seinen Tod nahen fühlte, äußerte er den Wunsch, auf einem katholischen Friedhof unter Mitwirkung eines katholischen Geistlichen beerdigt zu werden. Die Witwe glaubte, diesen Wunsch erfüllen zu sollen, aber der zuständige katholische Geistliche lehnte die Mitwirkung ab. Es fand sich dann ein evangelischer Geistlicher, der die Leiche einsegnete. Auch in diesem Fall hat jener Geistliche, auf den die Hinterbliebenen jetzt schelten, nicht anders gehandelt, als er handeln mußte. Es ist eben ganz verkehrt, zu erwarten, daß die Kirche sich ebenso rasch mit dem reuigen Sünder ausöhnen mußte, wie dieser mit ihr sich ausgeöhnt hatte. Im übrigen können wir auch hier wieder nur sagen: Niemand hat nötig, einen Pastor um seinen Trost am Grabe zu bitten; wer es trotzdem thut, der muß sich auch die Unannehmlichkeiten gefallen lassen, die der Pastor unter Umständen ihm zu bereiten verpfichtet ist.

Vielen gilt eine Beerdigung ohne Pastor noch als Ausnahme, als etwas Ungehörliches, Auffälliges, Peinliches. Darum wünschen und erbitten oft auch solche noch eine Leichenpredigt, die sonst den Leuten was nach Kirche und Pastor fragen. Es sieht besser aus, schwagen sie sich und andern vor, es ist würdiger, macht sich feierlicher usw. Diese Feiglinge wissen nicht, daß die Christen, die auf des Pastors Trost am Grabe verzichten, längst nicht mehr vereinzelt dastehen. In Berlin liegen in den Arbeitervierteln die Verhältnisse so, daß hier eine Beerdigung mit Pastor die Ausnahme bildet. Die letzten zahlreicheren Nachweise hierüber beziehen sich auf das Jahr 1902. Da sehen wir, daß in manchen Kirchengemeinden noch nicht ein Drittel, nicht ein Viertel aller Leichen von einem Pastor eingeseget sind. J. B. wurden im Südosten der Stadt in der Emmaugemeinde nur 958 von 1581 Leichen eingeseget, im Norden in der Zionsgemeinde nur 488 von 1052, n. Gesehemane sogar nur 403 von 1087, im Nordosten in der Samariter-Kirchengemeinde nur 211 von 592, in der Auferstehungs-Kirchengemeinde sogar nur 271 von 1197. In dieser letztgenannten Gemeinde — derselben Gemeinde, deren Geistlicher eine Mutter nicht hinter dem Sarg ihres Sohnes duldete — wird noch nicht jede vierte Leiche unter Aufsicht eines Pastors beerdigt. In mindestens drei Fällen von vier verzichten hier die Hinterbliebenen darauf, dem Pastor nachzulassen und ihn als Trostspender zu bemähen. In den katholischen Gemeinden ist bei der Arbeiterbevölkerung die Zuziehung eines Geistlichen zur Beerdigung ebenso selten wie in den evangelischen. Im Jahre 1902 wurden z. B. im Norden der Stadt in der Herz-

Jesu-Gemeinde nur 153 Fälle von 55 gezählt, in der Sebastians-Gemeinde nur 101 Fälle von 376, im Süden in der Bonifacius-Gemeinde nur 39 Fälle von 122.

Es ist an sich sehr begreiflich, daß in dem Augenblick, wo Du einen lieben Angehörigen, einen treuen Freund der Erde übergibst, Du noch einmal übersehen willst, was seines Lebens Inhalt war. Aber das kann Dir doch kein Geistlicher bieten? Was vermag denn ein Pastor über den zu sagen, der Dir lieb war und wert? Das Leben selbst des Unbedeutendsten und Beringssten hat für den, der ihm nahestand, noch einen Inhalt so reich, daß seine Betrachtung eine Fülle von Trost gewähren kann. Aber der Pastor, den Du Dir holst, hat den Toten vielleicht gar nicht gekannt, hat ihn nie gesehen, nie etwas von ihm gehört, und am Ende sieht er sogar Dich selber zum erstenmal. In der Eile rafft er die paar Angaben zusammen, die Du ihm über das Leben des Verstorbenen machen mußt, und dann stellt er sich hin und hält eine jener laubläufigen Leichenpredigten, die gleich gut und gleich schlecht auf tausend andre passen. Wer solche Predigten als Trost empfindet, der bestelle sie sich — wir gönnen sie ihm. Wer aber sie nur als Dekoration wünscht, der soll sich gegenwärtig halten, daß er eine Mode mitmacht, die, in Berlin wenigstens, so ziemlich vorüber ist. Laßt er trotz dieser Erkenntnis noch dem Pastor nach, so geschieht ihm recht, wenn der Pastor gegebenenfalls den strafenden Richter macht oder gar den erbetenen Trost am Grabe überhaupt verweigert.

Ungewöhnliche Fürsorge. Berliner Blätter teilten einen Vorfall mit, der sich vorgestern Mittag auf der Stadtbahn abgespielt hat und über den auch eine Nachricht zugegangen war. Der Lokomotivführer Frenzel, der einen Stadtbahnzug nach Grunewald fuhr, ließ auf Bahnhof Charlottenburg durch seinen Heizer den diensthabenden Vorsteher jagen, er habe bereits seit drei Uhr morgens ununterbrochen Dienst getan, der Referentführer aber, der ihn hier ablösen solle, sei nicht zur Stelle. Der Vorsteher wurde nun dafür sorgen, daß Frenzel abgelöst werde, vielleicht könne wenigstens auf Grunewald ein Ersatzmann die Lokomotive übernehmen. Da der Heizer keine Antwort brachte, so wandte Frenzel selber sich an den Vorsteher und trug ihm seine Bitte vor. Darauf soll ihm kurz und barsch erwidert worden sein: „Wollen Sie nun fahren oder nicht?“ Dem Lokomotivführer blieb hiernach nichts weiter übrig, trotz aller Ermüdung weiter zu fahren, doch erklärte er, er fühle sich nicht mehr so kräftig, daß er die volle Verantwortung übernehmen könne. Auf Grunewald war dann ein Ersatzmann zur Stelle und Frenzel wurde abgelöst.

Mehrere Blätter verschiedener Richtungen knüpfen hieran allerlei Betrachtungen darüber, wie unrecht es sei, einen Lokomotivführer ungeachtet seiner Erschöpfung zur Weiterfahrt zu nötigen. Ach, wenn man doch solche Enttäuschung für andre Anlässe aufsparen wollte! Hier handelt es sich ja, wenn die Darstellung richtig ist, um ein Versehen des Ersatzmannes, und der Stationsvorsteher konnte doch einen solchen nicht sofort aus dem Boden stampfen. Es ist den durch lange Arbeitszeit erschöpften Eisenbahnangestellten nicht immer beschieden, daß die bürgerliche Presse sich ihrer so eifrig und einmütig annimmt, und den industriellen Arbeitern blüht diese Fürsorge bürgerlicher Kreise noch weniger. Freilich erklärt der Eifer sich diesmal aus dem Umstand, daß die Passagiere des von Frenzel geführten Zuges in Gefahr schwebten, wenn Frenzel nicht mehr kräftig genug war, seinen Dienst richtig zu versehen. Daher jene Sorge!

Die Königsheide ist nicht gesperrt! Die kürzlich von einer Korrespondenz verbreitete Nachricht, daß der zwischen Baumschulweg und Johannisthal belegene Wald, genannt die Königsheide, für das Publikum gesperrt worden sei, hat sich als unzutreffend erwiesen. Das Verbot des Amtsvorstehers von Adlershof erstreckt sich lediglich auf den seitens vieler Vereine beliebten Ausflucht von Vier usw. im Walde, was künftighin nicht mehr gestattet wird, wahrscheinlich mit Rücksicht auf die zahlreich in der Nähe gelegenen Lokale. Die Bevölkerung von Rixdorf, Britz, Baumschulweg usw. wird es freudig begrüßen, daß die angebliche Sperrung des Waldes sich nicht bestätigt hat.

Rufen der sozialdemokratischen Kritik. Von einem Anwohner der Vergmannstraße wird uns geschrieben: In Nr. 165 vom 16. Juli trugte der „Vorwärts“ mit Recht den standalösen Zustand der Straßenbahngeleise an der Abfahrtsstelle Vergmannstraße, Ecke der Velleallianzstraße. Jedes Wort der damals geäußerten Kritik entsprach den Thatsachen und war den Anwohnern der genannten Straßen aus dem Herzen geschrieben. Jetzt hat sich endlich auch die „Globe“ zur Anerkennung jener Kritik beugnet. Seit gestern arbeiten fleißige Hände daran, das schadhafte Pflaster zu beseitigen und die abgenutzten Schienen durch neue zu ersetzen. So erfreulich an sich der Erfolg der „Vorwärts“-Kritik ist: besser wäre es, die „Globe“ läme ohne solche Aufforderungen der Erfüllung ihrer einfachsten Pflichten nach.

Einem Dbi- und Gemiserverwertungskursus für Damen und Herren veranstaltet die Königl. Gärtnerei-Vereinigung zu Dahlem bei Steglitz-Berlin (früher Wildpark). Der Kursus beginnt am 22. August und dauert bis einschließlic 27. August er. Durch denselben soll den Interessenten Gelegenheit gegeben werden, ihre Kenntnisse in der Dbi- und Gemiserverwertung zu erweitern und die Fortschritte in derselben kennen zu lernen. Der Lehrplan ist so festgelegt worden, daß vormittags theoretischer Unterricht und nachmittags praktische Übungen in der neuen Dbi- und Gemiserverwertung-Station stattfinden werden. Das Unterrichtshonorar beträgt: für Preußen 6 M., für Nichtpreußen 9 M. Anmeldungen von Teilnehmern sind an die Direktion der genannten Anstalt zu richten.

Die Verkehrsstände an der Karambolagen-Ecke, Neue König-, Gollnow- und Linienstraße werden von Tag zu Tag unhaltbarer und die Zusammenstöße von Fußwerkern an jener Stelle häufen sich in auffälliger Weise. Gestern vormittag fanden wiederum zwei Zusammenstöße statt. Zuerst fuhr ein Fleischwaggon gegen einen Geschäftswagen, jedoch kamen hierbei Verletzungen von Personen nicht vor. Später jagten zwei Radfahrer, ein Depeschbote des Postamts 43 und ein Kaufmann aufeinander. Beide führten, erlitten jedoch anscheinend nur leichte Kontusionen. — Für den Straßenbahn- und Omnibusverkehr ist seitens der zuständigen Verwaltungen die Anordnung getroffen, die Ecke möglichst vorsichtig zu befahren, und obwohl seitens der Rutscher bei der Gefährlichkeit der Passage diese Bestimmung sorgfältig innegehalten wird, wird der öffentliche Fußverkehr bei den Zusammenstößen doch häufig in Mitleidenschaft gezogen. Im Interesse der Verkehrssicherheit ist die ständige Stationierung von verstärkten Polizei-Posten dringend notwendig.

Die Alte Jakobstraße, von der Neuenburgerstraße bis zum Grundstück Nr. 147, wird behufs Umplasterung vom 11. d. M. ab bis auf weiteres für Fußverkehr und Reiter gesperrt.

Töblich verkehrt wurde durch eine explodierende Petroleumlampe der 11 Jahre alte Sohn Bruno des Schlächters Bläse aus der Kölnischenstr. 7. Der Vater hat in der Landsberger Allee eine Laube und hatte den Knaben dorthin mitgenommen. Dort wollte der letztere eine Petroleumlampe anzünden, diese explodierte und setzte die Kleidung des Knaben in Brand. Auf sein Geschrei eilte der Vater mit mehreren Nachbarn herbei und erstifte die Flammen. Bruno Bläse hatte aber so schwere Brandwunden am Hals, an der Brust und am rechten Bein erlitten, daß er im Krankenhaus am Friedrichshain, wohin er gleich gebracht wurde, gestern verstarb. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

In einem Hotel erdroffelt hat sich der 26 Jahre alte Buchhändler Heinrich Reumteufel, der aus Wien stammt und bei seinem vor vier Tagen erfolgten Eintreffen in dem Hotel der südwestlichen Friedrichstadt angab, daß er in Berlin Verwandte besuchen wolle. Eine Dame, die sich Fräulein Schäfer nannte, begrüßte ihn täglich im Hotel durch den Fernsprecher. Reumteufel kam stets nachts nach Hause. Am Mittwochabend fiel den Angestellten des Gasthofes

auf, daß sich der Wiener Fremde den ganzen Tag nicht hatte blicken lassen. Man fand ihn in seinem Zimmer tot im Bette liegen: er hatte von dem Fensterbrett eine Schnur abgehakt und sich daran erdroffelt. Seine Geldmittel waren völlig verbraucht. Ob er die That wegen Mitleidlosigkeit ausführte oder ob vielleicht eine Liebesgeschichte in Frage kommt, läßt sich noch nicht beurteilen. Papiere hat er nicht hinterlassen, so daß auch der angegebene Name nicht als sicher zutreffend angesehen werden kann. Die Polizei sucht jetzt das Fräulein Schäfer zu ermitteln, von dem vielleicht persönliche und sachliche Angaben zu erlangen sind.

Feuerbericht. Wegen einer Gasexplosion wurde in der letzten Nacht die Feuerwehre nach der Admiralstr. 3 gerufen. Dort war versehentlich in der Vettefödem-Reinigungsanstalt von M. Klammer im Erdgeschoß ein Gasbehälter nicht geschlossen worden. Das Gas hat stundenlang ausströmen können. Als dann um 10 Uhr, durch den Gasgeruch beunruhigt, Licht im Zimmer angezündet wurde, erfolgte eine enorme Explosion. Zum Glück sind dabei keine Personen verletzt, sie sind mit dem Schrecken davon gekommen. Der Materialschaden ist bedeutend. Fenster, Türen und Einrichtungsgegenstände wurden total zertrümmert, die Hausbewohner und Nachbarn aus dem Schlafe geweckt. Viele stürzten angsterrückt auf die Straße, in der Erwartung, daß das Haus einstürzen würde. Branddirektor Biersberg eilte persönlich zu der Unfallstätte, wo die Feuerwehre die Gasleitung abstellte und weitere Gefahr beseitigte. In ähnlichem Falle, alle laufen nicht so glimpflich ab wie dieser, soll man kein Licht anzünden, sondern die Feuerwehre benachrichtigen, alle Türen und Fenster öffnen, den Hauptthür der Gasleitung schließen und ruhig die Ankunft der Feuerwehre abwarten. Das Suchen nach der Ursache der Gasausströmung, besonders mit Licht, soll man der Feuerwehre überlassen. — Nachts um 11 Uhr brannten in der Waldstraße 30 Lederabfälle. In der Säulstr. 77 mußte ein Küchenbrand gelöscht werden und in der Gerichtstraße ein Preßkohlenbrand. Am Mariannenplatz 4 stand ein Hängeboden in Flammen.

Die XII. Männerabteilung des Turnvereins „Fichte“ wird die Turnübungen nach fünfwöchentlicher Unterbrechung (insolge Turnhallen-Reparatur) vom 16. August ab jeden Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr abends in der Turnhalle Kastanien-Allee 82 regelmäßig wieder aufnehmen. Die Riege der Alten Herren turnt eben dabeilbst jeden Freitagabend. Ältere Herren über 30 Jahre, welche noch Turnlust verspüren, sind dazu herzlich eingeladen.

Velle-Alliance-Theater. Die Winter-Thymianische Humoristen-Gesellschaft bringt an den letzten drei Abenden, also Freitag, Sonnabend, Sonntag ein hochoriginelles Abschiedsprogramm. Sonntag findet die Abschiedsvorstellung statt. Montag bleibt das Theater geschlossen, während Dienstag, den 16. d. M., „Kamrad Lehmann“, die erfolgreiche lustige Militärparodie in Scene geht. Im Garten des Velle-Alliance-Theaters findet morgen Freitag das Benefiz für den Kapellmeister Curt Goldmann statt.

Im Circus Sarrafani erweisen sich Ralphs Habanna-Schweine mit ihrer vorzüglichen Dressur als eine große Attraktion. Die hübsch gestickten Vorstentiere beweisen einen ganz erstaunlichen Gehorsam; sie traben wie Circuspferde rings um die Manege mit Volten und Rekrutenwendungen und nehmen schließlich ihre Plätze mit großer Schnelligkeit ein. Dann macht jedes der fünf Tiere, deren Hals und Schwänzen mit roten Schleifen geschmückt sind, ein Sololuststück. Während das eine Pistolen abfeuert, läuft ein andres im Schlangengang durch die Beine seines Herrn. Ein drittes debütiert als Toppentänzer, ein viertes spaziert auf einem Balançoir und das letzte stellt sich auf die Hinterbeine und läßt das Oberhaupt der drohigen Familie. Nun folgen Sprünge, zuerst über keine Barrieren, später aber in steigendem Tempo über große feste Hindernisse von mehr als Meterhöhe, eine erstaunliche Leistung, wenn man den zum Sprunge ungeeigneten Bau des Schweines bedenkt. Vincenz Ralphs Habanna-Schweine stehen ohne jede Konkurrenz da; die Gruppe wird von ihrem Dressieur, der im Kostüm eines französischen Bauern auftritt, mit vielem Humor vorgeführt.

Aus den Nachbarorten.

Regierung und Volksschule. Die Gemeinde Rosenthal-Reinickendorf hatte vor zwei Monaten beschloffen, das Grundgehalt der Lehrer von 1200 M. auf 1300 M. und das Wohnungsgeld von 400 auf 450 M. zu erhöhen. Diefem Beschlusse hat die Regierung zu Potsdam die Genehmigung verweigert. In dem ablehnenden Bescheid an den Orts-Schulvorsteher heißt es, die Verhältnisse in der Gemeinde seien noch nicht derartige, daß die Gehaltserhöhung berechtigt ist. — Daraufhin hat nun eine Hausväter-Versammlung sich mit dem Bescheide der Regierung beschäftigt. Einmütig wurde der Standpunkt der Regierung bedauert. Die Entwicklung der Berliner Vororte bedinge eine gute Volksschule. Diese sei aber nur möglich, wenn eine sechshafte Lehrerschaft vorhanden ist. Erfahrungsgemäß bemessen, so wurde von Pastor Werdel ausgeführt, die Lehrer jene Berliner Vororte, welche schlecht bezahlen, nur als Durchgangsstation. Das Grundgehalt von 1200 M. sei auch in der That unzureichend. Von anderer, sachverständiger Seite wurde die auffallende Haltung des Regierungspräsidenten zu Potsdam, auf das in der Ferne winkende neue Schulgesetz zurückgeführt. Die Regierung verfolge schon heute dahin zu streben, daß die Lasten der Volksschule, welche sie dann zum großen Teil übernehmen müsse, nicht größer werden. In Blankenfelde (dem Riefelgut des Berliner Magistrats) sei die beschlossene Erhöhung des Grundgehalts der Lehrer ebenfalls abgelehnt worden. — Die Versammlung beschloß schließlich, die Regierung abermals und zwar unter eingehender Darlegung der Verhältnisse in den Berliner Vororten, um Genehmigung der Gehaltserhöhung für die Lehrer zu ersuchen.

Richtenberg. Einen Antrag an die Gemeinde auf Ueberlassung eines der Gemeinde gehörigen Bauplatzes in Erbpacht an die hiesige Ortskrankenkasse zur Erbauung eines eignen Geschäftshauses hat der Kassenvorstand in Verfolg eines einstimmigen Generalversammlungsbeschlusses gestellt.

Die Baukosten sind einschließlic der Einrichtung auf 30 000 M. veranschlagt. Von der Zustimmung der Gemeindevorstellung, die in der nächsten Zeit sich damit beschäftigen soll, hängt die Verwirklichung des Projektes ab.

Friedrichsfelde. Eine große Feuersbrunst brach gestern gegen 8 Uhr abends auf dem Grundstück des Bauerngutsbesizers W. Schärer, Wilhelmstr. 14, aus. Die mit ca. 60 Fuhren Korn gefüllte Scheune, welche ganz massiv ist, ging aus bisher noch nicht aufgestärkter Ursache in Flammen auf und brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Der Brand griff so schnell um sich, daß nicht einmal die teuren Maschinen, als Dreschmaschine usw., gerettet werden konnten. Da in der Scheune eine elektrische Leitung für Licht sowie Kraftbetrieb vorhanden war, wird Kurzschluss vermutet. Die zahlreich vertretenen Feuerwehren mußten sich darauf beschränken, die anstehenden Bauarbeiten zu schälen was auch gelang. Bei starkem Südwind hätte das Feuer eine große Ausdehnung annehmen können. Donnerstag brannten die Strohhäuser im Innern noch.

Rixdorf. Um einigen Freunden seine Schwimmbad zu zeigen, sprang der Arbeiter Paul Breder aus der Hermannstraße 225 am Mittwochabend in der Nähe der Wildenbruch-Brücke in den Rixdorfer Schiffahrtskanal. Er hätte dabei um ein Haar sein Leben eingebüßt, denn kaum war er eine Strecke geschwommen, als ihn die Kräfte verließen und er unterging. Mit vieler Mühe wurde er aus dem Wasser geholt, war aber bereits leblos. Einem hinzugerufenen Arzt gelang es erst nach längerer Zeit, den Verstorbenen ins Leben zurückzurufen. Er wurde nach der städtischen Krankenkasse geschafft. — Einen bösen Streich verübten 15 junge Handwerker. Dieselben drangen nachts in die an der Ganner Chaussee belegene Volksbade-Anstalt von Stolzenburg ein und hausten dort wie die Wandalen.

Zähren, Krämpfe, Stühle, kurz alles, was ihnen unter die Hände kam, wurde getrimmert und in die Badewanne geworfen. Die ganze Anstalt glück am nächsten Morgen einem Trümmerhaufen. Die Täter sind von der Kriminalpolizei bereits ermittelt und der Mordführer, Werkzeugmacher Karl Wegener, Richardstr. 102 wohnhaft, verhaftet worden. Nach ihrer eigenen Angabe haben die Durschläge die Haut lebendig aus Hebermatt beugen. — Obwohl die Wunden sorgfältig abgesehen wurden, war doch noch ein eiserner Nähn in einem Waffin abgesehen. Als ein Schußbeim Baden den „Kopfsprung“ machte, schlug er auf die Erde des Tisches und zog sich eine schwere Verletzung zu.

Die Brandstätte in Dohlem bildete auch am gestrigen Tage noch eine gewaltige Glutmasse, aus welcher dicke Rauchwolken ununterbrochen emporwühlten. Der Umfang des durch den Brand angerichteten Schadens ist noch nicht festgestellt, er dürfte jedoch nach oberflächlicher Schätzung 300 000 M. übersteigen, umso mehr, als die Hauptdecksche neu und massiv gebaut war und eine große Menge landwirtschaftlicher Maschinen mit vernichtet ist. Für das Dominium ist der Brand um so empfindlicher, als dasselbe genötigt sein wird, Stroh und Getreide für den eignen Bedarf kaufen zu müssen. Die Meldung, daß die gesamte Ernte vernichtet sei, ist nicht ganz zutreffend, da sich noch ein Teil der Kornernie auf den Feldern befindet. — Wie bereits erwähnt, ist das Feuer durch Brandstiftung verursacht worden. Die Ermittlungen nach den Tätern sind jedoch bisher vollständig vergeblich gewesen, da auch nicht der geringste Anhalt vorhanden ist, der einen Rückschluß auf das Motiv zu der That zuläßt.

Gerichts-Zeitung.

Ein internationaler Taschendieb wurde gestern durch Urteil der zweiten Ferienkammer des Landgerichts I für längere Zeit ungeschädlich gemacht. Es war der aus Ungarn stammende Weinhändler Samuel Banfy, der bereits in aller Herren Länder Gastrollen gegeben hat und der, soweit gerichtszeitig bekannt geworden ist, in Deutschland, Schweden, Ungarn und der Schweiz bereits mit Gefängnis, Kerker und Justizhaus vorbestraft ist. Im Anfang dieses Sommers beehrte Banfy wieder einmal Berlin mit seinem Besuche. Er mielte sich im Hotel Stadt Magdeburg ein. Eines Tages besuchte er das Restaurant „Zum Franziskaner“. Er hatte hier das Vergnügen, einen Engländer zu treffen, mit dem er früher manchen Taschendiebstahl gemeinsam begangen hatte. Diesem klagte er sein Leid, daß es ihm schlecht gehe und daß „nichts zu machen“ sei. Sie kamen beide dahin überein, daß sie wieder zusammen Taschendiebstahl begehen wollten. Die neue Kompagniefirma trat gleich am nächsten Morgen nach der Gründung in Tätigkeit und zwar auf dem Anhalter Bahnhof. Der Engländer hatte nämlich erfahren, daß eine russische Exzellenz mit dem D-Buge nach Kissingen fahren würde. Die beiden Kompagnons stellten sich pünktlich ein, lösten sich Bahnsteigarten und bestiegen denselben Wagenabteil, in welchem der Russe bereits Platz genommen hatte. Banfy belegte hier einen Platz mit seinem Leberzieher und seiner Kopsbedeckung. Nun warteten die Taschendiebe den Moment ab, wo die Exzellenz den Platz verließ, um auf dem Seitengang etwas auf und ab zu gehen. Banfy wußte es so einzurichten, daß er dem Russen auf dem schmalen Gang begegnete. Beide hatten Mühe, aneinander vorbei zu kommen. In diesem Augenblick kam auch der Engländer hinzu, die drei Personen kamen für einen Augenblick in unmittelbare Berührung und im Nu hatte der Engländer dem Russen dessen Brieftasche aus der Brusttasche herausgezogen. Er ging dann nach dem ersten Abteil zurück, verabschiedete sich, wie verabredet war, die Brieftasche unter Banfys Leberzieher, sprang zum Wagen hinaus und machte sich davon. Banfy sollte dann seinen Platz verlassen und mit der Deute folgen. Der Russe hatte aber Verdacht geschöpft. Als er von B. angerempelt wurde, faßte er sofort nach seiner Brieftasche und wurde ihren Verlust gewahr. Als Banfy bemerkte, daß die Sache schief ging, versuchte auch er, sich aus dem Staube zu machen. Er sprang ohne Kopsbedeckung aus dem Wagen heraus und wollte in Gedränge verschwinden. Er wurde aber verfolgt und noch auf dem Bahnsteig ergriffen. Die Brieftasche wurde bei ihm nicht gefunden, er gab aber dem Russen an, wo sich dessen Brieftasche wahrscheinlich finden würde. Diese lag denn auch noch unter Banfys Leberzieher im Wagen. Bei seiner Verhaftung legte der Angeklagte einen auf einen anderen Namen lautenden, in Budapest ausgestellten Paß vor, den er für 50 Gulden gekauft haben wollte. Als der Angeklagte im Verhandlungstermine erfuhr, daß die Brieftasche 1000 Rubel, 400 Frank und 500 M. Papiergeld enthielt, meinte er schmerzvoll: „Ach, wie schön hätte ich die gebrauchen können!“ Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn eine Justizhausstrafe von 3 Jahren 6 Monaten. Der Gerichtshof ging über das beantragte Strafmaß hinaus, indem auf 5 Jahre Justizhaus und die üblichen Nebenstrafen erkannt wurde.

Ein freierlicher Juhälter und Dieb stand in dem früheren Artillerieoffizier Hugo von Wangenheim vor der Strafammer in Kgl. U. Der Angeklagte, der bereits in Berlin wegen Unterschlagung und mit 14 Tagen Festung wegen eines Duells vorbestraft ist, stammt aus Wien und ist 31 Jahre alt. Seine Frau ist begrifflichweise Diakonissin geworden. Der Freiher hatte in Wien ein Verhältnis mit einer Prostituierten, der er die Ehe versprochen und der er vorlag, er bezahle vierteljährlich 1000 M. Rente aus einem Fideikommiß. Als die Heirat stattfinden sollte, verbrüdete er unter Mitnahme eines der künftigen freierlichen geborenen Zuhelns und eines Schließkorbes mit Wäde. Er ließ das arme „Mädchen“ allein auf dem Bahnhof sitzen. Der Staatsanwalt meinte, man müsse den Angeklagten, der aus einem erlauchten Geschlecht stamme und einen edlen Namen mit Schande bedeckt habe, ärger beurteilen als einen gewöhnlichen Juhälter. Ingesamt hat der Freiher von der Prostituierten 700 M. aus deren Einnahmen erhalten. Die Verteilung plädierte auf Nichtzurechnungsfähigkeit wegen Morphemiumsucht. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

Verfammlungen.

Vor einer großen Versammlung der Fleischergefelln, die im Gesellschaftshaus der Berliner Musiker stattfand, sprach Genosse Kollenshür über den Maximal-Arbeitstag im Fleischergewerbe. Referent ist Mitglied des Beirats für Arbeiterstatistik, bei welcher Gelegenheit er die schriftlichen und mündlichen Erhebungen im Fleischergewerbe eingehend geäußert hat. Es war ihm daher ein Verleitet, über dieses Thema in fesselnder Weise zu referieren. Weider Weisall lobte ihn. Der Verbands-Vorsitzende Hensel sprach hierauf über die Frage: Was hat der diesjährige Meister-Verbandsstag zur Besserstellung der Gefellenstandes gethan? So notwendig die Gefellenfrage und insbesondere die Verbesserung der Lage des Gefellenstandes sei, halte es der Verband der Fleischermeister doch nicht für notwendig, die Unbestände im Verufe zu beseitigen. Die an den Bundesrat gerichteten Denkschriften und Petitionen dieser Herren sollen bezwecken, gesetzliche Bestimmungen fernzuhalten, in Wahrheit liefern dieselben durch die Anerkennung der sehr langen Arbeitszeit und sonstigen schlechten Verhältnisse nur noch mehr Stoff zur Einführung derselben. Zwar habe der diesjährige Verbandsstag beschloffen, den Gefellen, welche über 20 Jahre bei ein und demselben Meister arbeiten, ein Ehren-Diplom anzuhändigen, doch scheint damit auch die Gefellenfrage erledigt zu sein. — Einen ausführlichen Bericht über die bisherigen Kommissionsverhandlungen der Gefellen-Vorstände giebt Kollenshür. Der Vorstand des Bundes der christlichen Fleischergefelln sowie die Vorstände der diesem angeschlossenen Vereine Eintracht, katholischer Gefellenverein, polnischer Gefellenverein und der Gefellen-Väderschaft, alles kleinere Korporationen, wandten sich kürzlich an den Centralverband, um mit diesem die Lohnbewegung Hand in Hand durchzuführen. Zwei Sitzungen haben stattgefunden, deren erste sachlich geführt sei. Nach deren Beschluß sollte eine Feiner-Kommission gewählt werden, die aus fünf Vertretern des Centralverbandes und fünf solchen der Studier zu bestehen hätte und die die weitere Ausarbeitung

der Lohnbewegung übernehmen sollte. In der ersten Sitzung dieser Kommission erklärte der Leiter des Bundes, daß er von seiner Richtung den Auftrag erhalten habe, zu erklären, wegen der Schwäche des Bundes und der fehlenden Mittel könne dieser sich an der Lohnbewegung nicht beteiligen. Die Vertreter des Centralverbandes erwiderten darauf, daß ihr Verband sich längst stark genug fühle, die Lohnbewegung allein durchzuführen. Ihnen sei es nur darum zu thun gewesen, die Solidarität aller Schlächtergefelln zu gewinnen. Wenn man auch schon die Mitglieder der christlichen Richtung dazu bewegt habe, so wolle man an den Vorständen nicht ohne weiteres vorbeigehen. Diese haben durch ihr jetziges Verhalten auch gleichzeitig ihr eigenes Urteil gefällt. Es folgte nun eine sehr ausgedehnte und lebhaft diskussion, an der sich auch der Vorsitzende des christlichen Bundes beteiligte. Dieser erwies sich als Gegner des Maximal-Arbeitstages und als Streber für die Einführung einer elastischen Ruhepause. Auch sei er der Ansicht, daß die Korporationen nur bei einem Streik zusammenarbeiten könnten. Vom Vorsitzenden Hensel, dem Genossen Kollenshür und dem Versammlungsleiter Kollenshür wurden seine Ausführungen in sachlicher Weise widerlegt. Es wurden noch verschiedene grobe Mißstände in Fleischerereien in Moabit bekanntgegeben, die bei verschiedenen Kontrollen vorgefunden wurden. Dieselben sollen der Behörde gemeldet werden.

Berliner Tanglehrer-Verband. Heute abend 9 Uhr, Alte Jakobstraße 75: Übungsstunde.

Vermischtes.

Infolge Brandstiftung sind acht Wohnungen und zehn Scheunen in Allilshheim (Baden) eingeschert worden. Der 17-jährige Sohn eines der Abgebrannten hat die That begangen und sie bereits eingestanden.

Erhängen wurde gestern nacht in Reiderich (Regierungsbezirk Düsseldorf) der Schlächtermeister Schmalhaus von dem bei ihm seit sieben Jahren beschäftigten Gehilfen Damen nach kurzem Wortwechsel. Der Gehilfe brachte ihm zwei Stiche in die Brust bei, von denen der eine das Herz traf und den Meister sofort tötete. Der Thäter wurde verhaftet.

Düsseldorf. Ein Ingenieur aus Schöneberg bei Berlin erschloß in einem hiesigen Hotel seine Ehefrau und dann sich selbst.

Großfeuer wüthet seit Donnerstagsmorgen in Herborn (Bez. Wiesbaden). Bis mittags waren gegen zwölf Wohnhäuser und dreißig Scheunen niedergebrannt. Ein Mann wurde durch einen einfallenden Schornstein erschlagen, ein Feuerwehmann wurde verletzt. 17 Familien sind obdachlos. Gegen Abend war das Feuer noch nicht gelöscht.

Koblentz. Gestern abend wurde die in andern Umständen befindliche Frau eines hiesigen Bäckermeisters am Rhein von einem Menschen ohne jede Veranlassung mit einem Dolche in den Leib gestochen. Die Frau wurde lebensgefährlich verletzt, der Thäter entkam.

Brand eines Postwagens. Der Postwagen des Personenzuges Wien-Passau geriet bei der Station Nettelbach wahrscheinlich durch Selbstentzündung eines Postkolli mit feuergefährlichem Inhalt in Brand. Im Wagon befanden sich 100 Postkiste, von denen etwa die Hälfte gänzlich verbrannten und die andern beschädigt wurden. Das Feuer konnte endlich gelöscht werden, doch ist der Schaden ein bedeutender. Verletzt wurde niemand.

Eine neue Schutzvorrichtung für den Tramverkehr hat ein Genuefer Schuhmann, Caspar Toscani, erfunden. Die Vorrichtung hat eine doppelte Funktion: erstens soll sie den vor die Geleise geschleuderten Körper aufheben, zweitens gleichzeitig den Lauf des Trams aufhalten. Sie besteht aus einem Drahtkorb, der sich automatisch senkt, sobald an den vorderen Rand des Trams, der ein federnder Kranz umgibt, ein Körper stößt. Gleichzeitig mit dem Senken des Korbes öffnen sich zwei Sandkästen, die Sand in die Geleise streuen, um das Gleiten des gebremsten Wagens zu verhindern. Die Schutzvorrichtung funktioniert nicht nur automatisch, sie tritt auch in Wirksamkeit, sobald der Führer die elektrische Bremse benutzt. Steht der Führer das Hindernis in größerer, jede Gefahr ausschließender Entfernung, so kann er auch durch einen Druck die Schutzvorrichtung außer Funktion setzen und die elektrische Bremse allein gebrauchen. Hoffentlich wird der intelligente Erfinder, der sich in kümmerlicher Lage befindet, auch materiellen Vorteil aus seiner Erfindung ziehen können.

Ostende fürs Volk! In dem belgischen Bade für die feine europäische Welt, in Ostende, hat die Socialdemokratie vermittelst einer kooperativ-Genossenschaft ein Hotel errichtet, um auch den Arbeitern und minderbemittelten Leuten die Wohlfahrt und die Schönheit des Aufenthalts an der See zu ermöglichen. Das Drücker „Peuple“ bringt darüber in einer seiner letzten Nummern einen Artikel, den wir in der Uebersetzung wiedergeben, um so vielleicht dem einen oder dem andern unfer Leser Veranlassung zu geben, von der ebenso nützlichen wie billigen Einrichtung Gebrauch zu machen. Es heißt da: „Unsre Fejer kennen die bevorstehende Genossenschaftsgründung „Hotelier du Peuple“ in Ostende. Vermittelt 4 Frank (3,20 M.) findet man dort den Tag Kost und Logis, und die Genossen, die dort in Pension gewesen sind, bezeugen, daß Unterkunft und Verpflegung nichts zu wünschen übrig lassen. Wir bitten alle Fremde, die nach Ostende kommen, sich zu erinnern, daß es dort eine Einrichtung der Partei gibt, die für Arbeiter gegründet ist, die aber auch nur existieren kann durch die Arbeiter. Das sagen wir nicht, um aus dem Volksgelände ein gewinnbringendes Unternehmen zu machen — unfer Ziel geht höher. Wir träumen von der Demofantifizierung des herrlichen Strandes von Ostende, wir wollen diesen Sammelpunkt der Reichen für den Socialismus erobern, und das Volksgelände soll uns bei diesem Plane als Stützpunkt dienen. Das Gelingen dieses Planes heißt den Socialismus nach Ostende verpflanzen, heißt die Fischer, die elenden Seearbeiter, sammeln um dieses Arbeiterheim, das seine Kraft aus seiner Nützlichkeit zieht und wie diese unwiderstehlich wirkt. Das ist der Anfang von der Verwirklichung eines andern kühnen Träumens: wir wollen genossenschaftliche Fischerboote aus Meer senden, die rote Fahne über dem Wasser wehen lassen und aus der Klause der schamlosen Ausbeutung die Fischer befreien, die wahre Märtyrer, oft verkannte Helden, immer aber Sklaven sind. Die Kapitalistenpresse wird donnern gegen die Ausbeuter des Volkes, die Socialisten und ihre Führer, diese Genüßlinge, die in Ostende faulenzeln wollen. Wir pfeifen darauf. Wenn diese Leute sich einbilden, das Meer sei ebenfalls Privatbesitz, nur die Bourgeois-Kungen seien berechtigt, die häßliche Salzfisch der Rüste zu atmen, dann täuschen sie sich gewaltig. Unsre Aufgabe ist, die Bedürfnisse der Arbeiterklasse zu wecken und zu wehren; darin beruht die treibende Kraft unsres Befreiungsbewegens. Nichts gehört der Arbeit, wir wollen, daß ihr alles gehört, daß nicht ein anständiger Genuß ihr vorerhalten bleiben soll. Danach mögen unsre Gegner sich richten! Deshalb richten wir einen warmen Appell an alle unsre Freunde, die nach Ostende kommen, sich zu erinnern, daß es dort ein Volksgelände gibt, fünf Minuten vom Strande, Ecke der Straßen Saint Paul und Marie Christine. Sie sind dort wie zuhause, unter Genossen, sie finden gute Wohnung und gute Verpflegung zu billigen Preisen und tragen bei zur Unterstützung der socialistischen Sache.“

Eingegangene Druckschriften.

17. Jahresbericht des leitenden Ausschusses des Schweiz Arbeiterbundes und des Schweiz Arbeitersekretariats für das Jahr 1903 nebst dem Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes. 67 Seiten. Kommissionsverlag der Buchhandlung des Schweiz. Gewerksvereins, Zürich.

Düssmann, Regierungsrat. Umbau der Arbeiterversicherung. 17 S. Preis 0,90 M. Dr. Konrad Wegmann. Die socialpolitische Wirkung der §§ 46 und 148 des Invalidenversicherungs-Gesetzes. Vorklage zur Bekämpfung des Erkränkens der Anwartschaft. 20 S. Preis 0,60 M. Beide zu beziehen Verlag der Arbeiterversorgung A. Trojel, Gumpelshausen, Württemberg.

Paul Reiche, Excellior! Eine neue Religion. Preis 4 M., geb. Leipzig 1904. Lotas-Berlag, Halle. 13.

Bericht des Vorstandes und des Ausschusses des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands an den 7. ordentlichen Verbandstag in Hamburg. Verlag Buchdruckerei Dörnte u. Böber, Hannover.

Ernest Tarbouriech. Essai sur La Propriété. Paris 1904. V. Giard & E. Brière, Libraires-Éditeurs, 16, Rue Soufflot et Rue Touliller.

Dr. J. Scherf. Herzangriffen. Ihre Behandlung durch die Quellen von Orb. 31 Seiten. Berlin 1904. Druck Julius Sittenfeld.

Henri Chapoutot. Livre D'or des Officiers Français de 1789 à 1815. Prix 3 Fr. 50. Paris 1904. Editions des „Temps Nouveaux“, 4, Rue Broca.

Protokoll der 15. Generalversammlung des Verbandes deutscher Bergarbeiter. Abgehalten in Stollungen am 22., 23. und 24. Mai 1904. 157 Seiten. Preis für Mitglieder 20 Pf.

Justizrat Dr. jur. Hirsfeld. Gesetz betreffend Kaufmannsgerichte vom 6. Juli 1904. Preis: 1,50 M. Verlag C. F. Hirsfeld, Leipzig.

Report of the Librarian of Congress for the Fiscal Year Ending June 30, 1903. 600 Seiten, geb. Washington 1903. Government Printing Office.

Congrès Socialiste International à Amsterdam des 14-20 Août 1904. Rapports et Projets de Résolutions sur les Questions de l'ordre du jour par le Secrétariat Socialiste International. 156 Seiten. Bruxelles 1904.

Baldwin Zamblich. Die Bibel erklärt! 2. Aufl. Heft 1 und 2. Preis pro Heft 30 Pf. Dresden 1904. Verlag E. Sommer.

Karl Hoffstädt. Der Kampf um die Unfallrente und der Wert verrentenfähiger Gutachten. Preis 10 Pf. Berlin 1904. Verlag K. Hoffstädt, Uferstr. 25.

Erinnerungen an Nationalrat Stefan Gschwind in Oberö. 92 S. Verlag Birkelische Produktions- und Konsumgenossenschaft Oberö. (Schweiz).

Briefkasten der Redaktion.

Erlehen. Wenden Sie sich brieflich an den Verband. Berlin, Engel-Platz 15. — R. W. 1. Ja. 2. Nein. — S. W. 13. No. höhere Schulen. Im übrigen erwidern Sie sich bei dem Vorsteher eines Postamtes mündlich. — B. M. höchst unwahrscheinlich. — Pantof 49. Kennen wir nicht — 7654. 1. Ja. 2. Gelegentlich. 3. Nein. — S. R. 98. Ja, teuer.

Juristischer Tell.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Gebühren: 7 Mkr.

U. 26. 1. Ein Leihenträger ist dann in allen Versicherungsleistungen, wenn er seine Tätigkeit als Gehilfe der kirchlichen oder politischen Gemeinde ausübt, die alle zur Beerdigung erforderlichen Arbeiten auf ihre Rechnung durch Angehörige besorgen läßt. In diesen Versicherungsleistungen Angehörigen gehört der Leihenträger, der seine Tätigkeit nicht als selbständiges Gewerbe ausübt. Ob die Kirche oder Gemeinde ihm Accord- oder Fellsohn zahl. ist gleichgültig. Bei der Bestimmung des Leihenträgers (in Ihrem Falle die Kirchengemeinde) seine Arbeitspflicht unterläßt, so kann er zum Rückfallen für die letzten beiden Jahre gezwungen werden. Auch die Kirchengemeinde ist für das Unterlassen der Arbeitspflicht voll haftbar. Das heißt sie hat für den Fall, daß infolge der Inanspruchnahme ihrer Arbeitspflicht eine Rente nicht bewilligt werden kann, die sonst zu bewilligen gewesen wäre, die Rente selbst zu zahlen und falls durch ihre Summe eine niedrigere Rente gezahlt wird, die Differenz aus Lebenszeit des Rentenempfängers zu zahlen. Zweckmäßig ist es, neben der unpersonlichen Gemeinde die verantwortlichen Beamten persönlich in solchem Fall zu verklagen. Der Leihenträger ist möglicherweise nicht versicherungspflichtig, wenn er als Beamter angestellt ist und eine Anwartschaft auf mindestens eine Invalidenrente in Höhe der ersten Lohnklasse hat. Dieser Ausschluss von der Versicherungspflicht tritt jedoch nur dann ein, wenn solche Beamten-Kategorien auf Antrag durch den Bundesrat von der Versicherungspflicht befreit sind. Soweit und bekannt, hat der Bundesrat solche Befreiung nur für die verordneten Kirchen- und Amtsbeamten der römisch-katholischen Kirche in einigen höchsten Landesstellen gestattet. Die von Ihnen geschilderte Kategorie Leihenträger in Berlin kann von einem Bundesratsbeschluss schon deshalb nicht getroffen sein, weil sie schwerlich als Beamten-Kategorie zu erachten und sicherlich nicht in ausreichender Weise für Invalidität und Altersfälle bedacht ist. Stellen Sie bei der Invaliden- und Altersrente-Anspruch den Antrag. Ihren mit teurer Vermittlung unterirdischer Kustodien tätigen Arbeitgeber zur Versicherungspflicht heranzuziehen. 2. Sie hätten lediglich für die beiden letzten Lohnperioden nachzusuchen. 3. Ihr Pensionsreglement ist uns nicht bekannt. Sie brauchen mit einem Abzug vom Lohn für die Pensionskasse sich nicht einzulassen zu erklären, da solcher Abzug dem § 2 des Lohnbeschlagnahme-Gesetzes widerspricht, es sei denn, daß von dort her ein Abzug nicht als Lohn bezeichnet ist. 4. Ein rechtsträchtiger Anteil ist selbstredend auch gegen das Konstitutum entziehbar. Die Nichtzahlung von Lohn ist keine Unterdrückung. Sie sind wie jeder Gläubiger berechtigt, Ihren Lohn auf Grund Ihres Arbeitsvertrages einzufordern. Das sollten Sie um so eher thun, als Ihre Arbeitgeberin auch für die Fälle, in denen Bestattungsverpflichtete Ihre Arbeit ablehnen, auf einen Unterzahlungslohn (freilich zu Unrecht) Anspruch erhebt und alle Arbeiten mit Ausnahme der Sonntagsarbeit rechtlich befreit ist. — U. R. Es war im Jahre 1871.

U. R. Miller. Sie leben auch ohne besondern Vertrag außerhalb Gütergemeinschaft. Größerer Sicherheit der Ehefrau entspricht der Abschluss eines notariell oder gerichtlichen Vertrages, in dem das Eigentum der Frau anerkannt wird und Vereinbarungen getroffen werden, wie sie das Beispiel aus E. 225 Nr. 23 des dem Arbeiterrecht beigegebenen Führers enthält. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — U. S. M. 72b. 1. u. 2. Eine uneheliche Frau kann auf eine billige Entschädigung wegen Verlust der Jungfräulichkeit auch dann klagen, wenn die während des Brautstandes gemachte Bewohnung ohne Folgen geblieben ist. Ein Beispiel für solche Klage, die Sie durch einen Anwalt anstellen lassen müssen, da Sie mehr als 300 M. begehren, finden Sie S. 250 Nr. 11 des dem Arbeiterrecht beigegebenen Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. 3. Schritte bei der Behörde, um den Bedürfnis außer Diensten zu einem Beamten außer Diensten zu machen, zeigen von keiner festen Gewissung und bleiben hoffentlich ohne Erfolg. — G. M. Ja. — R. G. Welche Schreibweise des Namens die richtige ist, erhellt aus Ihrer Darstellung nicht. Sie müßten in erster Reihe feststellen, wie der Name Ihres Vaters im Kirchenbuch (Tauf- und Heiratsurkunde) geschrieben ist, dann wie Ihre und Ihrer Gemahlin Geburtsurkunden lauten. Stimmt der Name überein, so liegt ein Grund zur Änderung nicht vor. Stimmt er nicht überein, so müßten Sie sich an das Gericht oder an den Reglementspräsidenten wenden. Welche Behörde zuständig ist, kann Ihnen erst mitgeteilt werden, wenn Sie feststellen haben, welche Urkunde Sie beizubringen wollen, von wann sie datiert und wo sie aufgestellt ist. Einmalige Änderungen in den Militärpapieren, Versicherungsakten usw. sind von der Militärbehörde beziehungsweise der Polizei zu beibringen; erforderlich ist die Beibringung nicht. — J. R. 33. Ja; suchen Sie sich zu einigen. — W. S. Nitzdorf. Unterlegen Sie die Miete. In allen Fällen, in denen mehrere Anspruch auf die Miete erheben, ist allein die Hinterrangung räumlich. — M. S. 100. 1. Nur der im Jahresbetrag 1200 M. übersteigende Lohn ist wegen Forderungen mit Ausnahme der Alimenten- und Steuerforderungen pfändbar. 2. Nein; für eventuelle Straffälle. 3. Ja. 4. Nein. 5. Als angemessene Schwankt die Gerichtsschätzung zwischen 6 und 20 M. Wenden Sie sich an den Verein der Hebammen. 6. Am Falle 4. Ja. — G. P. 100. 1. Ja. 2. Ein persöhnliches Erbsuchen in D. kann erforderlich werden. Der Vater ist bei dem Antisigier seines Wohnorts zu verklagen. — M. P. Geleite können gegen einander Diebstahl nicht begehen. Der Obermann kann auf Herausgabe seiner und der seiner Verwaltung unterliegenden Sachen seiner Ehefrau klagen. — W. M. Leber nicht. — G. O. 100. Sie sind persönlich für Schadensersatz haftbar. Ein Rücktrittrecht besteht nur, wenn es vereinbart ist. — 12-jähriger Abmottener. 1. Nein. 2. Eine Klage wäre erfolglos: Der Antisigier ist im Recht. — G. R. 17. In der Regel werden dementige Akten 30 Jahre lang aufbewahrt. — M. S. 95. 1. Der uneheliche Sohn erbt seinen Vater nicht. 2. In der Regel nein.

Wasserstand am 10. August. Elbe bei Kuffig + 0,86 Meter, bei Dresden + 2,23 Meter, bei Magdeburg + 0,05 Meter. — Unstrut bei Schulpfort + 0,75 Meter. — Döber bei Ratibor + 0,50 Meter, bei Bredlau Ober-Regel + 4,20 Meter, bei Bredlau Unter-Regel + 1,81 Meter, bei Frankfurt + 0,17 Meter. — Weichsel bei Brachmanne + 1,68 Meter. — Warthe bei Posen + 0,22 Meter. — Rabe bei Ulf + 0,30 Meter.

Witterungsübersicht vom 11. August 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur in C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur in C
Zwinnende	761	W	1 wolfig	14	Capranza	750	SW	—	11
Damburg	761	SW	1 wolfig	14	Petersburg	753	SW	1 wolfig	12
Berlin	762	SW	1 wolfig	16	Forst	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	761	ONO	3 wolfig	16	Herberden	757	ONO	3 bedekt	12
München	763	EO	2 heiter	16	Paris	760	R	2 wolfig	14
Wien	769	SW	—	17					

Wetter-Prognose für Freitag, den 12. August 1904. Wärmer, zunächst vorwiegend heiter mit schwachen südlichen Winden; später mäßig und etwas Gewitterregen.

Fünftehnter internationaler Bergarbeiter-Kongress.

Paris, 9. August.

Zweiter Verhandlungstag.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Der Kongress erstrebt auf gefeßlichem Wege die Einführung des Achtstundentages“ erhält das Wort

Stanley-England. Er empfiehlt die vorliegende Resolution zur einstimmigen Annahme. Die Frage sei bis jetzt noch auf allen Kontinenten besprochen worden, darum halte er heute eine ausführliche Besprechung für überflüssig. Wenn in England bis heute noch kein Erfolg bezüglich des Achtstundentages im Parlament erzielt wurde, so halten wir doch an dieser Forderung fest und werden sie alljährlich von neuem stellen. Der Achtstundentag sei für die Bergleute durchaus notwendig und auch durchführbar. Von der heutigen Regierung sei allerdings nicht viel zu erhoffen, aber die englischen Arbeiter haben die Hoffnung, daß das heutige Regierungssystem recht bald gestürzt werde, an dessen Stelle eine Regierung trete, die auch Gesetze für die Arbeiterschaft schaffe. Die letzten Wahlen in den Bergwerksdistrikten haben schon gezeigt, daß eine Wendung zum Besseren eintritt. Leider seien sich die beiden großen englischen Bergarbeiter-Organisationen in dieser Frage immer noch nicht einig, doch auch hier seien Fortschritte zu verzeichnen, so daß die definitive Einigung nur noch eine Frage der Zeit sei. Als besonderen Fortschritt begrüßt er die jetzige Vereinigung der Bergleute zweier Kontinente, die, so vereint, keine zu unterschätzende Macht bildeten. Er hofft, daß alle nationalen Organisationen an ihre Parlamente herantreten, damit diese Forderung, die von den Bergleuten aller Länder erhoben wird, auch recht bald realisiert wird.

Edward-Frankreich hält eine ausführliche Besprechung dieser Forderung für nicht notwendig, da nun schon 15 Jahre über den Punkt diskutiert werde und in allen Ländern volle Einigkeit herrsche. Er freut sich, daß zwischen den beiden englischen Föderationen in der Frage des Achtstundentages eine einheitliche Anschauung Platz gegriffen hat und hofft, daß die englischen Bergarbeiter-Abgeordneten im Parlament in Zukunft für die Achtstundentag stimmen würden. In Frankreich ist ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Dem Senat liegt ein Gesetzentwurf vom 6. Februar 1902 vor, nach dem sofort nach Annahme durch den Senat und der Sanction durch den Präsidenten direkt der Achtstundentag für die Bergleute eintritt. Nach zwei Jahren wird die Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden und nach wiederum zwei Jahren auf 8 Stunden verfürzt. Die Arbeitszeit beginnt, sobald der letzte Korb unten ist, und dauert bis zum Beginn der Ausfahrt, dauert also in Wirklichkeit immer noch mehr als 8 Stunden, aber dennoch ist das gegen heute ein großer Fortschritt. Bei der Beratung dieses Gesetzes haben die sozialistischen Abgeordneten in der Kammer ihre volle Pflicht erfüllt. Die nationalen Organisationen mühen sich danach, daß sie immer mehr Einfluß auf die Gesetzgebung in ihren Ländern bekommen, dann würden sie den Achtstundentag auch bekommen.

Pokorny-Deutschland: Die vorliegenden Resolutionen zwingen mich, trotz der kostbaren Zeit, noch einige Bemerkungen zu machen. Die englische Resolution sagt nur, daß der Kongress sich für eine „angemessene Arbeitsverfürzung“ ausspricht, während die französische den Achtstundentag fordert. Was heißt es: „eine angemessene Arbeitsverfürzung?“ Wir erstreben die englische Resolution nur ein Verlegenheitsprodukt. Man will etwas fordern, aber man traut sich nicht, den Achtstundentag unbedingt zu fordern, weil sie sonst mit ihren eignen Kollegen in Konflikt kämen. Wir stimmen darum für die französische Resolution, die prächtiger abgefaßt ist. Die deutschen Kapitalisten halten eine Arbeitsverfürzung von 3-5 Minuten für „angemessen“. Darum fordern wir für alle Bergleute, für die oberirdischen sowohl als für die unter-

irdischen, den Achtstundentag. In Deutschland haben wir in jedem Revier eine andre Arbeitszeit, die zwischen 8 1/2-12 Stunden schwankt. Hier kann nur durch eine gesetzliche Regelung Gleichmäßigkeit geschaffen werden. In den deutschen Parlamenten haben die Gegner unserer Vertreter, als sie den Achtstundentag forderten, entgegengehalten, die „praktischen“ Bergarbeiterführer von England seien gegen den Achtstundentag. Die englischen Bergarbeiterführer im Parlament haben der internationalen Bewegung mit ihrer unverständlichen Stellung zum Achtstundentage einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Um solcher Quereiberei ein Ende zu machen, ersucht er die englische Delegation, ihre Resolution zurückzugeben und ebenfalls für die französische Resolution zu stimmen.

Cherz-Oesterreich bespricht die Einführung des gefeßlichen Achtstundentages und weist nach, wie die Kapitalisten doch das Gesetz übertreten. Er hält eine starke Gewerkschaft für die beste Garantie des Achtstundentages.

Marville-Belgien hält eine ausführliche Besprechung wohl für notwendig, da die Frage noch nicht genügend geklärt sei. Für die belgischen Bergleute sei die Forderung des Achtstundentages die wichtigste von allen, denn in Belgien herrsche die längste Arbeitszeit. Belgien ist das Paradies der Kapitalisten. Es bestehe ein Gesetz, das die Frauenarbeit und die der Jugendlichen regelt, aber sonst keinerlei Beschränkung der Arbeitszeit kennt. Kinder von 12 Jahren werden auf den Gruben beschäftigt, wenn auch täglich „nur“ 10 Stunden. Frauen unter 21 Jahren dürfen heute nicht mehr einfahren und nehme die Frauenarbeit in den letzten Jahren auf den Gruben sehr ab. Vom gesundheitlichen Gesichtspunkt aus sei der Achtstundentag notwendiger als jede andre Reform. Bekannte Aerzte machten verschiedene Versuche, um die Ursache der hohen Krankenziffer festzustellen, aber daß die Hauptursache in der langen Arbeitszeit liegt, scheinen sie nicht begreifen zu wollen. Man sollte nur mal einen Versuch machen mit der Verfürzung der Arbeitszeit, der Erfolg auf hygienischem Gebiete würde sicherlich nicht ausbleiben.

Darauf werden die beiden Resolutionen zum Achtstundentag gegen die Stimmen der Döcherer angenommen.

Wittlerweisse hat die Mandatsprüfungs-Kommission ihre Arbeiten erledigt und erstattet Bericht. Anwesend sind 77 Delegierte, die 2 969 000 Arbeiter vertreten. Auf die einzelnen Nationen entfallen: England 45 Delegierte, die 549 000 Bergleute vertreten, Deutschland 13 Delegierte (680 000 Arbeiter), Frankreich 7 (100 000 Arbeiter), Belgien 9 Delegierte (130 000 Arbeiter), Amerika 2 Delegierte (500 000 Arbeiter), Oesterreich 1 Delegierter (12 000 Arbeiter).

Es folgt dann noch die einstimmige Annahme einer Sympathie-resolution für die streikenden Bergleute in Colorado. Darauf Schluß der Morgensitzung.

Paris, 10. Juli. (W. T. G.) Der Internationale Bergarbeiter-Kongress nahm den französischen Vorschlag an, betreffend verschiedene hygienische Maßnahmen in den Bergwerken zur Bekämpfung der Bournkrankheit.

Eine Central-Kommission der Krankenkassen ist in Paris z. g. gebildet worden. Zunächst sind ihr fünf Kassen beigetreten.

Kirchenklauen.

Seit vielen Jahren führt das in Köln erscheinende Organ des Allgemeinen Organistenvereins „Der Organist“, Klage über die miserable Entlohnung der Kirchenproletarier. Wesentlich gebessert, so daß die Organisten zufrieden sein könnten, hat sich die Lage der Leute nicht. Dennoch wird das Blatt sein Erscheinen einstellen. Der Redakteur, Domorganist J. Rodenkirch, teilt dies den Mitgliedern in folgendem Rundschreiben mit:

Allgemeiner Organistenverein.

Köln, Datum des Poststempels.

Wegen eingetretener Schwierigkeiten besonderer Art sehen wir uns leider zu der Mitteilung veranlaßt, daß unser Verbandsorgan „Der Organist“ nach neunjährigem Bestehen sein weiteres Erscheinen einstellen muß.

J. A. des Vorstandes

J. Rodenkirch, Domorganist.

Das ist kein natürlicher Tod, sondern eine Erdrosselung. Die „Schwierigkeiten besonderer Art“ bestehen, wie die Rheinische Zeitung, unser Kölner Parteiblatt, mitteilen in der Lage ist, darin, daß man dem Redakteur und Organisten am Dom zu Köln, Herrn Rodenkirch, zu verstehen gegeben hat, daß er entweder die Redaktion oder die Stelle als Domorganist niederlegen müsse. Der Gemahregelte hat in dem Blatte die Interessen seiner geplagten und schlechtbezahlten Berufskollegen in einer Weise vertreten, die „oben“, bei den Kirchengewaltigen, Anstoß erregte. So hat er die traurigen Verhältnisse eines Organisten dargelegt, der — erst nach seinem Tode „pensioniert“ wurde. So erbaut man die Organisten der einzigen Waise, durch die sie sich gegen Ausbeutung und Mißachtung, wenn auch schlichtern, zur Wehr setzen konnten. Durch Stockprügel auf den Magen macht man die Jünger der heiligen Cäcilia mundtot und wehrlos. Das ist katholische Socialpolitik.

Aus der Frauenbewegung.

Miersdorf. Der Verein für Frauen und Mädchen hielt Montag, den 8. d. M., seine Mitgliederversammlung ab. Herr Stadtverordneter Dr. v. Borchardt-Charlottenburg hielt einen Vortrag über Arbeitslosen-Versicherung, woran sich eine längere Diskussion schloß. An Stelle der Frau Klinger, die ihr Amt niedergelegt hat, wurde Frau Driest als Vizepräsidentin und Hilfspresidentin gewählt. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschloßen, am 10. September einen Familienabend zu veranstalten, bestehend aus Konzert, Vorträgen der Norddeutschen Sängergesellschaft und Tanz.

Ueber studierende Frauen an der Berliner Universität wird berichtet, daß im Sommer 308, im letzten Winter 507 Frauen als Hörerinnen zugelassen waren. Vier Damen wurden bei der philosophischen Fakultät zu Doktoren promoviert.

Marktpreise von Berlin am 10. August. Nach Ermittlungen des Igl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**), gute Sorte 17,00-17,50 M., mittel 17,50-17,45 M., geringe 17,44-17,40 M. Roggen**), gute Sorte 13,95-13,94 M., mittel 13,93-13,92 M., geringe 13,91-13,90 M. Futtergerste*), gute Sorte 14,50-14,10 M., mittel 14,00 bis 13,90 M., geringe 13,80-12,60 M. Hafer**), gute Sorte 16,10-15,70 M., mittel 15,60-15,00 M., geringe 14,90-14,30 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00-28,00 M. Speldeböhlen, weisse 50,00-26,00 M. Linen 60,00-25,00 M. Kartoffeln, neue, 11,00-8,00 M. Richtiges 4,50-4,00 M. Haer 8,50-8,00 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,60-2,00 M. Eier per Schock 4,00-2,40 M. *) Drei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Soziales.

Ueber die Verteilung des Arzthonorars bei der Orts-Krankenkasse München im ersten Quartal seit Einführung der freien Arztwahl giebt der Verwaltungsbericht der Kasse an, daß 300 bis 400 Aerzte von den Kranken in Anspruch genommen wurden. Es bezogen aber 59 Aerzte zwei Drittel des Honorars und die übrigen mühten sich in das letzte Drittel teilen. Eine genauere Scheidung würde wahrscheinlich ergeben, daß auch unter den 59 bevorzugten Aerzten nur ein kleiner Teil erhebliche Einnahmen aus der Kassenpraxis hat.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania.

Taubenstr. 48/49.

Um 8 Uhr im Theater:

Die Weltausstellung in St. Louis.

Hierauf: Der Gardasee.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Theater.

Freitag, 12. August.

Anfang 7 1/2 Uhr:

Neues königl. Opern-Theater.

Der Vogelhändler.

Belle-Alliance. Gastspiel von Emil Winter • Lyman's Humoristen.

Anfang 8 Uhr.

Schiller O. (Wallner-Theater.)

Der Troubadour.

Wetten. Liebeshandel.

Berliner. Hoftheater.

Neues. Einen Jux will er sich machen.

Residenz. Die 300 Tage.

Kleines. Nachtasyl.

Metropol. Ein tolles Jahr.

Apollo. Venus auf Erden. Specialitäten.

Hercules-Theater. Nur eine Nacht.

Im andern Morgen.

Stadt-Theater-Moskau. Der reiche Lusteloh.

Reichshallen. Stettiner Sängerkorps.

Vasage-Theater. La belle Georgette.

Specialitäten. Anfang 5 Uhr.

Urania. Taubenstr. 48/49.

Die Weltausstellung in St. Louis.

— Der Gardasee.

Invalidentraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater). Moritz-Oper.

Freitagabend 8 Uhr:

Gastspiel Heinrich Bötel.

Der Troubadour.

Sonnabendabend 8 Uhr:

Der polnische Jude.

Sonntagvormittag 3 Uhr:

bei hohen Preisen:

Zar und Zimmermann.

Sonntagabend 8 Uhr:

Robert der Teufel.

Der Sommergarten ist eröffnet.

Im Garten des Schiller-Theaters N.

täglich großes Militär-Konzert.

Metropol-Theater

Der grösste Erfolg dieses Jahres:

Ein tolles Jahr.

Gr. dramatisch-satirische Revue

in 5 Bildern von Julius Freund.

Musik von Victor Hollaender.

Anfang 8 Uhr.

Rauchen überall gestattet.

Passage-Panoptium.

Das Bärenweib, lebend.

Der 18-jährige Rosenknaab.

Der lange Josef.

217 cm gross.

Nada und Moemes.

Godankenlöser.

Der Leichenfund.

Agg, die schwebende Jungfrau.

Alles ohne Extra-Entree.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Der unverwundbare Fakir!

Italienisches Original-Orchester.

Damen und Herren.

Der Kampf um Port Arthur.

gr. akt. Spektakel-Schauspiel.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN.

Täglich nachmittags ab 5 Uhr:

Militär-Doppel-Konzert.

Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 M.

Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

In der Arena: Der See-Elefant.

Eintritt vom Garten 20 M., von

der Straße 30 M., Kinder unter

10 Jahren die Hälfte.

Charlottenburg.

Sonntag, den 14. August 1904, im „Volkshaus“, Rosinenstraße Nr. 3:

Grosses Sommer-Fest

veranstaltet von den Parteigenossen Charlottenburgs.

Garten-Konzert. ♦ Komische Vorträge vom Berliner Ulk-Trio

und Theater-Aufführungen vom Theaterverein „Fidelitas“.

In den Sälen: Tanz. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet. Billig 25 Pf. Um zahlreichem Besuch bitten. Das Komitee.

Neue Freie Volksbühne.

Morwitz-Oper (Schiller-Theater O.)

Sonnabend, den 13. August 1904, abends 8 Uhr:

Der polnische Jude.

Volksoper von Karl Weis.

Billets für Mitglieder a 90 Pf., für Gäste a 1,10 M. (Parkett-

Fauteuil, I. Parkett, I. Rang und Logenplätze) sind an den Zahl-

stellen von Bobzien, Kommandantenstraße 62; Kaufhold,

Wrangelstraße 52; Becker, Gotzkowskystraße 9, sowie beim

Kassierer zu haben.

I. A.: Heinrich Neft, Kassierer, Veteranenstr. 6.

150/18

Max Klien's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: Paul Milbitz.

Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.

Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten

Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

2 hochlegante Regelbahnen, Würfelbahnen, Rondforen, Stummstand etc.

In den Sälen:

Grosser Ball.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.

Einen Jux will er sich machen.

Anfang 8 Uhr.

Morgen: Einen Jux will er sich machen.

Bernhard Rose-Theater

Gelbbrunnen, Badstraße 58.

Täglich das Sensations-Programm:

Lumpacivagabundus

Große Zauberposse mit Gesang in

6 Bildern von Restrop.

Paul Corabini, Arthur Wolf.

Powel u. Powel, Die Marinos.

Ein Neubau mit Hindernissen

Im Saale: Ball.

Anfang 4 1/2 Uhr.

Entrée 30 Pf. Rumerleier Platz 50 Pf.

Central-Theater

8 Uhr: Einakterabend und Freit

Reuters Werten: 1. Die Kameelen.

2. Räuber und Niemeis. 3. Dame

Miles Abschied. 4. Jochen Böfel.

5. Bräutigam letztes Ständlein. 6. Ein

keiner Beamter.

Emil Richard, Igl. Hofschauspieler, a. B.

Morgen und folgende Tage: Die-

selbe Vorstellung.

Residenz-Theater.

Heute und folgende Tage 8 Uhr:

Die 300 Tage.

Schwank in 3 Akten von Paul Gécault

u. Robert Charbon. Deutsch v. H. Palm.

Herr Richard Alexander in der

Hauptrolle.

Passage-Theater.

La belle Georgette,

Flammen- und Radlum-Tänzerin.

Naniva, japanische Truppe.

Vierzehn erstklass. Nummern.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.

Konzert, Theater, Specialitäten.

Vollständig neue Spielfolge.

Extra-Tanz, Kaffeeküche.

Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Donnerstag, 18. August: Benefiz

für Jokosa, Böttstein, Zaunert.

Sonnabend, der 27. August.

für Berline frei.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.

Durchschlagender Erfolg

des erstklassigen August-Programms:

Lustspiel! Posse! Komische Oper!

Dazu die erstklassigen Specialitäten.

Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche v. 3 Uhr ab.

Bei schlechtem Wetter Vorst. im Saal.

Etablissement Bugenhagen

Moritzplatz.

Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.

Im großen schattigen Natur-

garten jeden Abend 8 Uhr:

Konzert.

Dienstag, Donnerstag, Sonntag:

Führmann-Wald-Sänger.

Sonnabends im Kaffeesaal: Tanz.

Trianon-Theater.
Wieder-Eröffnung
Sonnabend, 13. August.
Die Notbrücke.

Gebürder
Herrfeld-Theater.
(XIII. Berliner Winter-Saison.)
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Götze.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Beide Stücke mit dem Antoren
Anton und Donat Herrfeld in den
Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Eröffnung
7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder
Saal:
Korsts
Norddeutsche
Humoristen
und
Quartett-Sänger.
Auf: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Berliner Präler
Theater
Kastanien-Allee 7-9
Heute: Benefiz für den
Kassier Herr A. Soelen.
Das Mädel ohne Geld.
Satanollo-Trio. Wardenis.
Grigolati-Truppe. Konzert.
Ball, Specialit. Anf. 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Rum. Pl. 50 Pf.

Sansouel.
Kottbuscher Thor - Stat. der Hochbahn
Täglich im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Nach der Solree:
Tanzkränzchen.
Neu! Zum Schluss: Neu!
Unser Kind.

Reichshallen-Theater.
Nun wieder täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Vorwärts - Buchhandlung
SW. Lindenstraße 69, Laden.
Hauptbehrlich für Ausflügler!
Spezialkarten
der näheren Umgebung Berlins.
Bernau-Biesenthal, Lanke, Piepenitz-
und Wandlitz-See 1,00 M.
Buckow am Sähermühl-See (Nä-
hliche Schweiz) nebst Führer 0,75 M.
Köpenick-Friedrichshagen, Wol-
tertdorf, Griner-Schmüdow, Kö-
nigs-Butterhausen-Rittenwalde 0,75 M.
Eberwalde, Freienwalde-Oberberg 1,25 M.
Eberwalde, Jagdschloß Hubertus-
hof, Kloster Thorm 1,00 M.
Freienwalde und nähere Umgebung
nebst Führer 1,00 M.
Freienwalde, Briesen, Oberberg 1,00 M.
Grünwald und westliche Vororte
Berlins 1,00 M.
Potsdam, Stadtplan mit nächster
Umgebung nebst Tourenverzeichnis 0,75 M.
Potsdam und Werder 1,00 M.
Spreewald in praktischem Touren-
führer 0,75 M.
Strausberg und der Blumenthal 1,00 M.
Tegel - Heiligensee, Schulendorf,
Dernsdorf, Haselhorst und Haden-
felde 0,75 M.
Ferner empfehlen als sehr praktisch:
Taschenatlas von Berlin und Um-
gebung, enthaltend 21 Karten und
Pläne mit Führer, leichthandliches
Format 2,00 M.
Wanderbuch für die Mark
Brandenburg, 3 Bände, Zu-
sammen 5,00 M.
I. Teil: Nähere Umgebung Ber-
lins, umfasst die Gegend von
Potsdam, Spandau, Dranienburg,
Königs-Butterhausen 1,50 M.
II. Teil: Westliche Hälfte der Um-
gebung Berlins bis Brandenburg
a. N., Stenbal, Tangermünde,
Neu-Ruppin, Neu-Strelitz 1,50 M.
III. Teil: Westliche Hälfte der Um-
gebung Berlins bis Eberwalde,
Frankfurt a. O., Schmedt, Ruffin,
Nübbin, Spreewald, Müstau 2,00 M.
Diese Wanderbücher bieten prächt-
volle Schilderungen der Mark, viele
detaillierte Karten und Pläne und
sind so dem Wanderer ein zuverlässiger
Führer und Berater. 204/11*

!! Von 36 Mk. an !!
Herrenanzug n. Maß, neueste Muster,
großes Stofflager, feinste Qualitäten,
2 Anproben. Für guten Sitz bekam
goldene Medaille Ludwig Engel,
Frenzlanerstr. 23 II (Alexanderplatz).
Gegründet 1892. 203b

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und **Specialitäten-**
Vorstellung.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Freitag, den 12. August cr., abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des
„Gewerkschaftshauses“, Engel-Ufer 15:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Bericht und Wahl der Delegierten zur Gewerkschafts-
kommission. 3. Antrag betreffend verlorren gegangener Marken.
Mitgliedsbuch mitbringen!
Das Erscheinen aller Kollegen erwartet
Die Verbandsleitung. J. A.: Emil Thöns.

Vergolder!
Filiale Berlin.
Montag, den 15. August cr., abends präcise 8 Uhr, in den Kamin-
hallen (großer Saal), Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Ad. Ritter über: Die kulturelle Be-
deutung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung.
2. Diskussion. 3. Abänderung des Regulativs der lokalen Arbeitslosen-
Unterstützung für Berlin. 4. Verschiedenes. 227/1
Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung zu er-
scheinen.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Achtung! Einseher. Achtung!
Sonntag, den 14. August, vormittags 10 Uhr,
finden in den bekannten Lokalen die
Bezirks-Sitzungen
statt. - Zu beachten! Es werden in allen Bezirken die ausgedehnten
Angehörigen wieder eingezogen, und werden die Kollegen, die selbige noch
nicht ausgefüllt haben, aufgefordert, dies bestimmt am Sonnabend überall
nachzuholen.
Regelmäßige Beteiligung erwartet
Die Kommission.
Montag, den 15. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15 (Saal 2):
Kommissions-Sitzung.
Der Obmann.

Plüsch-Portieren,
gestickt, alle Farben, a Garnitur,
bestehend aus zwei Shawls und
einem Lambrequin
a 25, 15 bis 10 M.
Velvet-Portieren, mit Tuch
appliziert, sehr preiswert.
Vorjährige Muster und Restbestände fast für die
Hälfte des Preises.
Teppich-Haus
B. Hurwitz, Rotes Schloss,
vis-à-vis dem National-Denkmal. 5890L
Telephon I, 8311.

Dr. Schönemann | **Dr. Simmel,** Prinzen-
Specialarzt für Haut, Horn- und | Str. 41,
Frauenleiden. Seydelstr. 9. | (191)*
Sachentags 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8. | Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Allen Verwandten, Freunden,
Kollegen und Bekannten die
traurige Nachricht, daß meine
liebe Frau, meine gute Mutter,
Schwieger, Schwägerin und Tante
Frieda Werner
geb. Kade
am 10. August 1904, morgens
9 1/2 Uhr, nach langen, schmerz-
vollen im Alter von 45 Jahren
sanft entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bitten die
Hinterbliebenen.
Kizdorf, Hermannstr. 53.
Bruno Werner
als Gatte.
Hans, Grethe, Fritz
als Kinder.
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 14. August 1904, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle des
Kizdorfer Gemeinde-Friedhofes,
Kariendorfer Weg, aus statt.

Danksagung.
Allen Verwandten, Bekannten und
Kollegen für die herzliche Teilnahme
und reichen Kranzsenden bei der
Beerdigung meines lieben Mannes,
unsern guten Vaters, des Arbeiters
Johann Trudnowski
den herzlichsten Dank. 59092
Witwe Trudnowski nebst Kindern.

Prosit! Böhmisches Brauhaus.
BERLIN.

Empfehlen unser helles u. dunkles
Tafelbier:
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen
Kolonialwaren-Handlungen. 5909L*

Fritz Wilkes Festsäle, Brunnenstr. 188,
dicht a. Rosenthal, Thor.
Amt III 6825.
Säle, Vereinszimmer u. Garten, 40-500 Berl. Maß, Bühne m. 28 Vorwandl.,
noch an Wochenenden, Sonnabenden u. Sonntagen zu vergeben. [59702*
Prima Weissbier. ♦ Vorzügliche Küche. ♦ Koulanteste Bedingungen.
Großes Eck-Restaurant und Destillation,
Berlin W.
mit zwei Regelfahrern, Centralheizung usw., ohne Konkurrenz, noch
in Rotem Betriebe, in dessen nächster Umgebung zur Zeit größere
Rebauten ausgeführt und solche bis auf weiteres gebaut werden,
ist an ordentliche, solide und zahlungsfähige Leute sofort zu vermieten.
Näheres im Comptoir **G. Otto Richter,** W. 15., Lietzenburgerstr. 15.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Pfanbleihhaus Weidenweg 19
verkauft spottbillig verlässliche Pfan-
der: Betten, Bettmöbelle, Bett-
decken, Herrenanzüge, Damenschürzen,
Herrenkleiden, Damenkleiden, Schürzen,
Korsetts, Trauerkleid, Jodelanzüge,
Damenkleid, Steppdecken, Gardinen,
Teppiche, Regulatoren, Hochschwinger,
Spiegel.
Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, partiere. 437*
Dachbörche Herren-Anzüge,
Baletois, Bettmöbelle, vorjährig aus
feinsten Rohstoffen, spottbillig. Deut-
sches Verlagshaus, Jägerstraße 63,
eine Treppe. 2355R*
Neue zu Raddentleiden, reine
Wolle, verkauft schleunigst Reiter-
handlung Lichtbergerstraße 9.
Teppiche! (sehrbillig) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Brunn, Gaderer
Markt 4, Bahnhofsstraße. 142/12*
Teppiche, Gardinen, Plüschportieren,
Steppdecken, Dünanden, Lampen-
stoffe, spottbillig Räumungsgüter.
Conrad Fischer, Potsdamerstraße 100.
Möbel. Ganze Wohnungs-
einrichtungen auf Teilzahlungen höheren
Preisen bei ganz geringer Anzahlung
zu billigen Preisen, liefert die Möbel-
fabrik August Krause, Schützenstr. 72,
kein Laden, Verkauf vorn 1 und im
Hintergebäude. 2321R*
Teppiche mit farbenreichen Zabel-
miederlagen Große Frankfurterstraße 9,
partiere. 437*
Fahrräder, Teilzahlungen, hundert-
fünfzehn Mark, Invalidenstr. 148
(Eingang Bergstraße), Stall-
straße 40, Große Frankfurterstraße 66.
Spottbillig, Teppiche, Betten,
Steppdecken, Gardinen, Portieren,
Remonturarbeiten, Uhren, Regula-
toren, Möbel, Spiegel, Silber. Teil-
zahlungen Reanderstraße 6. Teilzahlungen
gestattet. 18/3*

Ringschiffchen, Hobbin, Schnell-
näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00,
gedruckt 12,00, Köpferstraße 60/61,
Frenzlanerstraße 50/60 und Große
Frankfurterstraße 43 437*
Nähmaschinen. Vergüte bis 10 M.,
mer Teilzahlungen Nähmaschine kauft
oder nachweilt. Alle Systeme, Woche
1,00. Postkarte bitte. Lieferung sofort.
Borchert, Kariendorferstraße 50. 117/17*
Nähmaschinen, gedruckte,
Wheeler-Wilson von 8 Mark und
Langschiff von 10 Mark an. Well-
mann, Gollnowstraße 26. 2329R*
Cigarren - Restpartien pro Kiste
24, 24, 24 u. verkaufen Gollow u.
Gollow, Spandauerstraße 7, eine
Treppe. 1955
Restaurations-Verkauf. Ich be-
absichtige meine seit 19 Jahren in
meinem Besitz befindliche Restauration
ander Unternehmungen halber zu
verkaufen. A. Freyer, Kizdorf,
Hietzenstraße 69. 1825
Steppdecken billigst feinst Große
Frankfurterstraße 9, partiere. 437*
Zelten wiederkehrende Gelegen-
heit, Postkarte 3,-, Kleiderkasten
14,-, Spiegel 2,-, Aufschlüssel-
kasten 3,-, Nähmaschine 14,-,
Chaiselongue 16,-, elegante Tisch-
lampe 45,-, elegante Salonlampe
95,-, Schränke, Bilder, Steppdecken,
Teppich 5,-. Gelegenheits für Braun-
schweig. Geflügel kann haben. Wohnung
vermietbar. Köpferstraße 126a, I.
Nähmaschinen aller Systeme,
ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Fünf
Jahre Garantie. Unterricht im
Sticken, Stöpfen gratis. Postkarte
genügt. Bienerstraße 6, Kär-
nerstraße 113, Bellinzanestr. 78. 2955
Fahrrad, fast neu, 50,00, verkauft
Raumstraße 38, Letz. 2945
Halbrenner „Wanderer“, nur für
Stenner, nur 220 Mark, sehr 90 Mark,
französischer, abends 7 Uhr, Köpfer-
straße 25, Silber. 474*
2 Bettstellen mit Matrassen verkauft
Belohlant, Kariendorferstraße 17.

Sofa, größte Auswahl, von
21 Mark an, direkt in der Fabrik
Blumenstraße 35b. 2361R*
Grüntrom-Geschäft ist zu ver-
kaufen, Preis 650,00, Wienerstraße 59a.
Möbel billig abzugeben, zu jedem
Preis, Reichenbergerstraße 37, Höfer.
Strahenhändler! Börsenmäßig
zwei Centner reinen Schleuderhonig
hat abzugeben Frischstahl, Braun-
straße 10. 462
Schmuckgeschäft, gutgehend sofort
zu verkaufen. Zu erfragen Partien-
redaktion, Kärnerstraße 24, Kachle.
Aquarium mit Fischen und
Pflanzen zu verkaufen. Regel, Schöne-
berg, Eberstraße 29a, Cuergelände IV.
Abends 7 Uhr ab. 4115
Verschiedenes.
Unfallversicherungs-Bureau Vuhner,
Steglerstraße fünfundsiebzig. 2375R*
Rechtsbureau (Alexander-Platz),
Kurzestraße achtzig! Erprobter
Prozessbeistand! Ehestiftungen, Inter-
ventionen, Strafsachen! Eingaben-
gesuche! Kartentellung. 117/15*
Rechtsbureau! (Andreasplatz),
Ordnungsweg vierundneunzig. Lang-
jähriges! Erfolgsreiches! 2495*
Rechtsbureau, Kartentellungen,
Strafsachen, Eingabengesuche, Unfall-
sachen. Veltch, Brunnenstraße 97.*
Rechtsbureau! Brunnenstraße
vierzig. Langjähriger Prozessbeistand,
Eingabengesuche, Kartentellung. 2665*
Patentanwalt Dammann, Kran-
nenstraße 57, Moritzplatz. Rat in
Patentsachen. 2545*
Wer Stoff hat? Fertige Herren-
anzüge mit Futterlagen 15,00. Wagner,
Schneidemeister, Lichtbergerstraße 9
(Ballhofstraße). Auswahl Anzüge
reicht billig. 297*
Aufpflanzung! Sofa 5,00, Matr. 2
4,00, auch anhem. Hause. Bachmann,
Blumenstraße 35b. 2358R*

Pfanbleih Marktstraße 27, 2190
Fahrräderverkauf, Möbel, Platinen-
Beschlag, Rasen, Schönhauser
Allee 163a. 2395R*
Marina, alle Goldschmied, Prun-
gold, Silber, Gebisse, alle Uhren,
Maltgold, Kehrholz, Staubgold, laßt
Goldschmelze Prob, Drangelstraße 4.
Handwärmer mit Kopf, frisch in
Spiritus eventuell Wasser, kaufen a
2 Mark Annua, Invalidenstr. 105.
Sonnabend, den 13. August:
Großer Fest-Abend bei Wernau,
Schwedterstraße 23. Verlangt werden
Lachs- und Bierkellner-Spieler.
Bereinszimmer, renoviert, vierzig
Personen, Platinen Kommandanten-
straße 65. 2366R*
Pfanbleih, Prinzenstraße 63,
Ede Innenstraße, täglich 8-8, Son-
tags bis 2 Uhr geöffnet. 2445R*
Fahrräder - Beschlagung billig.
Frankfurterstraße 14, Rämmeritz. 445
Fahrräder-Reparaturen, sorgfältig
und billig, Frankfurterstraße 14, Räm-
meritz. 445
Kleine Vereine oder Gesellschaften,
welche sich an einer Dampferpartie
am 21. oder 28. August beteiligen
wollen, können sich beim Gastwirt
Schmidt, An der Stralauer Brücke 1,
melden. 2444R*

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle, auch Teil-
nehmer zum möblierten Zimmer,
Dresdenerstraße 58, III rechts. 27415
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Vollhumorist Schmeißer, Kärner-
straße 10. 4104*
Stellenangebote.
Einseher sucht sofort Baustiftler.
Heinemann, Schulstraße 71. 2925
Vader für Goldschmied sucht Bar-
thels, Michaelstraße 17. 2975
Bilderrahmenmacher verlangt
Hofstraßenstraße 21. 2995
Lehrer auf Trefores und
Sportstätten in und außer dem Hause
verlangt Heinrich Lemm, Ritter-
straße 45. 2886
Tüchtiger Bilderrahmenmacher,
der geeignet ist, später die Werk-
führerstelle zu übernehmen, wird er-
wartet. Offerten Q 8 an die Ex-
pedition. 2966
Steinmeyer. Ein durchaus tüch-
tiger Stein-Steinmetz findet Be-
schäftigung. A. Jabel, Schönhauser
Allee 167a. 2975
Vorsatzgold auf Unterarbeit
für Kisten und Schleifen G. Joers,
Falkenstraße 28. 4715
Karton - Arbeiterinnen, geübte,
verlangt Neumann, Stallstraße 23a.
29715
Kartonsarbeiterinnen, geübte, für
dauernde Beschäftigung. Weissen-
hagen, Stallstraße 58. 2135*

Kunstschnitzer.
Ein durchaus tüchtiger Schnitzer,
stark auf Entwürfen für Glaschloß,
Schloßschloß etc., bei hohem Lohn und
dauernder Stellung sofort gesucht.
Schilder-Fabrik Borgmann
Düsseldorf. 20/5*
Tüchtigen
Klempner
überlässig, deutsch sprechend, für
Dosenfabrikation vollständig perfekt,
sucht eine Konfirmandenfabrik. Ad-
ressenliste. Dauernde Stellung! In-
teresse! Gehaltsanfrage und
Requisiten-Abfragen erbeten unter
H. U. 861 an Postamt u.
Bogler H. G., München. 100/14*
Musikinstrumenten-Arbeiter!
Die Pianino-Fabrik von
A. Gast & Co.
Frankfurter Allee 117a
ist wegen Lohnminderungen für alle
Branchen **gesperret.** 144/17*
Zusatz streng fernzuhalten!
Fachverein der Musikinstrumenten-
Arbeiter.
Achtung, Tischler!
In der Genossenschaft „Union“,
Frenzlanerstraße 35, herrschen Differ-
enzen. Zugang fernzuhalten. 189/1*
Der Fachverein der Tischler
Berlin.